



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerisches InfrastrukturForum virtuell:

Mobilfunkausbau und 5G

Bei mitunter emotional diskutierten Themen wie Mobilfunkausbau und 5G ist eine sachlich fundierte und vertrauensbildende Kommunikation das Maß aller Dinge. Entsprechend entwickelte die Bayerische Gemeindezeitung gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk im Rahmen des 5. Bayerischen InfrastrukturForums ein Programm, das sich an der besonderen Position der bayerischen kommunalen Verantwortlichen orientierte. Eine hochkarätige virtuelle Expertenrunde erklärte rechtliche und technische Hintergründe, ging auf Anwendungsbeispiele ein und bot Argumentationshilfen für Gesundheits- und Umweltfragen. Moderiert wurde die Online-Veranstaltung von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

„Wir müssen das Beste aus der privatisierten Kommunikationslandschaft machen“, hob Hubert Aiwanger, Bayerischer

Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, in seinem Grußwort hervor.

900 förderfähige Gemeinden

Von mehr als 2.000 Gemeinden in Bayern würden Aiwanger zufolge über 900 in förderfähige Situationen kommen und könnten einen Antrag stellen. Davon bekundeten bereits rund 600 Gemeinden ihr Interesse, rund 250 Gemeinden haben einen (Fortsetzung auf Seite 4)



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im GZ-Livestream Bild: GZ

Nächster Termin

Nachdem die Online-Veranstaltung Mobilfunkausbau und 5G in nur zwei Tagen ausgebucht war, bieten wir am 22. April 2021 eine Zusatzveranstaltung an. Leider gibt es auch hierfür nur noch Plätze auf der Warteliste. Link zur Anmeldung: <https://www.bayerisches-infrastrukturforum.de/besucheranmeldung> Sollte die Nachfrage so hoch bleiben, sind Folgeveranstaltungen möglich. Bis 19. April besteht die Möglichkeit, an news@gemeindezeitung.de Fragen einzusenden, die an die Referenten weitergeleitet werden. DK

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Neuer Service für Bayerns Kommunen:

Wege durch den Förderdschungel

Ob Förderfragen zur Planung des Hochwasserschutzes, Nistkastenprojekte oder Personal(kosten)fragen bei Klimaschutzbeauftragten: Dies sind nur einige Beispiele von Anfragen aus Bayerns Kommunen, die die „Kontaktstelle Kommunen“ im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz täglich erreichen. Umwelt- und Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber will damit den Weg durch den Förderdschungel erleichtern.

„Mit unserer Kontaktstelle für Kommunen, bieten wir einen Wegweiser durchs Förderdickicht im Umweltbereich. Denn die Kommunen sind ein tragender Bestandteil des Freistaats Bayern und sie sind der entscheidende Partner, um Umweltpolitik vor Ort umzusetzen und so gestalten“, so Glauber.

Die Kontaktstelle leistet dabei Hilfestellung durch maßgeschneiderte Antworten auf jede Anfrage. Daneben bietet eine umfangreiche Internetplattform, das „Kommunen-Infoportal“ einen umfassenden Themenüberblick sowie weiterführende Informationen.

Ergänzt wird dieses Informationsangebot durch aktuelle Neuigkeiten, Nachrichten und Serviceangebote für Kommunen in jedem Quartal durch den „Kommunal-Newsletter“ – direkt und kostenlos zu bestellen über das Infoportal.

Ganz neu im Serviceprogramm des Ministeriums: das „Infopak für Kommunen“ mit einer Übersicht aller Fördermöglichkeiten für bayerische Kommunen im Umweltbereich!

Die Broschüre „Umweltschutz kommunal und nachhaltig“ stellt Informationen und Fördermöglichkeiten in den Bereichen Wasser, Boden, Natur und Klima vor.

Kommunen-Infoportal auf der Website des StMUV: <https://www.stmuv.bayern.de/service/kommunal/index.htm>

Bayerischer Gemeindegtag:

Taten statt Worte!

Ein entschiedeneres Handeln der Politik sowie ein Gesetz zur Sicherung des stationären Handels und zum Erhalt lebendiger Innenstädte hat der Bayerische Gemeindegtag in der Debatte um die pandemiebedingten Umsatzeinbrüche beim stationären Einzelhandel gefordert. Laut Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl setzen der Lockdown, ein davon profitierender Onlinehandel sowie ein sich dadurch wandelndes Kaufverhalten den örtlichen Einzelhandel unter Druck. Verwunderlich sei, dass der Aufschrei in Politik, Verbänden und Gesellschaft mit Blick auf die Entwicklungen der vergangenen Monate nicht noch größer ist.

Der stationäre Einzelhandel leiste einen fundamentalen Beitrag für die kommunale Infrastruktur, die örtliche Daseinsvorsorge, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs für alle sozialen Gruppen, das soziale Miteinander; er schaffe Arbeit und Lebensunterhalt für die Menschen in den Städten und Gemeinden und gewährleiste Ressourcen- und klimaschonende Versorgungs- und Transportwege, betonte Brandl. Dabei handle es sich um einen dauernden Beitrag, den der Onlinehandel allein nicht zu leisten vermag.

Mit Blick auf eine pandemiebedingte Pleitewelle des stationären, örtlichen Einzelhandels und den damit verbundenen städtebaulichen und sozialen Auswirkungen fordert der Bayerische Gemeindegtag (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Uwe Brandl.

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Den Teufelskreis durchbrechen

Das Präsidium des Deutschen Landkreistags hat die Länder aufgefordert, die Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst gemeinsam mit den Landkreisen voranzutreiben. Wie Präsident Landrat Reinhard Sager nach einer virtuellen Sitzung betonte, müssten die Länder den Landkreisen umgehend Gespräche anbieten.

Sager zufolge „könnten wir bei den Neueinstellungen von Ärzten und weiterem Personal in den Gesundheitsämtern insgesamt schon weiter sein, denn in einer Reihe von Ländern haben zielgerichtete Beratungen über eine dauerhafte Umsetzung der strukturellen und personellen Verbesserungen im öffentlichen Gesundheitsdienst noch nicht stattgefunden. Damit verbunden ist die Zusage der Länder, ihrerseits gegenüber den Landkreisen die aus dem Pakt entstehenden kommunalen Mehrausgaben vollständig und dauerhaft auszugleichen.“

Bundeszusage: 4 Mrd. Euro

Die Erfüllung dieser ausschließlichen Länderverantwortung werde durch die vom Bund zugesagten insgesamt 4 Mrd. Euro erheblich erleichtert, konstatierte der Präsident. Das Grundproblem bestehe darin, dass es in kaum einem Land eine gemeinsame Strategie von Landkreisen und kreisfreien Städten sowie dem jeweiligen Land für die Struktur der Gesundheitsämter gibt, um darauf aufbauend entsprechend Personal und technische Strukturen weiterzuentwickeln. Und auch zur Finanzierung durch die Länder bestehe Klärungsbedarf, damit die Landkreise und kreisfrei-

en Städte überhaupt erst Planstellen schaffen, ausschreiben und einstellen können.

Befristete Einstellungen

Einige Länder wollten wohl auch den notwendigen Personalaufwuchs (teilweise) durch befristete Einstellungen vornehmen. „Das ist einerseits in gewissem Umfang sinnvoll, darf aber nicht der Regelfall sein. Denn andererseits wird es so problematischer für die Landkreise, in einem ohnehin schwierigen Arbeitsmarkt geeignetes Personal zu finden“, so Sager. „Das, was wir in dieser Hinsicht hören, klingt jedenfalls nicht gerade ermutigend.“

Ausbau der Ganztagsbetreuung

Was die Ganztagsbetreuung anbelangt, so unterstützt der Deutsche Landkreistag nachdrücklich das Ziel, die Angebote für Schulkinder weiter auszubauen. „Die Landkreise erwarten aber eine belastbare und gesicherte Gegenfinanzierung für die damit verbundene kommunalen Dauerlasten, gerade für die Betriebskosten. Sonst machen Bund und Länder eine Rechnung zulasten Dritter auf“, erläuterte Sager. „Generell hätten wir es für richtiger

befunden, ganztägige Bildung über die in der inhaltlichen Verantwortung der Länder stehenden Schulen zu realisieren und nicht über die Jugendämter. Es liegt auf der Hand, dass es nicht ideal ist, wenn der Schulalltag am Vormittag von anderer Stelle verantwortet wird als die Bildungsinhalte am Nachmittag.“

Bund-Länder-Vereinbarung

Kurz vor Jahresende 2020 ist die Bund-Länder-Vereinbarung zur Umsetzung des Investitionsprogramms für den Ausbau von Ganztagsbetreuungen des Bundes unterzeichnet worden. Im Rahmen dieses Programms sollen zunächst bundesweit 750 Mio. Euro in den Ausbau der Ganztagsbetreuung investiert werden, die bei entsprechenden Abrufquoten bis zur Verdoppelung aufgestockt werden können.

Rechtsanspruch

Parallel verhandeln Bund und Länder den im Koalitionsvertrag verabredeten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2025 im SGB VIII. Dem Vernehmen nach soll der Rechtsanspruch stufenweise eingeführt werden, beginnend 2025 für die ersten Klassen und dann aufwachsend bis 2028 bis zur vierten Klassenstufe.

Der Deutsche Landkreistag unterstütze den Ausbau der Ganztagsangebote, unterstrich der DLT-Präsident. „Wir erwarten hierfür aber eine dauerhaft gesicherte Finanzierung.

Für uns steht außer Frage, dass die Länder den Landkreisen die mit dem Rechtsanspruch verbundenen Kosten auszugleichen haben. Die Finanzierung durch die Länder muss unabhängig von der gesetzlichen Ausgestaltung vollständig gesichert sein. Wenn sich der Bund gegenüber den Ländern finanziell beteiligt, kann uns dies nur recht sein. Denn es erleichtert den Ländern die Erfüllung ihrer gegenüber den Kommunen bestehenden Pflicht zum finanziellen Belastungsausgleich.“

Kommunale Dauerlasten

Die Landkreise würden finanziell sehr darunter leiden, dass neue Bundesgesetze oder Rechtsansprüche kommunale Dauerlasten verursachen, die nicht oder nicht vollständig ausgeglichen werden, hob Sager hervor. „Dieser Teufelskreis (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister nimmt einen Termin beim Herrenausstatter wahr. Dabei geht es letztlich auch darum, die mittelständische Wirtschaft am Ort zu unterstützen. Ob das derzeit kultivierte modische Laissez-faire in der Nach-Corona-Zeit Bestand behält, wird sich zeigen. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bayerns Haushalt: Landtag billigt 71,2 Mrd. Euro	2
Rekordhaushalt für das soziale Bayern	2
Pakt und Leitfaden sollen Ehrenamt stärken	2
ORH-Jahresbericht: Gefülltes Corona-Portemonnaie nutzen . .	3
GZ-Kolumne Josef Mederer:	
20 Jahre Umweltmanagement beim Bezirk Oberbayern	3
Bundeskonferenz Kommunales Bildungsmanagement 2021 . .	4
Kommunikationstechnik • Breitbandversorgung • IT	5 - 8
Kommunale Umweltthemen • Abfallwirtschaft	9 - 10
Kommunalfahrzeuge • Forst • GaLaBau	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	9 - 12

Bayerns Haushalt:

Landtag billigt 71,2 Milliarden Euro

Mit mehr als 70 Milliarden Euro für das laufende Jahr hat das Parlament im Bayerischen Landtag die Etats für die Bereiche Wissenschaft und Kunst sowie Digitales mit der Koalitionsmehrheit von CSU und Freien Wählern final beschlossen. Insbesondere die Hightech-Agenda sei ein Konjunkturprogramm für die Zukunft, betonte die CSU-Fraktion.

Mit 71,2 Milliarden Euro umfasst der Haushalt 2021 nach der Debatte im Bayerischen Landtag eine Milliarde mehr als im ursprünglichen Regierungsentwurf geplant. An der maximalen Kreditaufnahme von 20 Milliarden Euro für die Jahre 2020 und 2021 zusammen soll sich nichts ändern. Grund für die hohe Neuverschuldung ist die Corona-Krise. Die Summe von bis zu 20 Milliarden Euro hatte der Landtag vergangenes Jahr gebilligt.

Wissenschaft: Schwerpunkt Hightech-Agenda

Im Bereich Wissenschaft und Kunst mit einem Gesamtetat von 8,2 Milliarden Euro liegt der Fokus auf der Beschleunigung der Hightech-Agenda (517 Mio. Euro) und der Förderung von Theatern, Museen und Kultureinrichtungen in Bayern (300 Mio. Euro). Zudem sind weitere 657,8 Millionen Euro für Corona-Hilfen für Wissenschaft und Kunst – z.B. die Künstlerhilfsprogramme – im Sonderfonds Corona-Pandemie im Haushalt eingeplant. Robert Brannekämper, wissenschaftspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion und Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses sagte: „Unser Ziel ist, dass Forschung, angewandte Wissenschaft und die bayerische Wirtschaft nach der Pandemie durchstarten können. Gleichzeitig wollen wir Künstler und Kultureinrichtungen in der Corona-Krise unterstützen. Hier müssen wir alles tun, um einen Substanzverlust abzuwenden, der durch den langen Lockdown droht.“

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Söllner
93164 Brunn
am 8.4.

Bürgermeister Franz Hörner
91801 Berolzheim
am 13.4.

Bürgermeister Josef Wimmer
83362 Surberg
am 13.4.

Bürgermeister Josef Huber
83547 Babensham
am 14.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Peter Eisgruber-Rauscher
84163 Marklkofen
am 4.4.

Bürgermeister
Thomas Salzberger
86916 Kaufering
am 9.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Kienberger
94357 Konzell
am 5.4.

Bürgermeister Georg Neubauer
97837 Erlenbach
am 8.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Reitberger
94551 Lalling
am 1.4.

Bürgermeister Tobias Blesch
97537 Wipfeld
am 6.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Die Landtagsfraktion der Freien Wähler macht sich zudem für ein ‚Gesamtbayerisches Kulturfestival‘ stark. Kerstin Radler, stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der Freie-Wähler-Landtagsfraktion sagte dazu: „Öffentlichkeit und Sichtbarkeit spielen für die Förderung von Kulturschaffenden eine zentrale Rolle. Mit der Etablierung eines staatlich geförderten, überregional wirkenden Kulturfestivals schaffen wir gerade für die junge Kreativ- und Kulturgeneration eine Plattform, um ihren Bekanntheitsgrad zu steigern und sie so nachhaltig zu unterstützen.“

Unterstützung für ländlichen Raum

Die Freien Wähler stellen die Unterstützung zentraler Branchen in Bayerns Wirtschaftslandschaft in den Fokus. Deren wirtschaftspolitischer Fraktions-sprecher Manfred Eibl sagte: „Wir sind sehr glücklich, dass wir trotz aller widriger Umstände den Gesamtansatz für die Programme der Kultur- und Kreativwirtschaft im regulären Haushalt um 800.000 Euro verglichen zum Vorjahr auf insgesamt 3,3 Millionen Euro in 2021 steigern konnten. Die aktuelle Lage der Kultur- und Kreativbranche können wir leider noch nicht im Detail überblicken. Aber vor der Corona-Pandemie haben im Freistaat annähernd 400.000 Erwerbstätige von der Erschaffung und Verbreitung kultureller oder kreativer Güter und Dienstleistungen gelebt. Daher sind die zusätzlichen 165.000 Euro, die wir durch unseren politischen Einsatz verhandeln konnten, gerade jetzt bestens angelegt.“

Rekordhaushalt für das soziale Bayern

Trautner: „Wir machen unseren Sozialstaat zukunftsfest“
Der Sozialhaushalt des Freistaats Bayern wird 2021 erstmals knapp über sieben Milliarden Euro betragen. Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Wir setzen starke Impulse der Solidarität und des Miteinanders und machen damit unseren Sozialstaat zukunftsfest. Wir sind uns alle der erheblichen finanziellen Belastungen durch die Corona-Pandemie bewusst. Der Sozialhaushalt steigt erstmals auf über sieben Milliarden Euro. Denn gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass sich die Menschen von Jung bis Alt mit ihren vielfältigen Bedürfnissen auf das soziale Netz in Bayern verlassen können. Unser Soziales Bayern ist in der Corona-Krise ein wertvoller Anker an Stabilität für unsere Gesellschaft.“

Der Schwerpunkt des Sozialhaushalts liegt wie im vergangenen Jahr im Familienbereich: Über 250 Millionen Euro mehr fließen in die Betriebskostenförderung, die Qualitätsentwicklung und den Beitragszuschuss in der Kindertagesbetreuung. Insgesamt steigen die familienpolitischen Leistungen um mehr als 400 Millionen Euro. „Die Corona-Pandemie hat sehr eindrücklich gezeigt, welche zentrale Bedeutung die Betreuung der Kinder für unser gesellschaftliches Leben hat“, so Trautner.

Der Haushaltsansatz für die Jugendhilfe steigt um 3,5 Millionen Euro auf 15 Millionen Euro, damit sollen unter anderem Erziehungsberatungsstellen ausgebaut werden. Ebenfalls erhöht hat sich der Betrag für die Jugendsozialarbeit, beispielsweise an Schulen, und den Jugendschutz; er beträgt nun über 28 Millionen Euro. Die Mittel für die Jugendarbeit wurden auf 34,5 Millionen Euro angehoben, damit wird unter anderem der „Aktionsplan Jugend“ umgesetzt.

Das Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder wurde bereits im vergangenen Jahr mit rund 900.000 Euro zusätzlich unterstützt, um Corona-bedingten Mehraufwand zu finanzieren. Für 2021 stehen hierfür noch einmal 200.000 Euro zur Verfügung. 400.000 Euro mehr wird außerdem für die Gleichstellungsarbeit aufgewendet. Dieser Betrag soll dabei helfen, die Beratungsstrukturen für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, intersexuelle und queere Personen (LSBTIQ) zu verbessern.

„Wir zeigen mit dem Sozialhaushalt 2021 deutlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch in schwierigen Zeiten auf uns verlassen können!“, so Ministerin Trautner. □

Neuer Campus Digital

Im Bereich Digitales mit einem Gesamtetat von 101,8 Millionen Euro setzt die CSU-Fraktion einen Schwerpunkt auf die ersten Pilotprojekte des neuen Campus Digital (760.000 Euro). Die Breitbandförderung und der Gigabit-Ausbau liegen im Haushaltsbereich des Finanzministeriums: Dort sind 225 Millionen Euro für schnelles Internet in ganz Bayern vorgesehen.

Dazu kündigte Sandro Kirchner, der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Fraktion und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, an: „Wir werden unsere Mitarbeiter in den Behörden fortbilden, um die Chancen der digitalen Transformation auszuschöpfen. Mit dem Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung der Hochschule Hof – in unmittelbarer Nähe zur Bayerischen Verwaltungsschule – ist ein wichtiger Schritt getan. Zudem werden wir die digitalen Services für die Bürger in Bayern weiter verbessern und neue Dynamik in die Digitalisierung der Staatsverwaltung bringen.“

Opposition fordert Investitionen in Klimaschutz

Die Opposition kritisierte die Haushaltsplanung. „Sie geben viel Geld aus, ohne strukturell was zu ändern“, warf die Grünen-Haushaltsexpertin Claudia Köhler den Fraktionen in CSU und Freien Wählern vor.

Die Grünen und die SPD forderten deutlich mehr Ausgaben für den Klimaschutz, für die Sanierung der Infrastruktur sowie Investitionen in mehr Chancengerechtigkeit. Die FDP-Landtagsfraktion plädierte für eine schnellere und konsequentere Rückzahlung der Schulden, die Landtagsfraktion der AfD beklagte den bisher „größten Schuldenturm“ in der bayerischen Geschichte. red

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Holetschek zum „Tag des Gesundheitsamtes“ 2021:

Der Öffentliche Gesundheitsdienst in Bayern leistet in dieser Pandemie Beeindruckendes

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat anlässlich des „Tages des Gesundheitsamtes“ die Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) im Kampf gegen die Corona-Pandemie hervorgehoben: „Bayerns 71 staatliche und fünf kommunale Gesundheitsämter leisten Beeindruckendes. Das gilt auch für die für Gesundheit zuständigen Sachgebiete der Regierungen und die entsprechenden Fachstellen im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.“

Der Minister fügte hinzu: „Gerade jetzt in der Pandemie wird die Arbeit der Gesundheitsämter für alle sichtbar. Sie erfassen SARS-CoV-2-Infektionen, informieren Betroffene über notwendige Maßnahmen wie eine häusliche Isolierung und beraten politische Entscheider vor Ort. Die wichtige Arbeit der übrigen Stellen im ÖGD von der AIDS-Prävention bis hin zur Trinkwasserüberwachung geht weiter und bleibt der breiten Bevölkerung hingegen oft verborgen. Mein Dank gilt anlässlich des Tages des Gesundheitsamtes allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den bayerischen Gesundheitsämtern und dem gesamten ÖGD.“

Vor zwei Jahren wurde erstmals der „Tag des Gesundheitsamtes“ begangen, um die Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als unverzichtbarer Eckpfeiler gesamtstaatlicher Daseinsfürsorge zu betonen. Zu diesem Zeitpunkt war eine weltweite Gesundheitskrise wie die Corona-Pandemie kaum vorstellbar. Holetschek unterstrich: „Heute muss die ele-

mentare Bedeutung unserer Gesundheitsämter für den Gesundheitsschutz unserer Bevölkerung keinem mehr erklärt werden.“

Bayern hatte die Notwendigkeit von mehr Personal im ÖGD schon vor der Pandemie erkannt und gehandelt. Der Minister erläuterte: „Mit der Einführung der ÖGD-Quote haben wir ein Instrument geschaffen, um junge Menschen für eine spätere Tätigkeit in einem Gesundheitsamt oder einer anderen Stelle im ÖGD zu interessieren und langfristig zu binden. Wir haben ein Prozent aller Medizinstudienplätze für Studierende reserviert, die sich für eine anschließende berufliche Verwendung im ÖGD verpflichten. Erstmals in diesem Jahr können so voraussichtlich 19 Studienplätze an Interessierte vergeben werden.“

Unterstützung durch den Bund

Der Bund unterstützt darüber hinaus mit insgesamt 4 Mrd. Euro über die kommenden Jahre mit dem Pakt für den ÖGD deutschlandweit den weiteren personellen Ausbau, die Attraktivität sowie die Digitalisierung der Gesundheitsämter und weiterer Gesundheitsbehörden der Länder. „Bayern wird seinen Anteil der Mittel gut in den ÖGD investieren“, ergänzte Holetschek. In dem Haushaltsentwurf 2021 des Freistaats, der sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindet, sind erstmals aus dem Pakt zu finanzierende neue Stellen für den ÖGD enthalten. □

Pakt und Leitfaden sollen Ehrenamt stärken:

„Mehr Ehre, weniger Amt“

Mit weniger Bürokratie und einem Aufbau von Netzwerken soll ehrenamtliches Engagement in den Kommunen gestärkt werden. Die Staatsregierung hat dazu ein Maßnahmenpaket verabschiedet und setzt künftig auf einen intensiveren Austausch mit verschiedenen Verbänden, Vereinen und Partnern. Zusätzliche Unterstützung gibt ein neuer Leitfaden des Innenministeriums. Mit den darin enthaltenen Empfehlungen sollen die Potentiale der Zusammenarbeit mit den Akteuren im Freiwilligenmanagement verdeutlicht und Parallelstrukturen vermieden werden.

Mit sechs konkreten Maßnahmen will die Staatsregierung das Ehrenamt stärken und attraktiver machen. Staatskanzleiminister Dr. Florian Herrmann und Sozialministerin Carolina Trautner gaben dazu den Startschuss für die neue Initiative mit dem Titel „Pakt für das Ehrenamt – Bayerischer Weg zu weniger Bürokratie“.

Sechs-Punkte-Programm

Diese bündelt folgende sechs Aktivitäten der Staatsregierung beim Bürokratieabbau im Bereich des Ehrenamts. Im Fokus steht dabei der kontinuierliche Dialog als zentraler Baustein für ein optimales Beratungsangebot.

1. Jour Fixe in der Staatskanzlei

Im Rahmen eines jährlichen Jour Fixe treffen sich die Paktpartner, um sich über aktuelle Anliegen auszutauschen, Maßnahmen zur Entlastung auf den Weg zu bringen und das Netzwerk auszubauen.

2. Praxis-Check

Die Paktpartner unterstützen die Durchführung des deutschlandweit einzigartigen Praxis-Checks von Vorschriften durch Benennung interessierter Ehrenamtlicher. Durch Bildung eines Netzwerks von Ansprechpartnern soll das Ehrenamt künftig bei relevanten Regelungsvorhaben rechtzeitig vorab eingebunden werden können.

3. Beratung und Ausbildung

Die Übernahme von Führungsaufgaben stellt viele Ehrenamtliche vor Herausforderungen. Deshalb sollen Maßnahmen zur Qualifizierung ehrenamtlich Engagierter insbesondere für Führungsfunktionen im Ehrenamt im Rahmen von Vereinstagen auf den Weg gebracht werden.

4. Verbindung zwischen Ehrenamt und Verwaltung

Um den Kontakt zwischen Verwaltung und Ehrenamt zu stärken und die Verwaltung wei-

ter für die Herausforderungen des Ehrenamts zu sensibilisieren, sollen Mitarbeitern durch einen „Tag der Staatsverwaltung für Bürgerschaftliches Engagement“ einen Einblick in die Praxis der Ehrenamtler erhalten. Durch diesen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Verwaltung und Ehrenamt soll das Verständnis auf beiden Seiten weiterwachsen.

5. Steuern / Gemeinnützigkeit

Die Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags und der Ehrenamtszuschale, die Anhebung der Grenze für vereinfachte Zuwendungsbestätigungen, die Anpassung der Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen Organisationen sowie die Schaffung einer Vertrauensschutzregelung zugunsten steuerbegünstigter Körperschaften, die gutgläubig Mittel an eine andere Körperschaft für steuerbegünstigte Zwecke weitergeben – das Ehrenamt soll mit solchen Regelungen auf breiter Basis gestützt werden. Dazu will die Staatsregierung auch gemeinsam mit dem Bund unbürokratischere Rahmenbedingungen in den Bereichen des Steuerrechts und der Gemeinnützigkeit einsetzen.

6. Ehrenamtsanerkennung

„Mehr Ehre, weniger Amt“ – um dem Slogan gerecht zu werden, macht sich die Staatsregierung für die flächendeckende Ehrenamtskarte stark und unterstützt den Ehrenamtsnachweis Bayern. Zudem setzt sie sich für Ehrungen zur Anerkennung ehrenamtlichen Engagements ein und plant freiwilliges Engagement für die Gesellschaft durch das Zukunftskonto Engagement stärker zu honorieren. Die Ehrenamtsversicherung wurde zudem als subsidiäre Aufwandsversicherung eingerichtet.

Kommunen geben Freiräume

Staatskanzleiminister Herrmann betonte bei der Unter-

zeichnung des Paktes, wie wichtig die Unterstützung des Ehrenamts in der aktuellen Situation sei: „Gerade in Zeiten neuer Herausforderungen und Veränderungen des Vereinslebens durch die Corona-Pandemie gebührt unseren Ehrenamtlern dafür höchster Respekt. Umso wichtiger ist, dass wir sie beim bürokratischen Aufwand entlasten und damit mehr Freiraum für ihr Engagement schaffen.“ Sozialministerin Carolina Trautner hob hervor, dass Ehrenamt nicht selbstverständlich sei: „Das Ehrenamt hat in Bayern eine lange Tradition und ist tief im bayerischen Bewusstsein verwurzelt. Ein Staat kann dieses Engagement weder einfordern noch ersetzen. Er kann aber dafür sorgen, dass sich möglichst viele Menschen gerne engagieren.“ Ehrenamtliches Engagement brauche zudem Raum für Kreativität, Eigenverantwortung und Eigeninitiative. Trautner verdeutlichte deshalb, wie wichtig die Zusammenarbeit mit den Kommunen sei, um diese Ziele zu erreichen. Partner der Staatsregierung im Pakt für das Ehrenamt sind der Bayerische Blasmusikverband e.V., der Bayerische Jugendring, der Bayerische Landes-Sportverband e.V., der Bayerische Musikrat e.V., der Bayerische Trachtenverband e.V., die Bürgerallianz Bayern, die Freie Wohlfahrtspflege Bayern, der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e.V., der Landesfeuerwehrverband Bayern e.V. und die Tafel Bayern e.V..

Zusammenarbeit mit Integrationslotsen

Ein weiterer Aspekt zur Stärkung des Ehrenamts ist dabei die Vernetzung der Integrationslotsen in den Kommunen. Denn einen wesentlichen Fokus legen die Integrationslotsen in ihrer Arbeit auf die umfangreiche Ehrenamtskoordination: Etwa ein Drittel der Integrationslotsen arbeitet regelmäßig mit bis zu circa 50 Ehrenamtlichen zusammen, ein weiteres Drittel mit circa 50 bis 100 und ein letztes Drittel mit 100 bis 300 oder sogar mehr Ehrenamtlichen. Für (Fortsetzung nächste Seite)

ORH-Jahresbericht 2021:

Gefülltes Corona-Portemonnaie wirksam nutzen

Auch für das Haushaltsjahr 2019 bestätigt der Bayerische Oberste Rechnungshof der Staatsregierung eine insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Wie ORH-Präsident Christoph Hillenbrand bei der Vorstellung des Jahresberichts 2021 ausführte, „hat der Landtag mit einem Finanzierungsrahmen von 78 Milliarden Euro im Jahr 2020 der Staatsregierung das Portemonnaie im Ländervergleich am besten gefüllt, um die immensen negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie schnell abmildern zu können. Der ORH hält die dafür genutzte Ausnahme von der Schuldenbremse auch 2021 für vertretbar. Freilich dürfen mit den neuen Krediten nur durch die Corona-Krise veranlasste Ausgaben finanziert werden.“

Hillenbrand zufolge belasten diese Schulden dann kommende Haushalte und Generationen noch auf Jahrzehnte. Schon deshalb müssten die kreditfinanzierten Ausgaben transparent, zielgerichtet und wirksam eingesetzt werden. Dies nehme der ORH bei Corona-Soforthilfen und -programmen bereits unter die Lupe.

Nach Angaben des ORH kann die Staatsregierung zur Bewältigung der Corona-Pandemie

Mehr Ehre, weniger ...

(Fortsetzung von Seite 2) diese Ehrenamtlichen fungieren die Integrationslotsen als Anlaufstelle, u. a. für Gespräche und Rahmenbedingungen, wie Begegnungsräume und Schulungen. Letztere sind für die Ehrenamtlichen, aber auch für das Freiwilligenmanagement erforderlich.

Leitfaden für Integrationslotsen

Laut einer Evaluation des Programms „Bayerische Integrationslotsen“ steht „schulische Unterstützung und Nachhilfe“ aktuell auf Platz eins und wird nach Einschätzungen der Integrationslotsen auch in Zukunft eines der wichtigsten Themen bleiben. Um Akteure besser zu vernetzen, initiierte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in Zusammenarbeit mit der lagfa bayern e.V. ein Tandem-Projekt. Die Teilnehmer setzten sich mit der Frage auseinander, welche Rahmenbedingungen, Prozesse und Erfolgsstrategien für eine Zusammenarbeit der Freiwilligenagenturen und Koordinierungszentren bürgerschaftlichen Engagements (FA/ FZ/ KoBE) sowie hauptamtlichen Integrationslotsen erfolgsversprechend sind. Die Ergebnisse fasst ein Leitfaden zusammen und gibt Empfehlungen für eine noch stärkere Vernetzung der Integrationslotsen in den Kommunen.

Ressourcen effizient nutzen

„Sämtliche Ressourcen sollen effizient und bestmöglich genutzt werden“, sagte Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann. Hierzu zählten beispielsweise eine gemeinsame Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Veranstaltungen und Projektarbeit. Auch das Prüfen von Fördermöglichkeiten sowie der regelmäßige, persönliche Austausch werden als wichtige Bausteine gesehen. Die praxisorientierte Analyse belege, dass Kommunikation und Kooperationswille auf Augenhöhe elementar für eine gute Zusammenarbeit seien, betonte Herrmann. „Der Leitfaden setzt hierfür positive Impulse, von denen alle Beteiligten vor Ort und insbesondere die Ehrenamtlichen profitieren“, erklärte der Minister.

Weitere Informationen bietet die Internetseite des Innenministeriums: www.innenministerium.bayern.de/mui/integrationspolitik/integrationslotsen/index.php

im Staatshaushalt neue Schulden von bis zu 20 Milliarden Euro aufnehmen; ergänzend sei außerhalb des Haushalts das Sondervermögen BayernFonds mit Kreditermächtigungen von ebenfalls bis zu 20 Milliarden Euro ausgestattet. Rechnet man die im Staatshaushalt und im BayernFonds jeweils geschaffenen Bürgerschaftsrahmen und Gewährleistungsermächtigungen von zusammen 38 Milliarden Euro dazu, betrug 2020 der finanzielle Corona-Handlungsspielraum der Staatsregierung beachtliche 78 Milliarden Euro. Hiervon wurden bis Ende 2020 rund 10 Prozent in Anspruch genommen. 2021 werden voraussichtlich noch mehr als 70 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Ausnahme von der Schuldenbremse

Der Bayerische Oberste Rechnungshof erkennt an, dass die Corona-Pandemie als Naturkatastrophe auch 2021 eine Ausnahme von der in der Bayerischen Verfassung verankerten Schuldenbremse zulässt. Allerdings weist er mit Nachdruck darauf hin, dass es zwischen der Nettokreditaufnahme und der Notlage einen begründeten und nachvollziehbaren Veranlassungszusammenhang geben muss.

Nicht überzeugt ist der ORH, dass die im Entwurf zum Haushaltsgesetz 2021 enthaltenen 400 Millionen Euro für die Hightech Agenda Bayern Plus unmittelbar mit der Not der COVID-19-Pandemie begründet werden können. Die dafür vorgesehenen 400 Millionen Euro ergänzten und beschleunigten nämlich das schon 2019 beschlossene Sonderprogramm.

Massive Belastung auf Jahrzehnte

Da die kommenden Haushalte aus Sicht des ORH durch die jetzt aufgenommenen Schulden über mehrere Jahrzehnte hinweg massiv belastet werden, hält er es für geboten, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Nettokreditaufnahme möglichst gering zu halten. Wirtschaftliches und sparsames Handeln sowie eine Priorisierung der Ausgaben dürften gerade in der Notsituation nicht vernachlässigt werden. Schnelle und unbürokratische Hilfe sei bei solchen Krisen wichtig, genauso wichtig sei aber, dass die Hilfen in der richtigen Höhe und an die richtigen Empfänger gehen.

2019 fielen die Einnahmen des Freistaates dank der damals kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen erneut höher aus als die Ausgaben. Zum neunten Mal in Folge schloss Bayerns Staatshaushalt mit einem positiven Finanzierungssaldo ab. Die Haushaltssicherungsrücklage stieg auf 10,3 Milliarden Euro an. Der ORH merkt an, dass die Ausgaben 2019 im Vergleich zu den Einnahmen weitaus stärker gestiegen sind und die Steigerungsrate erneut deutlich über 3 Prozent lag. Der Schuldenabbau von 50 Millionen Euro erschien ihm als eher gering ange-

sichts der prosperierenden Einnahmen und der noch immer nicht vollständig zur Schuldentilgung verwendeten Kapitalrückzahlungen der BayernLB aus den Jahren 2016 und 2017.

15 Prüfungsergebnisse

Mit dem aktuellen Jahresbericht hat der ORH unter anderem 15 Prüfungsergebnisse vorgelegt. Mit diesen wird sich der Landtag im Einzelnen beschäftigen und dazu ggf. beschließen, welche Maßnahmen die Staatsregierung einleiten soll.

Mängel im Vollzug des Waffenrechts hat der Rechnungshof bei den zuständigen Landratsämtern und kreisfreien Gemeinden festgestellt. Sie würden den an sie gestellten Anforderungen, etwa bei Kontrollen oder Dokumentation, nicht immer gerecht, heißt es. Nicht alle dafür eingesetzten Beschäftigten verfügten über die nötigen Fachkenntnisse im Umgang mit Waffen und Munition. Die zuständigen Aufsichtsbehörden hätten zudem keine aktuellen Informationen zum dafür erforderlichen Personal, obwohl das wesentliche Voraussetzung eines korrekten Vollzugs ist, moniert der ORH nach einer Prüfung des sensiblen Themenfelds: „Das Waffenrecht hält schließlich Gefahren von der Allgemeinheit ab und sollte deshalb strikt umgesetzt werden.“

Sehr hohe Fehlerquote

Ein weiterer Kritikpunkt: Geschätzt 12 Millionen Euro Steuern entgehen dem Freistaat pro Jahr, weil den Finanzämtern bei der Einkommensteuer immer noch zu viele Fehler bei der Berücksichtigung von Unterhaltsaufwendungen unterlaufen. Das Steuerausfallrisiko liegt nach Einschätzung des ORH sogar noch um jährlich 42 Millionen Euro höher. Schon 2012 hatte der ORH eine sehr hohe Fehlerquote festgestellt, die sich nun nach den Ergebnissen einer neuen Prüfung sogar auf 55 % erhöht hat. Die vom Finanzministerium längst versprochene Verbesserung der Bearbeitungsqualität sei nicht eingetreten. Jetzt hält es der ORH für dringlich, konkrete Maßnahmen in Angriff zu nehmen, um die Situation nachhaltig zu verbessern: Die Prüfung der Unterhaltsleistungen brauche erheblich mehr Zuwendung der Steuerverwaltung.

Nicht zum ersten Mal ging der ORH der Frage nach, ob die Regierungen bei der Förderung kommunaler Hochbauten ausreichend prüfen, wie die Kommunen die staatlichen Zuweisungen verwenden. Es geht dabei um jährlich über eine halbe Milliarde Euro staatlicher Haushaltsmittel. Der ORH untersucht nun 498 kommunale Projekte aus ganz Bayern mit einem Fördervolumen von 312 Millionen Euro. Und wie schon öfter in der Vergangenheit, stellte er auch diesmal zahlreiche Mängel fest. Obwohl sich sogar der Landtag bereits mehrfach mit dem Problem befasst hatte, konnte der ORH immer noch keine durchgreifenden Verbesserungen feststellen. Nach seiner Auffassung ist deshalb der zweckentsprechende und wirtschaftliche Einsatz der Haushaltsmittel nicht sichergestellt.

Mit 96 Millionen Euro förderter der Freistaat zwischen 2012 und 2019 öffentliche touristische Infrastruktureinrichtungen von Kommunen. Dadurch sollte die Tourismusinfrastruktur attraktiver und qualitativ besser sowie der Erholungswert

GZ

KOLUMNE
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,



Broschüren und Flyer gedruckt auf Papier mit dem Blauen Engel, die umweltgerechte Beschaffung von Büromaterial, E-Autos im Fuhrpark und Solaranlagen auf dem Dach: Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks Oberbayern ist das selbstverständlich. Sie wissen, dass ihr Arbeitgeber dem Umweltschutz einen hohen Stellenwert einräumt. Und sie finden – vom durchdachten Konzept zur Mülltrennung bis hin zum kostenfreien MVV-Ticket für die M-Zone – Strukturen vor, die ein umweltbewusstes Handeln ermöglichen. Die neuesten Informationen dazu finden sie im Intranet.

Das war vor gut 20 Jahren, als der Bezirk Oberbayern in seiner Verwaltung ein Umweltmanagementsystem einführte, keineswegs der Fall. Nach einem Einstieg mit dem Umweltpro-

20 Jahre Umweltmanagement

gramm Ökoprot haben wir uns 2002 für die Zertifizierung nach der strengerer europäischen EMAS*-Norm entschieden. Um einen solchen Prozess auf den Weg zu bringen, braucht es das Zusammenspiel von Verantwortlichen vieler Bereiche – vom Gebäudemanagement und der Arbeitssicherheit über die Bauverwaltung und IT bis hin zur Vergabestelle.

Politik und Verwaltung geben die Umweltleitlinien und -ziele vor. Für die Umsetzung sind unsere Umweltbeauftragten, das Umweltteam und die Fachreferate verantwortlich. Sie erstellen jährlich eine Ökobilanz und schreiben auf deren Grundlage die Maßnahmen für das Folgejahr fest. Ein unabhängiger Umweltgutachter überprüft alle drei Jahre, ob die Bezirksverwaltung die Umweltziele in Handlungsfeldern wie Abfall, Energie oder Wasserverbrauch erreicht. Über die Ergebnisse informiert die Umwelterklärung, die wir im gleichen Turnus auf unserer Website veröffentlichen.

Wenn ich auf die vergangenen zwei Jahrzehnte zurückblicke, kann ich sagen, dass sich die freiwillige Verpflichtung zu den Vorgaben der EMAS-Verordnung für uns in jeder Hinsicht gelohnt hat. Wir haben wertvolle Erfahrung darin gesammelt, wie wir unsere Umweltauswirkungen wirksam reduzieren und im Sinne des Umweltschutzes immer besser werden können. Wenn ich mir beispielsweise die Ökobilanz von 2019 ansehe – da konnten wir im Vergleich zum

Vorjahr den Stromverbrauch um 16,2 Prozent, den Papierverbrauch um 13 Prozent und den Ausstoß von Kohlendioxid durch Dienststreifen um 17,4 Prozent verringern – freue ich mich über die gemeinsam erbrachte Leistung.

Diesen Weg setzen wir mit herausfordernden Plänen für die Jahre 2021 bis 2023 fort. So möchten wir unter anderem unseren Papierverbrauch durch die Einführung eines Datenmanagementsystems in der Sozialverwaltung um weitere fünf Prozent reduzieren. Bei Baumaßnahmen setzen wir von vornherein auf ökologische Baumaterialien, nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien. Unsere Imkereifachberatung, die regelmäßig bienenfreundliche Gemeinden in Oberbayern auszeichnet, soll die Biodiversität nun auch durch die Anlage von insektenfreundlichen Flächen in den Bezirks-einrichtungen fördern. Nicht zuletzt haben wir uns vorgenommen, ökologische Kriterien bei unseren Preisverleihungen und dem ZAMMA – Kulturfestival Oberbayern anzuwenden.

Darüber hinaus hat der Bezirk Oberbayern bereits das nächste große Ziel im Blick: den klimaneutralen Bezirk Oberbayern bis 2030. Wir wollen unsere klimarelevanten Emissionen bis zum Jahr 2030 weitestgehend reduzieren – in der Verwaltung, aber auch in unseren zahlreichen Einrichtungen vom Freilichtmuseum Glentleiten über das Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seon bis hin zu den Schulen für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen. Dafür schaffen wir eigens eine Stelle für Klimaschutzmanagement, die zu 75 Prozent vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gefördert werden kann. Ein Klimaschutzkonzept und der Aufbau eines Klimaschutzmanagements werden auf diesem Weg die ersten Schritte sein. Ich bin sicher, dass uns die Erfahrungen der letzten Jahre dabei helfen werden.

Mit seinem nachhaltigen Wirtschaften hat der Bezirk in den vergangenen Jahren Ressourcen geschont und Geld gespart. Das machen wir nicht nur für uns, sondern auch, weil wir uns in der Verantwortung sehen: Zum einen den Landkreisen gegenüber, von denen wir als umlagefinanzierte Behörde die Mittel für unsere Arbeit erhalten. Und zum anderen gegenüber den nachfolgenden Generationen, denen wir eine lebenswerte Heimat mit einer intakten Umwelt übergeben möchten.

Ihr Josef Mederer

Bezirkspräsident von Oberbayern

* EMAS: Eco Management and Audit Scheme

und letztlich die Wirtschaftskraft gesteigert werden. Doch bei keiner der geprüften Maßnahmen konnte nach Angaben des Bayerischen Obersten Rechnungshofs nachgewiesen werden, dass sich die Tourismusinfrastruktur tatsächlich verbessert hat.

Förderprogramme stehen nicht auf den Prüfstand

Parameter, an denen hätte bestimmt werden können, ob der Förderzweck erreicht wurde, hätten durchgängig gefehlt. Sogar Verbesserungen der Barrierefreiheit seien nicht konsequent eingefordert worden. „Dazu passt, dass selbst die Wirksamkeit des Förderprogramms bislang noch nie auf den Prüfstand gestellt wurde, obwohl der Staat damit die touristische Infrastruktur bereits seit den 1970er Jahren fördert. Dabei empfiehlt sich eine solche Evaluation schon vor dem Hintergrund des Klimawandels und der damit zusammenhängenden ökologischen Auswirkungen auf den Tourismus.“ Darüber hinaus kritisiert der ORH auch zahlreiche Fehler bei der Abwicklung des Förderprogramms. „Auch 15 Jahre nach dem Start der Verwaltungsreform V21 lassen damit fest beabsichtigte Vereinfachungen und Einsparungen bei der Projektförderung im kommunalen Straßenbau weiter auf sich warten.“

Gerade die Bündelung der Förderverfahren ist bislang erst bei einer Regierung vollständig erreicht“, moniert der ORH überdies. Er hält es für überfällig, die Reform der Projektförderung nun endlich komplett durchzuführen, um die erwartete Dividende wirklich erzielen zu können. Außerdem sei es längst an der Zeit, nach 50 Jahren und milliardenschweren Zuwendungen an die Kommunen – zwischen 2000 und 2020 flossen über 3 Milliarden Euro –, den Erfolg dieses Förderprogramms zu evaluieren. Die durchgängig hohe Nachfrage der Kommunen nach den Fördermitteln ist aus Sicht des ORH noch kein Nachweis dafür, dass diese auch zielgerichtet, wirksam und wirtschaftlich eingesetzt werden.

Herrmann kritisiert Prüfbericht

In einer ersten Reaktion hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die Kritik des ORH an den bayerischen Waffenbehörden zurückgewiesen: „Sie leisten hervorragende Arbeit beim Vollzug des Waffenrechts. Sie arbeiten effizient und tragen engagiert dazu bei, dass Bayern eine Spitzenposition im Bereich der Sicherheit und Ordnung im Ländervergleich einnimmt.“

Herrmann sieht insbesondere erhebliche Schwachstellen bei der Erstellung des Prüfberichts: „Die Analyse des ORH ist metho-

disch sehr fragwürdig, denn der Bericht beruht auf einer stichprobenartigen Prüfung mittels Fragebogen bei lediglich einem Drittel der Waffenbehörden.“ Ein sonst üblicher Einblick in die Akten habe nicht stattgefunden. Die Abfrage sei in die erste Hochphase der Corona-Pandemie im März/April 2020 gefallen. „In dieser Zeit mussten die Kreisverwaltungsbehörden ganz andere Prioritäten setzen“, machte der Minister deutlich.

Der Fokus der Staatsregierung liege in der Bekämpfung des „problematischen“ Waffenbesitzes. „Hier nimmt Bayern bundesweit eine Vorreiterrolle ein“, so Herrmann. Die Zahl der mit legalen Waffen in Bayern begangenen Straftaten sei äußerst gering. Die Anzahl der Straftaten mit erlaubnispflichtigen und legalen Waffen sei im Berichtszeitraum deutlich zurückgegangen: Von 61 Straftaten im Jahr 2016 über 65 im Jahr 2017 und 36 im Jahr 2018 auf nur noch 17 Straftaten im Jahr 2019.

Mit Blick auf die Beschäftigungssituation stellte Herrmann klar: „Wie in anderen Aufgabebereichen auch, beispielsweise beim Umwelt-, Jagd- Ausländer- oder Baurecht, fällt es in den Verantwortungsbereich und die Organisationshoheit jedes Landrats oder jedes Oberbürgermeisters, über den Einsatz des Personals selbst zu bestimmen. Wir haben hier keinerlei Weisungsbefugnis.“ **DK**

Bundeskongress Kommunales Bildungsmanagement 2021:

Ob Bildung gelingt, entscheidet sich vor Ort

Bei der diesjährigen digitalen Bundeskongress Kommunales Bildungsmanagement standen u.a. die kulturelle und nachhaltige Bildung ebenso im Mittelpunkt wie das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement. Dazu wurden Aspekte wie die Verankerung in den Verwaltungen und die Potenziale für die Gestaltung einer chancengerechten Stadt- und Regionalentwicklung beleuchtet. Zudem boten unterschiedliche Fachforen die Möglichkeit, sich über aktuelle wissenschaftliche Diskurse zu informieren und ihre Erfahrungen und Ideen einzubringen.

„Die Kommunen spielen in unserem Bildungsföderalismus eine wichtige Rolle“, erklärte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek. Gerade sie könnten den digitalen Wandel in der Bildung mitgestalten und entschieden vorantreiben. Als Träger vieler Bildungseinrichtungen trügen sie eine große Verantwortung. „Dabei werden sie vom Bund bestmöglich und bedarfsgerecht unterstützt.“

Erfolgreiche Modelle

Seit 2014 habe die „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ des BMBF dazu beigetragen, dass deutschlandweit erfolgreiche Modelle kommunaler Bildungssteuerung etabliert und verbreitet wurden. Das digitale Zeitalter verlange nun, dass das Bildungssystem weiterentwickelt wird. Dafür werde das BMBF das kommunale Bildungsmanagement mit neuen Programmen unterstützen und so die kommunalen Bildungslandschaften von morgen mitgestalten. „Ziel ist, dass die Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern in allen Lebensphasen passgenaue Bildungsangebote machen können und so die Bildungschancen für alle ausbauen. Sie verbessern ihre Standortattraktivität und stärken eine positive Stadt- und Regionalentwicklung“, machte Karliczek deutlich.

„Lebenslanges Lernen wird für uns alle immer wichtiger. Die Erwartungen der Menschen an bestmögliche Bildungsangebote steigen. Ob Bildung gelingt, entscheidet sich vor Ort, dort, wo die Menschen leben“, unterstrich Burkhard Jung, Prä-

sident des Deutschen Städte-tags. „Die Städte engagieren sich für vielfältige und zeitgemäße Bildungsformate für uns alle. Dabei kommt es auf qualifiziertes Personal und anregende Lernorte mit einer zeitgemäßen Ausstattung an. Egal ob in Kitas, Schulen oder Bibliotheken, bei der beruflichen Ausbildung oder der Weiterbildung an den Volkshochschulen: Die Städte schaffen ein dichtes Netz aus Bildungsangeboten für alle Lebensphasen.“

Jung zufolge „brauchen wir ein kommunales Bildungsmanagement vor Ort, das klare Ziele verfolgt und uneitel dokumentiert, was erreicht wird. Wenn wir wissen, wie vorhandene Lernangebote wirken, lassen sich bildungspolitische Ziele und konkrete Maßnahmen in den Städten besser miteinander verknüpfen. Gemeinsam und im transparenten Austausch können wir Bildungsprozesse verbessern.“

Digitalisierungsphänomene sind kulturelle Prozesse

Perspektiven für das Kommunale Bildungsmanagement zeigte Prof. Dr. Benjamin Jörissen von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg im Fachforum „Digitalisierung, Kulturelle Bildung und kommunales Bildungsmanagement“ auf. Aus seiner Sicht müssen Akteure und Stakeholder in Bildung und Kultur lernen, Digitalisierungsphänomene nicht nur als Tool, Technik und Entfremdung, sondern als kulturelle Prozesse wahrzunehmen, zu explorieren und auf ihre Arbeitsfelder zu beziehen. Bil-

dingsmanagement sei dafür verantwortlich, die Bildungsmanager entsprechend zu professionalisieren.

„Daten“ seien keine Frage der Digitalität, sondern der Definition von Datenformaten, fuhr Jörissen fort. Ein „teilhabegerechtes“ datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement stelle keinen kybernetischen Vernetzungs-Automatismus, sondern einen partizipatorischen Prozess dar, der folgende Fragen aufwerfe: Was ist standardisiert erfassbar? Was wird ausgeschlossen? Was soll, was kann und was wird schließlich sichtbar gemacht? Und: Für wen werden Daten sichtbar und verwendbar gemacht?

Im Fachforum zum Thema „Digitalisierung nachhaltig denken. Herausforderungen für Politik, Kommunen und Schulen“ verwies Prof. Dr. Kai Maaz vom Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation darauf, dass es für eine nach-

Mobilfunkausbau ...

(Fortsetzung von Seite 1) Suchkreis und 80 halten mittlerweile einen Förderbescheid in Händen.

„Da an der Stelle die Dinge allerdings jetzt nicht mehr so richtig vorwärts gehen und wir deshalb nachsteuern müssen“, habe der Freistaat Überlegungen angestellt, in Sammelausschreibungen zu gehen, um gezielt eine größere Gruppe ins Ziel zu bringen, fuhr Aiwanger fort. Zwar wurde in den vergangenen Monaten noch kein Masten mit dem Bayerischen Mobilfunk-Förderprogramm errichtet, jedoch konnten über den eigenwirtschaftlichen Ausbau immerhin „400 Mobilfunksituationen“ vor Ort optimiert werden.

Über Abstimmungsprozesse zwischen Kommunen und Mobilfunkunternehmen informierte Hilmar Möhlmann (Telefonica Germany GmbH & Co. OHG). Das Unternehmen zählt neben Telekom Deutschland, Vodafone und 1&1 Drillisch zu den Unterstützern des Informationsportals www.informationszentrum-mobilfunk.de.

Möhlmann zufolge können die Kommunen bei der Standortsuche auf Basis des Suchkreises, dem räumlichen Kompromisspielraum für die Position des neuen Standorts, mitwirken. Innerhalb von 30 Tagen ist eine kommunale Rückmeldung, ob das Mitwirkungsangebot aufgegriffen wird, erforderlich. Innerhalb von 60 Tagen müssen konkrete kommunale Standortvorschläge erfolgen. Die Prüfung durch Netzbetreiber muss innerhalb von 15 Tagen durchgeführt werden. Sie erfolgt vornehmlich hinsichtlich funkt technischer Eignung und wirtschaftlicher Verhältnismäßigkeit. Eine erneute Konsenssuche ist möglich, auch sind „Runde Tische“ in Großstädten denkbar.

Filme in hoher Qualität streamen, große Datenmengen übertragen, beim autonomen Fahren, im Gesundheitswesen oder in der Landwirtschaft – das alles soll durch 5G schneller und zuverlässiger funktionieren. Bis das Netz all das flächendeckend hergibt, wird es aber wohl noch eine Weile dauern, wie Jennifer Pohl (Deutsche Telekom Technik GmbH) berichtete. Zwischen 2025 und 2030 soll fast jeder Mobilfunkstandort mit 5G funken. Ab diesem Jahr ist eine weitere Schließung verbliebener Lücken an Verkehrswegen vorgesehen, zudem sollen ein wei-

haltige Digitalisierung des Bildungssystems u.a. verlässliche, über 2024 hinausgehende Finanzierungssicherheiten sowie eine personelle Absicherung vor Ort in den Schulen braucht. Notwendig seien auch eine Vernetzung zwischen Schulen und mit dem Umfeld und eine Qualifizierungsoffensive, zudem eine Gestaltung schulischer Rahmenbedingungen, dass das Lernen mit digitalen Medien tatsächlich einen Mehrwert für Lernprozesse und Lernergebnisse bietet, von dem alle Kinder und Jugendlichen profitieren.

Gemeinsame Visionen

Schulleitungen empfahl Maaz, eine gemeinsame schulische Vision sowie ein gemeinsames Verständnis digital gestützten Lehrens und Lernens zu entwickeln und die schulische Arbeit vor dem Hintergrund gestiegener Digitalisierungsansprüche im Schulbereich qualitäts- und kompetenzorientiert zu steuern. Zudem sei es wichtig, Innovationsgeist zu ermöglichen und zu unterstützen sowie die Schule über die aktuelle Euphorie und die aktuellen IT-Ausstattungsprogramme hinaus zukunftsfähig zu gestalten. **DK**

terer Ausbau von 5G auf 3,3 GHz (Beamforming) in größeren Städten und einzelnen Schwerpunkten des Datenverkehrs ebenso erfolgen wie ein weiterer Ausbau von 5G über DSS (4G/5G-Kombination) in kleineren Städten und auf dem Land.

Eines von sechs Forschungsprojekten, die im Rahmen des 5G-Innovationsprogramms des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert werden, ist 5G4Healthcare. Ziel ist es, die Machbarkeit, die Möglichkeiten sowie die Grenzen der Verbesserung der Effektivität und Effizienz in der ländlichen Gesundheitsversorgung durch die 5G-Technologie auszuloten und Handlungsempfehlungen für skalierbare Lösungen abzuleiten. Unter Führung der Ostbayerischen Technischen Hochschule OTH Amberg-Weiden wird laut Prof. Dr. rer. pol. Steffen Hamm, Digital Healthcare Management, der Einsatz von 5G in den beiden Use Cases „Integrierte Versorgung“ und „Homecare“ konzipiert (Phase 1), modellhaft implementiert (Phase 2), erprobt und evaluiert (Phase 3).

Grundlage für innovative medizinische Versorgung

Der neue Mobilfunkstandard 5G bildet dabei die Grundlage für innovative medizinische Versorgung und Dienste wie beispielsweise EKG-Echtzeitübertragung aus dem Rettungswagen, robotergestützte Operationen und Fernüberwachung und -analyse der Vitaldaten von Patienten. Aus den Ergebnissen des Projektes sollen neue Lösungen entwickelt werden, die als Blaupause eines konsequent Digital-Health-gestützten medizinischen Versorgungsansatzes in ländlichen Regionen dienen sollen.

Handynutzer wollen möglichst überall Empfang haben, gleichzeitig aber wünschen sich die meisten Bürger, dass die elektromagnetischen Feldstärken der Mobilfunk-Basisstationen (MBS) möglichst gering sind. Nach Angaben von Dr. Rudolf Gulich (LfU/Landesamt für Umwelt) ergibt sich aus der Vielzahl an Forschungsprojekten keine belastbare Evidenz, dass unterhalb der Grenzwerte gesundheitliche Risiken bestehen. Die Felder ausgehend von Rundfunksendeanlagen oder von Mobilfunk-Basisstationen liegen deutlich niedriger als die-

Taten statt Worte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

rische Gemeindetag ein Gesetz zur Sicherung des stationären Handelns und zum Erhalt lebendiger Innenstädte. Konkret gehe es darum, die Innenentwicklungsinstrumente des Baugesetzbuchs zu stärken, Städtebauförderungsmittel mit Blick auf die Aufenthaltsqualität und den Liegenschaftserwerb in den Innenstädten auszuweiten und verlässliche Sonntagsöffnungszeiten zu schaffen.

Die Erreichbarkeit der Innenstädte mit intelligenten Verkehrskonzepten sei ebenso förderungswürdig wie die digitale Infrastruktur in den Innenstädten. Zudem müsse der stationäre Einzelhandel mit Blick auf seine gesamtgesellschaftlichen Funktionen kostenseitig entlastet werden. Auch gelte es, die kostenseitige und soziale Belastung des Onlinehandels für die kommunale Infrastruktur, die kommunale Daseinsvorsorge sowie die Sozialfunktionen in den Städten und Gemeinden zu untersuchen und auf regulatorischer Ebene mit Lenkungswirkung zu belasten.

Brandl zufolge „brauchen wir ein entschiedeneres Handeln der Politik, das über die freilich auch begrüßenswerten Gesprächsrunden und Dialogforen hinausgeht. Ich vernehme aus der Politik eine breite Bereitschaft – auch aus ökologischen Gründen – über eine Art Paketversandbesteuerung nachzudenken. Jetzt ist die Zeit dafür!“

Mit Blick auf die Energiewende fordern die Gemeinden eine finanzielle Beteiligung am Ertrag von Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Damit könnte örtlicher Widerstand gegen solche Projekte vermindert oder gelöst werden. Nach Brandls Worten „gibt es bei der Windenergie jetzt eine Wertschöpfungsbeteiligung der Standortgemeinden. Warum weigert sich das Bundeswirtschaftsministerium, das gleiche auch für Solaranlagen zu ermöglichen? In einer bundesweit regulierten Gemeindebeteiligung sehen wir die Möglichkeit, Akzeptanz und Vertrauen für die Energiewende zu schaffen.“

Mittlerweile, so der Verbandschef, gebe es kaum noch Solar-kraftwerk-Projekte, gegen die noch keine Bürgerinitiative gebildet worden sei. Warum sollte die Gemeinde beim Nutzer-kampf um Flächen Photovoltaikanlagen zulassen, wenn die Erträge nicht in der Gemeinde ankommen? „Was bei der Windenergie erlaubt ist, muss auch für die Solarenergie gelten. Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat es in der Hand, die bisher nur für Windkraftprojekte vorgesehene Wertschöpfungsbeteiligung von Gemeinden auch auf die Photovoltaik auszudehnen. Wir fordern ihn auf, dies zu tun“, unterstrich Brandl.

Nach langem Ringen werden Gemeinden und Städte jetzt an den Erträgen von Windkraftanlagen auf ihrem Gebiet beteiligt. Dies dürfte die Akzeptanz

jenigen körperrnah betriebener Geräte (z.B. Handy beim Telefonieren, Smartphone-Nutzung). Maßgeblich für die Feldstärke, der ein Mensch ausgesetzt ist, ist die Sendeleistung des eigenen Geräts. Gesundheitliche Risiken bei der intensiven Langzeitnutzung von Mobiltelefonen am Körper sind noch nicht abschließend geklärt. Die Reduktion der persönlichen Immissionen und Vorsorge ist in erster Linie durch das eigene Nutzungsverhalten möglich.

In Ausgabe 9 der Bayerischen Gemeindezeitung, die am 29. April 2021 erscheint, wird eine Sonderdokumentation der Tagung veröffentlicht. **DK**

dieser Anlagen in der Bevölkerung erhöhen. Jedoch gibt es bislang keine Wertschöpfungsbeteiligung von Gemeinden an Solarkraftwerken im Gemeindegebiet. Dabei wäre es aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags so einfach: Die Bundesregierung müsste lediglich eine Option im novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz ziehen. § 95 Nr. 3 EEG sieht vor, dass der Bund die bisher nur für Windkraftprojekte vorgesehene Wertschöpfungsbeteiligung von Gemeinden auch auf andere erneuerbare Energien, also auch auf die Photovoltaik, ausdehnen kann. Bislang weigerte sich das Bundeswirtschaftsministerium allerdings, davon Gebrauch zu machen.

Anlässlich des Weltwassertags wies Präsident Brandl schließlich darauf hin, dass der Grundgedanke multifunktionaler, wassersensibler Flächen-nutzungen bereits in den ersten Überlegungen zur Entwicklung von Städten und Gemeinden enthalten sein müsse. Das Prinzip der Schwammstadt sei Kern einer nachhaltigen Stadtplanung. Schwammstädte würden so geplant und gebaut, dass sie Wasser wie ein Schwamm aufnehmen und speichern können und dieses in Phasen der Trockenheit wieder an die Umgebung abgeben.

Das Bündnis „Wassersensibles Planen und Bauen“, dem neben dem Bayerischen Gemeindetag auch die Bayerische Architektenkammer, der Bayerische Ingenieurekammer-Bau und der DWA Landesverband Bayern angehören, fordert einen nachhaltigen Umgang mit den begrenzten Wasserressourcen im Zuge einer vorausschauenden, zukunftsorientierten Siedlungsentwicklung. Dazu zählen:

1. Nachhaltiger Umgang mit Regen
2. Regenwasser in Bauleitplanung und Baugenehmigung berücksichtigen
3. Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Beratung der Bauherren verstärken
4. Wassersensibles Planen und Bauen als Baustein für Identität und Baukultur
5. Förderung nachhaltiger wasser- und klimasensibler Lösungen
6. Honorarordnung anpassen
7. Gesplittete Abwassergebühren bayernweit einführen

„Der gesplittete Gebührenmaßstab für Schmutz- und Niederschlagswasser kann einen Anreiz für die Entsiegelung von Flächen und den Regenrückhalt auf den Grundstücken setzen“, erklärte hierzu Dr. Juliane Thimet, stellvertretende Geschäftsführerin des Bayerischen Gemeindetags.

Auch verwies sie darauf, dass Bauleitplanung mehr denn je bedeute, nicht nur überbaubare Flächen, also Baurechte, zu vergeben, sondern ganz genau festzulegen, wie mit Oberflächenwasser umgegangen wird. Von vornherein müsse klar sein, welche Anforderungen dazu auf jedem einzelnen Grundstück erfüllt werden müssen und wie ein Baugebiet insgesamt zur Regenwasserrückhaltung beiträgt. „Deshalb plädiere ich für verbesserte Festsetzungsmöglichkeiten für sog. multifunktional genutzte Flächen und Zisternen.“

Auch in Einzelgenehmigungsverfahren gehöre der zukunftsorientierte Umgang mit dem Niederschlagswasser zu einer gesicherten Erschließung. Ohne den Nachweis einer ordnungsgemäßen Niederschlagswasserbeiseitigung dürfe es in Bayern keine Baugenehmigung mehr geben. „Überlegtheit beim Planen, Tempo beim Bauen“, fasste Thimet ihre Position zusammen. **DK**

Den Teufelskreis ...

(Fortsetzung von Seite 1) muss durchbrochen werden. Anschubfinanzierungen des Bundes bei Begründung von laufenden kommunalen Kosten sind strukturelles Gift für die Kommunen.“

Mit Blick auf das Thema Kommunalfinanzien wies der DLT-Präsident darauf hin, dass zur verfassungsrechtlichen Garantie kommunaler Selbstverwaltung auch der Anspruch auf eine finanzielle Mindestausstattung gehöre.

Dies sei folgerichtig, da ohne eine aufgabenbezogene Unterlegung des Selbstverwaltungsrechts mit Finanzmitteln die tatsächlichen kommunalen Handlungsmöglichkeiten immer mehr schwinden und eine Schuldenspirale droht. „Deshalb unterstützen wir nachdrücklich die Verfahren des Landkreises Kaiserslautern und der Stadt Pirmasens beim Bundesverfassungsgericht. Die Frage der finanziellen Mindestausstattung der Kommunen hat grundsätzliche Bedeutung für die gesamte kommunale Ebene in Deutschland. Wir erwarten von Karlsruhe klare Aussagen zu diesem Fundament kommunaler Selbstverwaltung, dem sich dann die Landesregierungen nicht mehr entziehen können.“

Die Länder seien und blieben aufgefordert, für eine ordentliche finanzielle Mindestausstattung der Landkreise und Ge-

meinden zu sorgen. „Sie müssen ihre Kommunen mit dem Nötigen zur Bewältigung ihrer Aufgaben ausstatten, so dass sie nicht dauerhaft Kredite aufnehmen müssen. Es geht konkret darum, den rheinland-pfälzischen Kommunen insgesamt mehr Geld zu geben.“ Das Land stelle sich hingegen auf den Standpunkt, die Kommunen müssten die zu geringen Finanzmittel nur anders untereinander verteilen. „Die Bettdecke ist aber insgesamt zu kurz, egal wo man sie hinzieht“, machte Sager deutlich und verwies darauf, dass dieses Problem auch in anderen Ländern bestehe. Das Verfahren in Karlsruhe habe daher bundesweite Bedeutung.

Ausreichende Finanzmittel auch für freiwillige Aufgaben

Eine ausreichende finanzielle Grundausstattung sollte laut Sager auch für freiwillige Aufgaben selbstverständlich sein. „Diese Selbstverständlichkeit muss aber leider immer und immer wieder vor Gericht eingeleitet werden. Das ist nicht nur entwürdigend, sondern auch zeit- und kraftraubend. Mit dem Gang vor das Bundesverfassungsgericht sind wir somit hoffentlich am richtigen Ort angekommen, um diese Frage ein für alle Mal zum Wohle aller Landkreise und Gemeinden zu klären“, so der DLT-Präsident. **DK**

GZ-Interview mit Judith Gerlach, Bayerische Staatsministerin für Digitales:

Multitalent BayernApp

GZ: Frau Ministerin, die BayernApp ist vor kurzem an den Start gegangen. Was kann sie leisten?

Gerlach: Über die BayernApp können die Bürgerinnen und Bürger verschiedenste Informationen zu Behörden sowie zu staatlichen und kommunalen Verwaltungsdienstleistungen abrufen. Die App greift dabei auf einen Datenbestand mit über 2.500 Verwaltungsleistungen zu, wie beispielsweise die Beantragung der Geburtsurkunde oder die Wohnsitzanmeldung. Zu vielen dieser Verwaltungsleistungen werden bereits jetzt Online-Dienste angeboten. Diese sind direkt aus unserer App heraus aufrufbar. Sie dient quasi als Fernbedienung und ist der mobile Zugang zu staatlichen und kommunalen Serviceleistungen – sofern diese bereits online verfügbar sind.

Darüber hinaus können über die BayernApp auch die neuesten Meldungen und Informationen aus verschiedensten Bereichen der öffentlichen Verwaltung abgerufen werden – falls gewünscht mittels Push-Nachrichten. Und über eine Karte finden unsere Bürgerinnen und Bürger schnell den nächstgelegenen kostenlosen Bayern-WLAN-Hotspot.

GZ: Was soll alles erledigt werden können und welche zeitlichen Erwartungen sind an den Aufbau geknüpft?

Gerlach: Das Onlinezugangsgesetz fordert, dass bis zum Jahr 2022 alle Verwaltungsleistungen auch online angeboten werden. Wir gehen aber noch weiter. Unser Ziel ist, dass zukünftig die Verwaltungsdienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger genau so einfach erledigt werden können, wie beispielsweise Online-Shopping übers Smartphone.

Um die Online-Dienste in der Fläche und damit wirklich allen Bayerinnen und Bayern zur Ver-

fügung stellen zu können, brauchen wir die tatkräftige Unterstützung der Kommunen. Denn sie sind für einen Großteil der Verwaltungsleistungen zuständig. Seit dem Jahreswechsel stellt der Freistaat Bayern den Kommunen für die wichtigsten Top-Leistungen passgenaue Lösungen für Online-Anträge zur Verfügung. Diese können



Judith Gerlach, Staatsministerin für Digitales. Bild: Kurt Krieger

jetzt von den Kommunen Schritt für Schritt übernommen werden und sind dann auch für die Bürgerinnen und Bürger über die BayernApp aufrufbar. Viele Kommunen leisten schon heute bei der Digitalisierung der Verwaltung einen vorbildlichen Beitrag. Wir unterstützen sie dabei unter anderem mit dem Förderprogramm „Digitales Rathaus“ (www.digitales-rathaus.bayern). Für die erstmalige Bereitstellung von Online-Diensten kann darüber jede Kommune bis zu 20.000 Euro Förderung erhalten.

Ferner bauen wir das staatliche Zusatzangebot der App weiter aus. Als Nächstes wollen wir regionalisierte Statistikdaten integrieren. Damit können zukünftig interessante Zahlen, Daten und Analysen zu jedem gewünschten bayerischen Landkreis abgerufen werden – ein

zusätzlicher digitaler Service für unsere Bayerinnen und Bayern.

GZ: Welche und wie viele Kommunen sind angeschlossen und wie aufwändig ist der Prozess für Kommunen, Dienstleistungen über die BayernApp anzubieten?

Gerlach: An unsere BayernApp sind alle bayerischen Kommunen bereits angeschlossen. Denn über das Redaktionssystem des Bayern Portals (www.freistaat.bayern) können die Kommunen bereits seit mehreren Jahren Informationen dort veröffentlichen. Nun erscheinen die Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger, die dort eingestellt werden, automatisch auch in der BayernApp, ohne zusätzlichen Pflegeaufwand.

Kommunen bzw. deren IT-Dienstleister können die Informationen zu den angebotenen Online-Diensten auch automatisiert per Webservice in das Redaktionssystem einspielen.

Für die Redakteure, die vor Ort mit dem Redaktionssystem arbeiten, bieten wir zudem regelmäßig Webinare zur Pflege der Daten an.

GZ: Welche Vision wird mit der App verfolgt, soll irgendwann beispielsweise Bürgerkommunikation untereinander möglich sein?

Gerlach: Mein Ziel mit der BayernApp ist, den Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zu digitalen Verwaltungsleistungen von Staat und Kommunen deutlich zu vereinfachen und die Online-Kommunikation mit den Behörden zu erleichtern. Die Nutzer können beispielsweise unmittelbar aus der BayernApp heraus über das sichere Kontaktformular mit zahlreichen Behörden in Kontakt treten – und eine verschlüsselte Nachricht versenden.

Für die Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger untereinander gibt es dagegen bereits etablierte Dienste auf dem Markt.

Diskussionspapier des Deutschen Städtetags:

Digitale Souveränität von Kommunen stärken

Mit welchen Mitteln werden Städte selbstbestimmter, handlungsfähiger und digital souveräner? Das Diskussionspapier „Digitale Souveränität von Kommunen stärken“ des Deutschen Städtetags beantwortet diese Frage mit einem politischen Leitbild für digitale Unabhängigkeit auf kommunaler Ebene und leitet daraus politische Forderungen ab. Entstanden ist das Papier innerhalb der gemeinsamen Initiative „Digitale Souveränität“ von Deutschem Städtetag und KGSt. „Wir wollen den politisch-strategischen Blick des Städtetages innerhalb dieser Initiative mit dem anwendungsorientierten Ansatz der KGSt verbinden“, so Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy.

Digitale Souveränität darf laut Deutschem Städtetag nicht nur in seinen verschiedenen Dimensionen erfasst werden, sondern muss vor allem auch in ihren Auswirkungen erkannt werden. Eine nicht arbeitsfähige Kommunalverwaltung, der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die digitale Spaltung der Gesellschaft seien schwerwiegende Folgen fehlender digitaler Souveränität.

Um gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancengerechtigkeit zu schaffen, braucht es Ressourcen. Wichtig sei auch, das Maß an Abhängigkeit im Gesamten zu beachten. Auch die Beschaffung von Laptops oder Smartphones könne zu einem großen Problem werden. Fast alle Hersteller produzierten in den USA oder Asien. Hier brauche es einen größeren Einsatz in der Industrie- und Wirtschaftspolitik, um Abhängigkeiten zu verringern. Deshalb ist es aus Sicht der Städte dringend geboten, dass Bund und Länder ihre Bemühungen zur Stärkung der Digitalen Souveränität ausbauen.

Dazu gehört vor allem:

- **Lösungen und Expertise bereitstellen.** Nicht jeder muss das Rad neu erfinden. Das vom Bundesministerium des Innern geplante Zentrum für Digitale Souveränität ist ein guter Schritt. Wichtig wäre es, wenn hier auch explizit Austausch, Vernetzung und Kompetenzaufbau gefördert wird. Hierfür sollte die Expertise aus den Kommunen immer aktiv einbezogen werden, damit das Ergebnis mit den Bedürfnissen vor Ort zusammenpasst.
- **Offenheit einfordern.** Bund und Länder müssen sich konsequent für offene Standards und Schnittstellen einsetzen.
- **Einen passenden Rechtsrahmen schaffen.** Dieser muss übersichtlich und praktikabel in der Umsetzung sein. Gleichzeitig braucht es Flexibilität, um vor Ort gestalten zu können. Rechtliche Regelungen sollten Experimentierfelder eröffnen und den Ansatz des Ausprobierens stärken. Handlungshilfen bei der Beschaffung können außerdem eine wichtige Hilfestellung bieten.



In Kooperation mit atene KOM GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Breitbandausbaus

Zusammen mit der atene KOM wird die Bayerische Gemeindezeitung Leser:innen künftig Expertenwissen zum Breitbandausbau auf eine leicht verständliche Art näherbringen. Diese Ausgabe greift Grundlagen und erste Schritte des kommunalen Breitbandausbaus auf.



Was versteht man unter einem MEV?

Die Durchführung eines Markterkundungsverfahrens (MEV) ist Teil der Erfassung der Rahmenbedingungen für einen geförderten Breitbandausbau. Ziel eines MEV ist die Feststellung der öffentlichen Hand, dass im betreffenden Gebiet in den kommenden drei Jahren keine eigenwirtschaftliche Erschließung durch private Anbieter zu erwarten ist. Daneben soll das MEV auch zur Ermittlung des Status quo der Versorgungssituation herangezogen werden. Dabei werden die Ausbauplanungen aller regional tätigen und interessierten Anbieter durch die öffentliche Hand abgefragt, um einen Überblick zu technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der lokalen Breitbandversorgung zu erhalten und einen Ausbau aus dem Wettbewerb des Marktes heraus festzustellen oder auszuschließen.

Nach dem MEV das IBV?

Im Anschluss an eine negative Markterkundung kann ergänzend ein Interessenbekun-

dungsverfahren (IBV) durchgeführt werden. Ein IBV dient der Information und Abfrage potenzieller Anbieter, ob und zu welchen Konditionen sie ihre Leistung für das Gebiet anbieten würden. Es sollte vor allem dann durchgeführt werden, wenn sich im Rahmen des MEV kein Anbieter findet, der den Ausbau ohne (kommunalen) Zuschuss bzw. anderweitige öffentliche Unterstützung vornehmen kann. Neben der Vergabe direkter Zuschüsse können als Unterstützungsleistung der öffentlichen Hand auch passive Infrastrukturen bereitgestellt oder Bürgschaften (Übernahme von Haftungsrisiken) gewährt werden.

Und was bedeutet passive Infrastruktur?

Eine passive Netzinfrastruktur ist ein Breitbandnetz ohne aktive Komponenten. Es umfasst in der Regel Baufunktionen, Leerrohre, ungeschaltete Glasfaserleitungen und Straßenverteil-

Falls Ihr Interesse und Wissen rund um den Breitbandausbau erweitert werden konnte, freuen Sie sich auf weitere Beiträge dieser Art in den kommenden Ausgaben. Zum vertieften Nachlesen eignet sich außerdem das umfangreiche, stets aktualisierte Nachschlagewerk der atene KOM, erhältlich auf der Website: <https://atenekom.eu/wissen/loseblattsammlung/>.

Startschuss zur Umsetzung der bayerischen 6G-Initiative

Der Freistaat Bayern hat mit der konkreten Umsetzung seiner 6G-Initiative für die mobile Kommunikation der Zukunft begonnen. Im Rahmen einer virtuellen Veranstaltung gab Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert den Startschuss für das Thinknet 6G. Die Themenplattform soll alle relevanten Akteure im Freistaat und darüber hinaus frühzeitig miteinander vernetzen, damit 6G durch einen intensiven Austausch aktiv aus Bayern mitgestaltet werden kann.

Laut Weigert werden die von 6G zu erwartenden Innovations-sprünge bedeutende Auswirkungen auf bayerische Kernkompetenzen wie den Automobilbau oder den Gesundheitssektor haben. „Mit unserer 6G-Initiative nehmen wir schon heute die mobile Kommunikation der Zukunft in den Blick, um die bayerische Wirtschaft optimal auf den Einsatz von 6G mit dem Zielhorizont im Jahr 2030 vorzubereiten. Bayern soll beim Thema 6G international Vorreiter sein.“

Das vom Bayerischen Wirtschaftsministerium ins Leben gerufene und bei Bayern Innovativ unter dem Dach des Zentrums für Digitalisierung, Bayern angesiedelte Thinknet 6G ist gleichzeitig eine Experten-Denkfabrik

und ein Netzwerk für alle Organisationen und Akteure, die Interesse an 6G haben.

Prof. Dr. Wolfgang Kellerer, Lehrstuhlinhaber des Lehrstuhls für Kommunikationsnetze der TU München und Sprecher der Wissenschaft bei Thinknet 6G, betonte: „Für die Wissenschaft ist es von großer Bedeutung, zu erfahren, welche Anforderungen die künftigen Nutzerinnen und Nutzer an das 6G-Netz haben. Dann können wir die entscheidenden Forschungsfragen so formulieren, dass die neue Mobilfunkgeneration ein großer Wurf wird, der zahlreiche Hightech-Anwendungen wie etwa Assistenzroboter oder ferngesteuerte medizinische Operationen ermöglichen wird.“

Thinknet 6G ist eine von drei eng miteinander verzahnten Säulen der bayerischen 6G-Initiative, für die der Freistaat allein in diesem und den kommenden beiden Jahren mindestens 5 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung stellt. Die zweite Säule bildet das Grundlagenforschungsprojekt „6G Zukunftslabor Bayern“ an der TU München. Zwölf Lehrstühle und Professuren werden eingebunden, um grundlegende Erkenntnisse zum Mobilfunkstandard der nächsten Generation für weitere wissenschaftliche Untersuchungen sowie die Weiterentwicklung und Standardisierung in der Wirtschaft aufzubereiten.

Die dritte Säule nimmt den Transfer von Know-how aus der Wissenschaft in die Wirtschaft in den Fokus. Mit Hilfe von Förderaufträgen sollen Ideen für innovative Verbundforschungsvorhaben im Bereich 6G gesammelt werden. Hiervon können vor allem kleine und mittelständische Unternehmen über ganz Bayern hinweg profitieren.

Bayernweit – Gemeinsam für mehr Geschwindigkeit



breitbandausbau@m-net.de



Social Media-Nutzung in Kommunen*

Das Thema beschäftigt PolitikerInnen und Verwaltungen. Schon 2016 hat es die Süddeutsche Zeitung aufgegriffen. Seither wird es öffentlich diskutiert. Fast immer unter dem Blickwinkel des „Best practise“ und der Frage „How-to-use-social-media“. Aber das geht am eigentlichen Thema vorbei.

32 Millionen Deutsche nutzen Facebook. Jugendliche lieben Youtube und Instagram. Mit Herzchen und Likes folgt man den großen Vorbildern. Doch was suchen Nutzer? Und sind sie bereit mehr zur Diskussion beizutragen, als nur ihre (oft undifferenzierte) Sichtweise?

Betrachten wir die social Media einmal aus der Perspektive der besonderen Verantwortung, die BürgermeisterInnen zu tragen haben. Und aus der Perspektive der Verwaltung, die inhaltliche Prioritäten setzt.

Warum Misstrauen gegenüber Facebook & Co?

Facebook & Co. sind keine harmlosen Plattformen. Ihre Betreiber greifen Daten ab. Nicht irgendwelche und nicht sparsam, sondern klar gewinnorientiert und verdeckt politisch. Mit den Daten der User lassen sich Massen beeinflussen. Daten werden an die Meistbietenden verkauft. Wer ein Facebook-Plugin auf der eigenen kommunalen Webseite installiert, öffnet dem amerikanischen Konzern Tür und Tor, um das Nutzerverhalten auf der kommunalen Webseite auszuwerten. Und zwar so, dass der User der Webseite davon nichts mitbekommt. Hier alleine setzt bereits die besondere Verantwortung

der Kommune für ihre Bürger ein. Das bedeutet, dass sich die Kommunen am Datensammeln beteiligen. Mehr dazu: <https://www.datenschutz-bayern.de/6/SocialPlugins.html>

Dient die Nutzung der sozialen Netzwerke wirklich der Transparenz? Kann man Bürgereinbindung über soziale Netzwerke erledigen? Nicht wirklich! Schon 2016 hat die SZ folgende Fragen aufgeworfen: „Bürgermeister und Bürger kommunizieren über Facebook wann immer sie wollen. Und über Dinge, die bis vor kurzem unvorstellbar waren. Selbst Persönliches rückt ins Bild... Ist ein Bürgermeister, der auf Facebook für jeden greifbar ist, schon bürgernah? Wird dort informiert oder Stimmung gemacht?“ Diese Fragen sind heute noch aktuell. Mehr denn je. Diese Undurchsichtigkeit ist auch der Grund, weshalb PolitikerInnen ihre Position in diesem Spiel überdenken sollten.

(Auch) so denken BürgerInnen

Folgende Kommentare folgten auf einen Artikel über BürgermeisterInnen in Social Media (Nürnberger Nachrichten, November 2020): „Kann man das Zeug (kommunale Themen) wirklich nur auf diesen grauenhaften Portalen veröffentlichen? Ein Dis-

kussionsforum ist heute schnell eingerichtet. Kostet nicht mal was.“ (Klaus5) oder „Ah ja. Facebook. Um Transparenz zu schaffen?! Gib diesen Leuten (facebook) alle deine Daten, und wir (die Kommune) sagen dir, wie es um die Gemeinde steht – vorbildlich! Echt mal. Was bitte ist so schwer daran, dass alles in einer eigenen Webseite zu veröffentlichen, deren Besuch nicht den Geschäftsinteressen irgendwelcher Kasper dienlich ist?“ (derUli)

Betrachtet man den Inhalt der Aussagen, so erkennt man daran exemplarisch, dass die BürgerInnen zwischen der Person „BürgermeisterIn“ und der Aufgabe „Verwaltungsführung“ keinen Unterschied mehr machen. Mit dieser Übertragung von Verwaltungsleistung auf politische Person (und umgekehrt) geht eine Imageübertragung einher. Und das ist problematisch. Für alle Beteiligten.

Rollen-Verteilung zwischen Politik und Verwaltung

Die BürgermeisterInnen sind in verschiedenen Rollen unterwegs: als politische Person, als Funktionäre einer Partei, als Moderatoren im Gemeinderat und als Cheffinnen einer Verwaltung. Das alles wird gerne mal vermischt. So entsteht das Gegenteil von Transparenz. Wer nicht klar kommuniziert, in welcher Rolle er sich äußert, macht sich leicht angreifbar. Die Wahlkampfaussagen einerseits und das, was schließlich im Alltag der demokratischen Ent-

scheidungsfindung kommuniziert werden muss, führt in der Öffentlichkeit zu der Vermutung, dass da jemand vor (oder nach) der Wahl offenbar sein Mäntelchen nach dem Wind gehängt hat. Eine Vermischung der Rollen führt selten zu Anerkennung und engt die Bewegungsfreiheit der Politiker ein. Deshalb sollte man die Kommunikationskanäle trennen.

Für Kommunen wäre es sinnvoll, einen Kanal des Bürgermeisters (als politische Person inklusive seiner Ansichten und Fragen) zu führen und gleichzeitig einen Verwaltungskanal zu betreiben. Der Bürgermeister kann als Privatperson dabei facebook & Co. nutzen, die Verwaltung sollte einen anderen Weg suchen.

Alternative Wege für ein Gemeinschaftsgefühl

Kommunen müssen über Verwaltungshandeln informieren. Das heißt aber nicht, dass sie soziale Netzwerke nutzen müssen. Wer seine BürgerInnen erreichen will, kann das über eine kommunale App ebenfalls tun. Diese App kann außerordentlich sinnvoll sein, wenn sie gut bespielt wird und die BürgerInnen über Pushnachrichten auf dem Laufenden hält. Hier ist sogar das Gefühl, zu einer besonderen Gruppe zu gehören deutlich gesteigert.

Auch die Nutzung von eigenen Blogs (als Teilbereiche der kommunalen Website) ist denkbar. Damit hätten tatsächlich alle Bürger Zugriff auf die kommunalen aktuellen Nachrichten, ohne ihre Daten an Facebook abgeben zu müssen. Keiner wäre ausgeschlossen. Diskussionen könnten deutlich besser und inhaltsreicher geführt werden und damit wäre der Blog auch der perfekte Ort, um große Bürgerbeteiligungsmaßnahmen zu begleiten.

Und was bedeutet das für die politischen Köpfe: Sie könnten auf ihren privaten Kanälen alles posten, was für sie Sinn macht und immer wieder auf die kommunale Webseite, den kommunalen Blog, oder die App verweisen. Auf diese Weise würden Verwaltungsleistung und lokale Diskussion nicht der öffentlichen Meinungsmache einer Plattform wie Facebook unterworfen. Und den Bürgern wäre es klarer, dass zwischen der politischen Person und dem Chef einer Verwaltung, in der Haltung den Bürgern gegenüber, Unterschiede möglich und nötig sind.

***Der Text stammt als Vorabdruck (gekürzt) aus dem Buch „Kommunale Kommunikation“ von Gisela Goblirsch. Das Fachbuch wird Ende 2021 im Haufe-Verlagerscheinen. Vorbestellungen oder Anfragen sind unter medienstelle@pr-competence.de möglich.**

Der digitalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Tankred Schipanski fügte hinzu: „KI bietet für die Verwaltung große Potenziale. Bedingung ist hierfür eine gute Digitalisierung der Verwaltung. Diese schieben wir mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes voran. Knapp 600 Verwaltungsleistungen werden zusammen mit den Ländern bis Ende 2022 digitalisiert.“ Dafür habe der Bund im Koalitionsausschuss vom 3. Juni 2020 noch einmal die Mittel für die Digitalisierung der Verwaltungen in den Kommunen um 3 Mrd. Euro erhöht, betonte Schipanski.

Meilenstein

Das im März 2021 verabschiedete Registermodernisierungsgesetz sei für die Vernetzung und die erleichterte Abrufen personenbezogener Daten ein Meilenstein. „Damit haben wir eine wichtige Grundlage zur Nutzung Künstlicher Intelligenz auch in den Kommunalverwaltungen gelegt.“ **DK**

Verlässlich in punkto Datenschutz

Kommunen haben inzwischen eine große Auswahl an sicheren Netzwerken

Zu Recht gehen Kommunen vorsichtig zu Werke, wenn sie überlegen, ob und wie sie digitale Medien nutzen. Klassische Netzwerke schließen sich aus, denn sie sind nicht datenschutzkonform. Doch es gibt inzwischen gute Alternativen. So nutzt Freiburg seit April 2020 die digitale Plattform „SoNaTe“. Die sechs Buchstaben stehen für „Soziale Nachbarschaft und Technik“. Bei der Plattform selbst handelt es sich um ein Forschungsprojekt, das an der Evangelischen Hochschule Freiburg angesiedelt ist.

Dass Daten abgegriffen werden, sollten Kommunen mit allen Mitteln zu verhindern suchen. „Auch in unserer Digitalisierungsstrategie wird auf Datenschutz großen Wert gelegt“, sagt Solveig Schwarz vom Freiburger Amt für Digitales und IT. Digitalisierung soll dieser Strategie zufolge gemeinwohlorientiert, nachhaltig und vertrauensbildend eingesetzt werden. Bürger, die SoNaTe nutzen, können sicher sein, dass ihre ins Netzwerk eingespeisten Daten nicht verkauft werden. Konkret genutzt wird SoNaTe zum Beispiel von Nachbarschaftshilfen. Alisa aus der Freiburger Altstadt etwa bietet hierüber gerade an, für ihre Mitbürger einkaufen zu gehen oder zu kochen.

Freiburg musste sich nicht lange den Kopf darüber zergrübeln, welches Netzwerk zum Einsatz kommen sollte: Dass an der Hochschule just an SoNaTe gebastelt wurde, entpuppte sich für die Kommune als Glücksfall. Sie wurde Partner innerhalb des Forschungsprojekts und baute auf SoNaTe ihr Stadtnetzwerk #freiburghältzusammen auf. Allerdings läuft die Forschungsinitiative im April aus. Wie es danach weitergeht, ist noch nicht ganz sicher. Momentan ist geplant, die Nachbarschaftsplattform als Genossenschaft zu betreiben.

Nicht alle wollen wechseln

Kommunen müssen zum Teil viel Überzeugungsarbeit leisten, um ihre Bürger dazu zu bringen, sich über ein neues, sicheres Netzwerk auszutauschen. Schließlich sind die meisten bereits auf etablierten, kommerziellen Plattformen unterwegs. Vereinsmitglieder kommunizieren seit Beginn der Corona-Krise zum Beispiel über WhatsApp, Sitzungen werden via Zoom organisiert. In Freiburg ist es gelungen, etliche Organisationen für SoNaTe zu gewinnen. Vereine verbreiten hierüber offen neue Informationen, man kann aber auch im geschützten Raum miteinander diskutieren. Ebenso können Newsletter verschickt werden.

SoNaTe wurde bisher vor allem von Ehrenamtlichen gut akzeptiert. Insbesondere ältere Menschen, die es bislang nicht gewohnt waren, digitale Medien zu nutzen, können damit in Corona-Zeiten kommunikativ mitgenommen werden, sagt Solveig Schwarz. „Aber auch unsere Feuerwehr möchte eine Austauschplattform, auf die sie sich in puncto Datenschutz verlassen kann“, erklärt die Betriebswirtin. Wünschenswert wäre für viele Organisationen und Initiativen, dass sie sich in einem sicheren Netzwerk auch per Video austauschen könnten. Das ist über SoNaTe noch nicht möglich. Freiburg plant derzeit, Videokonferenzen über BigBlueButton anzubieten.

Während sich früher auf dem Schreibtisch die Akten zu Bergen türmten, wird heute in den Kommunen immer mehr papierlos abgewickelt. Gerade in den letzten Monaten, als es auf die Pandemie zu reagieren galt, entstanden in vielen Städten und Gemeinden digitale Schreiben, Checklisten und Dienststanwei-

sungen. Über die Austauschplattform „Netzwerk Kommunen“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) können diese Dokumente der kommunalen Familie zur Verfügung gestellt werden. Auch diese Plattform wird nach höchsten Sicherheitsstandards auf Servern in Deutschland betrieben. Alle Inhalte und Daten bleiben in der Hand des DStGB.

Gemeindeapp BayernFunk

Vor allem Bürger, die bisher einen großen Bogen um digitale Medien machten, nicht zuletzt aus Datenschutzgründen, sollen mit dem Projekt „BayernFunk“ gewonnen werden. 97 Gemeinden nutzen die Gemeindeapp inzwischen. „Die App ist auch ohne Werbeeinnahmen kostenlos und nutzt keine Algorithmen“, erklärt Edith Strauß von der Versicherungskammer Bayern, die beim Projekt „BayernFunk“ mit dem Bayerischen Roten Kreuz und Fraunhofer IESE kooperiert. Eine weitere Besonderheit sei die regionale Verankerung: „Die App hat keinen ‚Social Media für alle‘-Ansatz, sondern ist ein soziales Medium für die Region oder die Kommune.“

Damit Datenschutz nicht zur Streitfrage wird, beschlossen mehrere Kommunen, die kostenlose App Notify der Münchner MessengerPeople GmbH zu nutzen. Nürnberg verwendet diesen Messenger zum Beispiel seit zwei Jahren neben Telegram. Die Akzeptanz allerdings ist laut Robert Hackner von der Stadt Nürnberg „mäßig“: „Wir haben rund 400 Nutzer über Notify.“ Über Telegram erreicht die Kommune inzwischen rund 4.200 User: „Der Vergleich zeigt, dass Notify von manchen gerne als Newsletterdienst genutzt wird, die jetzt vielleicht bewusst nicht einen zweiten Messenger neben WhatsApp verwenden wollen.“

Dass man in diesen Zeiten zumindest über den Computerbildschirm miteinander in Kontakt bleiben kann, schätzt Martin Metko, Vorsitzender des Obst- und Gartenbauvereins der Marktgemeinde Painten in Niederbayern. Er nutzt das für kleinere Kommunen entwickelte Netzwerk Villageapp des Marburger Start-ups Blue Village Innovations UG, um Tipps und Tricks rund um den heimischen Graten unter den Mitgliedern seines Vereins zu verbreiten. Für besonders tolle Tipps erhält er Likes.

Hohe Datensicherheit

Während es so mancher Painter Bürger riskiert, dass man seine Daten abgreift, wollte die Gemeinde eine App anbieten, die höchste Datensicherheit garantiert. „Da bei der Anmeldung für die App so gut wie keine persönlichen Angaben notwendig sind und die Server in Deutschland stehen, ist die Datensicherheit sehr hoch“, sagt Bürgermeister Michael Raßhofer. Die App sei sofort äußerst gut angenommen worden: „Vor allem die Vereine waren von Anfang an davon überzeugt.“ Nach vier Monaten Laufzeit nutzen bereits 42 Prozent der Painter die Applikation. **Pat Christ**

Künstliche Intelligenz in Kommunen:

Potenziale für die Verwaltung

Um die Lebensqualität der Bürger nachhaltig zu verbessern, setzen Kommunen immer häufiger auf neue Technologien. Die Frage nach dem politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmen für technische Verfahren wie Künstliche Intelligenz (KI) ist deshalb zu einem zentralen Thema geworden. Vor diesem Hintergrund startete das Co:Lab (Denklabor & Kollaborationsplattform für Gesellschaft & Digitalisierung) die Initiative „#KoKI – Künstliche Intelligenz in Kommunen“. Hier kamen Experten aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Verwaltung und Politik zusammen, um auf Grundlage ihrer Expertise aktuelle Chancen und Herausforderungen von KI im kommunalen Bereich zu beleuchten. Bei einer Abschlussveranstaltung wurden nun die erarbeiteten Ergebnisse anhand eines Arbeitsberichts präsentiert und diskutiert.

Grundsätzlich rief die Initiative „Künstliche Intelligenz in Kommunen“ zu einem sensiblen Umgang mit KI in Städten und Gemeinden auf. Gerade bei hoheitlichem Einsatz der Technologie müssten wichtige gesellschaftliche Werte wie Diskriminierungsfreiheit und Diversität von Anfang an mitgedacht werden.

KI- und Datenethik-Strategie

Darüber hinaus sollten Kommunen sich mit einer KI- und Datenethik-Strategie auseinandersetzen, „die sich aus der kommunalen Gesamtstrategie ableitet und entsprechend dort einbettet.“ So entstünden ein politischer Diskurs und partizipativer Aushandlungsprozess über die Frage, „wo wir als Gesellschaft gemeinsam stehen und wie wir dabei miteinander agieren wollen und welche Rolle dabei KI spielt beziehungsweise welche Grenzen gesetzt werden.“

Zudem sei es insbesondere bei KI-Anwendungen im kommunalen Kontext wichtig, über die rechtlichen Forderungen hinaus die Datenhoheit bei den Kommunen bzw. den Bürgern zu belassen. Die Einwilligung der Bürger in die Verwendung der Daten sei von zentraler Bedeutung.

Die zunehmende „Symbiose“ von Mensch und Maschine, häufig mit KI als nächste Dimension bezeichnet, ist laut Bericht ein „Entwicklungsturbo“ für die

Digitalisierung, der neue Verantwortung mit sich bringt. Dabei gebe es kein „schwarz oder weiß“, „gut oder schlecht“. Es brauche einen differenzierten Blick. Kommunen müssten einen verantwortungsvollen und gerechten Einsatz von KI für ihrer örtliche Gemeinschaft gewährleisten und sicherstellen. Dabei sei die Kommune zum einen in der Rolle der Anwenderin, „zum anderen ermöglicht, fördert und reguliert sie die Nutzung von KI“.

Der Umgang mit KI benötige neue Lern- und Begegnungsräume. Dazu zählten auch Experimentierräume, die unterschiedliche Akteure vernetzen und ihnen einen Denk- und Arbeitsraum bieten.

In regionalen Strukturen denken

„Kommunen müssen mehr zusammenarbeiten und in regionalen Strukturen denken und handeln“, lautet eine weitere Handlungsempfehlung. Fördermittel sollten entsprechend verstärkt für regionale Projekte, die mehreren Kommunen zugutekommen, eingesetzt werden, so dass ein Konkurrenzdenken um die unterschiedlichen Programme gehemmt wird. Auch sollte die ebenenübergreifende Zusammenarbeit (Bund, Länder, Kommunen) gestärkt werden, damit ein entsprechender

Wissensaustausch möglich wird und Kompetenzen und Wissen miteinander geteilt werden.

Zudem wird darauf verwiesen, dass „der Fokus der Handlungsfelder aktuell noch zu stark auf Politik und Verwaltung liegt“. Es gebe zu viele „weiße Flecken“ (beispielsweise Bildung, Pflege), unter anderem weil potenzielle Lösungen teilweise schlichtweg nicht bekannt sind.

Verwaltungsverfahren effizienter gestalten

„Die Automatisierung von Verfahren mittels Künstlicher Intelligenz kann die Kommunalverwaltung bei Routineaufgaben entlasten und dazu beitragen, Verwaltungsverfahren effizienter zu gestalten. Sei es beispielsweise bei der auf Algorithmen basierenden automatisierten Straßenunterhaltung oder der Verzahnung von Meldedaten mit der Haushaltsplanung, um jederzeit ‚auf Knopfdruck‘ tagesaktuelle Entscheidungsgrundlagen abrufen zu können“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und KPV-Bundesvorsitzende Christian Haase. Für eine effiziente und effektive kommunale Selbstverwaltung müsse bei solchen Routineaufgaben Künstliche Intelligenz als Chance genutzt werden.

Gleichwohl gebiete es die Verantwortung vor den Bürgern, dass bei Anträgen mit Ermessensspielraum die letztendlichen Entscheidungen von Mitarbeitern getroffen würden und nicht von Algorithmen. Haase: „Auch der beste Algorithmus wird keinen Bauantrag prüfen und genehmigen können. Die Einschaltung der zwischenmenschlichen Ebene erst im Widerspruchsverfahren ist im Sinne einer bürgernäheren Kommunalverwaltung nicht anzustreben.“

Bitkom-Positionspapier zum Thema Digitale Bezahlösungen:

Städte und Regionen smarter machen

Das nächste Car-Sharing-Auto buchen, Eintritt für Museum oder Oper zahlen: Digitale Payment-Lösungen können die intelligente Vernetzung von Städten und Regionen unterstützen und Verwaltungsangebote effizienter und bürgerfreundlicher gestalten. Dies geht aus dem Positionspapier „Digitale Bezahlen in der Smart City und Smart Region“ des Digitalverbands Bitkom hervor.

Aus Sicht von Kevin Hackl, Referent Digital Banking & Financial Services, „können Kommunen von der Zusammenarbeit mit digitalen Zahlungsdienstleistern profitieren, aber dieser weit über das Abwickeln von Bezahlvorgängen hinausreichende Nutzen wird in den Digitalstrategien vieler Kommunen im Gegensatz zu ausländischen Vorreitern bislang kaum berücksichtigt. Das geht nicht nur an den Bedürfnissen der Bürger vorbei, sondern lässt auch Modernisierungspotenziale ungenutzt.“

Laut Bitkom-Positionspapier sind digitale Bezahlösungen ein grundlegender Baustein der Digitalisierung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und ihrer Services. Im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes werden gerade zahlreiche Umsetzungsinitiativen für einzelne kommunale Online-Services realisiert. Für diese sollte der Anspruch eines Ende-zu-Ende-digitalisierten Prozesses bestehen – „eine digitale, europaweit nutzbare Bezahloption ist hierfür ein wichtiger Bestandteil, denn Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union dürfen in der Abwicklung digitaler Behördengänge nicht diskriminiert werden.“

Auch innerhalb der Verwaltung sollte der Prozess der Bezahlung im Fachverfahren durchdigitalisiert sein, beispielsweise durch die E-Rechnung. Bezahlösungen würden derzeit jedoch zu wenig bei der Konzeption von digitalen Verwaltungsleistungen berücksichtigt. Die dadurch entstehenden Medienbrüche verhindern effizientes Datenmanagement, was wiederum Potenzial für Effizienzsteigerung und Nutzerfreundlichkeit brach liegen lässt.

„Zahlungsdienstleister können lokale Entscheidungsträger dabei unterstützen, Digitalisierungsvorhaben zentral und zielgerichtet umzusetzen“, heißt es weiter. Durch ihre technologische und infrastrukturelle Expertise ermöglichen sie einen ganzheitlichen Zugang anstelle von Insellösungen. Die Bezahlfunktion bilde eine zentrale Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Service-Leistung und Verwaltung. So könnten Informations-, Identitäts- und Datenmanagement zentral gesteuert und digitale Dienstleistungen weiterer kommunaler Serviceanbieter zentral abgebildet werden. Die Nutzerfreundlichkeit werde dabei durch einen höheren Individualisierungsgrad gesteigert. Der kommunale Point of Sale (PoS) soll laut Bitkom auch mit Bargeld bedient werden können, um Bürgerinnen und Bürgern eine ansprechende Wahlfreiheit beim Check-Out kommunaler

Dienstleistungen zu gewähren. Die Möglichkeit für erleichterte Abwicklung und Individualisierung von Bürgerservices bleibe heute allerdings noch weitestgehend ungenutzt. „Dabei ist kaum nachvollziehbar, warum Eltern heute noch einen Antrag auf Kindergeld stellen müssen, wenn es bereits eine Schnittstellendienstleistung gibt, die berechnete Antragstellerinnen und Antragsteller automatisch identifizieren, verifizieren und eine entsprechende Zahlung auslösen.“

In einer sich rasch entwickelnden digitalen Welt sei die Cyberkriminalität eine ernstzunehmende Bedrohung für den digitalen Staat und seine Bürgerinnen und Bürger. Zahlungsdienstleister hätten sich zu Experten auf dem Feld der Cybersicherheit entwickelt, da globale Zahlungsnetzwerke stetig Angriffen im Cyberraum ausgesetzt sind und regulatorisch dazu verpflichtet sind, höchste ITK-Sicherheitsstandards zu implementieren. Zahlungsdienstleister könnten Kommunen und Regionen bei der Implementierung eines Cyberrisiko-Rahmenwerks unterstützen, das Industriestandards und regulatorische Bestimmungen berücksichtigt, um Cyberrisiken zu identifizieren, vorzubeugen und zu bekämpfen.

Europäisch denken

Ein digitaler Bürgerservice macht noch keine smarte City: „Eine zentrale und digitale Plattform für die medienbruchfreie Nutzung aller kommunalen Angebote wie Mobilität, Gesundheit und Verwaltung entspricht den Ansprüchen der ‚smarten Kommune‘. Die Verwendungen von kommunalen Services – ob online vom Sofa aus oder im Bürgeramt – kann durch digitales Bezahlen erheblich an Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit gewinnen. So können kommunale Services zentral genutzt, bezahlt und weitere Angebote von Drittanbietern integriert werden, beispielsweise im Bereich des ÖPNV, beim Parken oder beim Laden von Elektroautos.“

Auch hier gelte es, europäisch zu denken und eine digitale, europaweit nutzbare Bezahloption zu implementieren, um einen weiteren Schritt hin zur integrativen Smart City zu schaffen. Technologieunternehmen wie Zahlungsdienstleister könnten Kommunen dabei unterstützen, als Plattform zu agieren, beispielsweise im Bereich der Mobilität, Bildung oder Kultur. „Damit wird ein Mehrwert geschaffen und kommunalgesteuerte Angebote bleiben konkurrenzfähig.“

DK

Deutsche Glasfaser und M-net planen Glasfasernetz für Langweid am Lech

Home-Office oder Staustrecke? Top-Filme im Internet-Stream oder alte Schinken im Fernsehen? Videotelefonate mit den Enkeln oder allein zu Hause? Langweid am Lech hat in den kommenden Wochen die Chance auf den Ausbau eines reinen Glasfasernetzes, über das die Bürgerinnen und Bürger mit Lichtgeschwindigkeit im Internet surfen können.

Deutsche Glasfaser und M-net haben für das gemeinsame Projekt eine Kooperationsvereinbarung mit der Kommunalverwaltung geschlossen. Jetzt ist die Entscheidung der Bürger in Langweid für einen der beiden Anbieter gefragt, damit der Glasfaserausbau umgesetzt werden kann.

Bis zum 31. Mai können sie einen Vertrag entweder mit Deut-

sche Glasfaser oder mit M-net abschließen, um einen kostenfreien Glasfaseranschluss bis ins Haus oder die Wohnung zu erhalten. Einzige Voraussetzung: Mindestens 40 Prozent der anschließbaren Haushalte in Langweid, Stettenhofen und Foret ziehen mit und werden bei einem der beiden Anbieter Kunde. Wird diese Quote bis zum Stichtag er-

reicht, steht dem Netzausbau nichts mehr im Wege. Die neue Infrastruktur berücksichtigt alle Haushalte im Anschlussgebiet und schafft die Voraussetzung, dass auch Nachzügler noch angeschlossen werden können – dann allerdings müssen diese Haushalte die Anschlusskosten von derzeit mindestens 750 Euro selbst tragen.

Auf digitalen Infoabenden informieren Deutsche Glasfaser und M-net ausführlich über den Netzausbau, ihre jeweiligen Produktangebote sowie den Projektverlauf.



Digitalisierung mit Strategie!

Ein digitaler Fahrplan für die Zukunftsfähigkeit Ihrer Region

Der Zugang zu einer schnellen, gigabitfähigen Netzinfrastruktur – das zeigt gerade die aktuelle Situation – ist nicht mehr nur ein Standortvorteil, sondern eine Notwendigkeit für die Zukunftsfähigkeit einer Region. Der Breitbandausbau schreitet bundesweit voran und technologische Neuerungen wie 5G, Cloud Lösungen oder künstliche Intelligenz nehmen heute zunehmend Einfluss auf unser tägliches Leben. Der Weg in eine digitale Transformation stellt jedoch vielerorts Kommunen, Gemeinden und Landkreise noch immer vor große Herausforderungen.

Wie aktuelle Studien des Bitkom und des DSTGB, sowie der Initiative Stadt.Land.Digital zeigen, sind es gerade die kleineren Städte und Gemeinden, die trotz reger Bemühungen weitere Unterstützung bei der erfolgreichen Umsetzung der Digitalisierung benötigen. Dies betrifft vor allem den Aufbau von Infrastrukturen, die Finanzierung digitaler Projekte sowie den Aufbau von Know-how für regionale Akteure.

Digitale Transformation

Die digitale Transformation ist ein komplexer, dynamischer und integrierter Prozess. Vor Ort braucht er die Akzeptanz der Bevölkerung sowie ein generelles Verständnis für die Umsetzung innovativer Konzepte. Mit Hilfe einer kommunalen Digitalstrategie können zahlreiche Hürden schon frühzeitig identifiziert und überwunden werden. Ein solcher Fahrplan kann Orientierung bieten und einen möglichen Weg in eine sektorübergreifende Digitalisierung der Kommune aufzeigen. Er kann helfen, politische Handlungsforderungen zu priorisieren, Digitalisierungsaktivitäten aufeinander abzustimmen und Synergien effektiv zu nutzen.

Ein koordiniertes Vorgehen im Sinne der Strategie kann effektiven Ressourceneinsatz ermöglichen und wichtige Innovationsprozesse befördern. Um die technischen Potenziale der modernen Netzinfrastruktur bestmöglich zu nutzen, die Lebens- und Standortqualitäten vor Ort zu steigern und den Ressourceneinsatz nachhaltiger zu

gestalten, sollte eine Digitalstrategie immer auch gemeinsam mit den Bürger*innen für die Region entwickelt werden.

Individueller Ansatz

Jede Region, jede Kommune bringt eigene Voraussetzungen und Vorstellungen mit. Für die Strategieentwicklung muss daher ein individueller Ansatz gefunden werden, der alle Aspekte berücksichtigt. Dies bringt vor allem kleine Städte und Gemeinden nicht selten an ihre finanziellen und personellen Grenzen. Auch die genannten wissenschaftlichen Studien zeigen: Sowohl für die Implementierung als auch für die Umsetzung von digitalen Prozessen ist in der Regel professionelle externe Hilfe notwendig.

Im Dialog mit den Akteuren vor Ort

Das Team „Smart Regions“ der atene KOM entwickelt im Dialog mit den Akteuren vor Ort individuelle digitale Transformationsprozesse, begleitet die Kommunen auf ihrem Digitalisierungsweg und unterstützt sie mit Fördermittelberatung, Strategieentwicklung und partizipativen Beteiligungsprozessen.

Das Kernteam aus Expert*innen der Bereiche Stadt- und Regionalplanung, Technik und Technologie, Recht sowie den Themenfeldern Mobilität, Energie, Bildung und Nachhaltigkeit steht auch für die Kommunen des Freistaats mit einem Regionalbüro am Standort München jederzeit zur Verfügung. Das Angebot zum Thema Digitale regionale/lokale Transformation ist dabei vielseitig: Die Gemeinde Kirchheim bei München wurde durch die atene KOM erfolgreich bei der Antragstellung für das BMI Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ begleitet, die Gemeinde Mürrenstadt konnte in der Bewerbung um eine Projektförderung im Rahmen der Pilotphase Kleinstadtakademie des BBSR unterstützt werden.

Auch die übergeordnete Projektsteuerung hat die atene KOM für dieses Vorhaben übernommen; gemeinsam mit dem Zentrum Digitalisierung. Bayern richtet die atene KOM Workshops zum Thema „Smart Cities und Regions“ aus.

www.atenekom.eu

Digitaler Tag 2021

Deutschland und weitere EU-Länder vereinbaren Initiativen für Europas digitale Dekade

Die EU-Mitgliedstaaten wollen die Förderung der internationalen Konnektivität bündeln, gemeinsam Anreize für saubere Digitaltechnik schaffen und das Regulierungsumfeld für Start-ups verbessern. Dazu haben die Minister mehrerer Staaten, darunter auch Deutschland, am Digitalen Tag 2021 drei Erklärungen unterzeichnet.

„Die eingegangenen neuen Verpflichtungen stärken unsere gemeinsamen Bemühungen um einen auf den Menschen ausgerichteten Digitalisierungsansatz“, erklärte Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager. „Mit den Unterschriften mehrerer Mitgliedstaaten bekräftigen die Erklärungen unsere Verpflichtungen in drei Bereichen, nämlich Konnektivität, Start-up-Unternehmen und saubere Digitaltechnik.“

Der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Thierry Breton ergänzte: „Der Digitale Tag ist eine wichtige Veranstaltung, auf der die Mitgliedstaaten zusammenkommen, um wichtige digitale Ziele zu erreichen. Die neuen Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten eingegangen sind, bekräftigen unsere Entschlossenheit in der EU, zusammen mehr digitale Führungsstärke bis 2030 anzustreben.“

Zum vierten Digitalen Tag, der von der Kommission und dem portugiesischen Ratsvorsitz ausgerichtet wird, kommen Mitglieder des Europäischen Parlaments, Minister aus den Mitgliedstaaten, Führungskräfte aus der Wirtschaft und mehrere andere Interessenträger zusammen.

Europa stärkt weltweite Netze mit seinen Datenzugangstoren

27 europäische Länder haben die Erklärung über europäische Datenzugangstore als Schlüsselement für Europas digitale Dekade unterzeichnet. Darin verpflichten sie sich, die Konnektivität zwischen Europa und seinen Partnern in Afrika, Asien, der europäischen Nachbarschaft und Lateinamerika zu verbessern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf terrestrischen und unterseeischen Kabeln, Satelliten und Netzverbindungen für einen verstärkten und sicheren Datenaustausch. Die EU hat bereits strenge Datenschutzstandards und eine hochwertige innere Konnektivität geschaffen. Mit dem Ausbau ihrer weltweiten Konnektivitätsnetze kann sie nun zu einem globalen, sicheren und agilen Datenzentrum werden.

25 europäische Länder haben die Erklärung über Exzellenzstandards für start-up-freundliche nationale Maßnahmen (EU Startup Nations Standard) unterzeichnet, damit bewährte Verfahren, die in erfolgreichen Start-up-Ökosystemen angewandt werden, allen europäischen Start-ups und Scale-ups zugutekommen. Dazu hat die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern aus der Wirtschaft eine Reihe bewährter Verfahren er-

mittelt, die zu einem wachstumsfreundlichen Umfeld beitragen. Dabei geht es um die Bearbeitung der Visumanträge von Talenten aus Drittländern genauso wie die steuerliche Behandlung von Aktienoptionen und die Erhöhung und Diversifizierung des privaten Kapitals. Ziel ist es, solche Verfahrensweisen zur allgemeinen Regel beim Übergang der EU zu einer nachhaltigen, digitalen und resilienten Wirtschaft zu machen.

Mobilisierung von Investitionen in saubere Digitaltechnik

26 europäische Länder haben die Erklärung über einen ökologischen und digitalen Wandel in der EU unterzeichnet, um den Einsatz umweltfreundlicher Digitaltechnik zu beschleunigen. Die Mitgliedstaaten werden zusammenarbeiten, um die Entwicklung und Einführung modernster Digitaltechnik wie 5G und 6G, Glasfasertechnik, Hochleistungsrechnen und Internet der Dinge als Schlüsselösungen für die Verwirklichung der Klimaneutralität und den ökologischen und digitalen Wandel in vorrangigen Wirtschaftszweigen wie Energie, Verkehr, Fertigung, Land- und Nahrungsmittelwirtschaft sowie Bauwesen in Europa zu beschleunigen.

Weitere Handlungsbereiche sind die Förderung umweltfreundlicher Cloud-Dienste, künstlicher Intelligenz (KI) und von Blockchain-Technologie und nachhaltiger Hardware, aber auch die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge sowie die Unterstützung von Start-ups und KMU, die sich auf umweltfreundliche Technik spezialisiert haben. Zudem schlossen sich 26 Firmencheffs aus der IKT-Branche der europäischen Koalition für grüne Digitaltechnik an und verpflichteten sich im Namen ihrer Unternehmen, ihren CO₂-Fußabdruck bis 2030 deutlich zu verringern und bis 2040 klimaneutral zu werden.

Zu möglichen Lösungen hierfür gehören Investitionen in die Entwicklung energie- und material-effizienterer Digitaltechnik, die Zusammenarbeit mit einschlägigen nichtstaatlichen Organisationen und Fachverbänden bei der Messung und Kontrolle der Nettoauswirkungen grüner digitaler Lösungen auf die Umwelt und vieles mehr. Außerdem haben sie zugesagt, gemeinsam mit anderen führenden Unternehmen Leitlinien für die Einführung grüner digitaler Lösungen aufzustellen, um die nachhaltige Umstellung wichtiger Sektoren wie Energie, Verkehr, Bauwesen und Landwirtschaft zu beschleunigen.

Corona-App darfichrein knackt neue Rekordmarke

Der Marktführer für Apps zur Kontaktnachverfolgung darfichrein.de hat deutschlandweit die Marke von 2,5 Millionen Check-Ins im Echtbetrieb überschritten. Obwohl Gastronomie, Museen, Theater, etc. seit Wochen geschlossen sein müssen, ist die Nutzerzahl gestiegen.

Die App ist nämlich auch in sensiblen Bereichen von Verwaltungen, Universitäten oder Gerichten stark verwurzelt, die besonders hohe Ansprüche an die IT-Sicherheit stellen müssen. Bei Benutzern findet der bisher einzigartige „privacy-by-design“-Ansatz großen Anklang: So müssen beispielsweise keine personenbezogenen Daten auf den Benutzer-Smartphones gespeichert werden; damit ist ein Missbrauch

durch Hacking oder nach Diebstahl bzw. Verlust des Smartphones ausgeschlossen.

Hinter der App stehen die kommunalen IT-Dienstleister AKDB und krz, die den kompletten IT-Produktionsbetrieb in ihren sicherheitszertifizierten Rechenzentren in Deutschland abwickeln. Außerdem eröffnet die flexible Architektur viele Wege, die Gesundheitsämter anzubinden.

StimUp – Sicher abstimmen in virtuellen Versammlungen

Von Erich Holzinger, StimUp-Initiator

Der Gesetzgeber hat Abstimmungen in vielen Bereichen nun auch ohne physische Anwesenheit erlaubt. Doch wie führt man eine Abstimmung manipulationssicher und eventuell auch anonym in virtuellen Versammlungen sicher? Ein Münchener StartUp ermöglicht dies durch den Einsatz von Blockchain-Technologie und hat damit einen Innovationpreis der Stadt München gewonnen. Die Lösung erlaubt auch Laien, unkompliziert und sicher eine Abstimmung durchzuführen und manipulationssicher zu dokumentieren. Die Stadt München testet die Lösung bereits in verschiedenen Bereichen.

Die Idee hinter StimUp

In Zeiten der Corona-Pandemie müssen Abstimmungen und Beschlussfassung ohne die physische Anwesenheit der Abstimmenden funktionieren. Aber bei digitalen Übertragungswegen gilt es, insbesondere den Datenschutz zu beachten und technische Betrugsmöglichkeiten zu minimieren. Zudem müssen die Anforderungen an Anonymität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit sichergestellt werden.

Aus Begeisterung für die Blockchain-Technologie haben wir, Erich Holzinger und Mitglieder des Vereins Blockchain Bayern e.V., die App StimUp initiiert. Daraus entstanden ist eine Lösung, die mit Unterstützung der Stadt

München betrieben wird und frei genutzt werden kann.

Sicher, schnell und einfach: Abstimmen mit Blockchain-Technologie

Viele Menschen assoziieren Blockchain immer noch mit der 2009 veröffentlichten Kryptowährung Bitcoin und werfen die Technologie und ihre Anwendungsgebiete leicht mal in die Finanzprodukt-Schublade. Doch die Blockchain-Technologie eignet sich für jede Art der digitalen Zusammenarbeit. Die Aufgabe der Überwachung und Absicherung übernimmt hierbei die Gesamtheit aller dezentralen Blockchain-Knoten, da jede kleinste Änderung an den Daten

sofort bemerkt werden würde.

Die Technologie ist ideal für Abstimmungen, weil sie den Ansprüchen der Nutzenden – wie zum Beispiel Ausschüsse oder Gremien – gerecht wird. Gerade weil Abstimmungen

- in einer Gruppe stattfinden,



Erich Holzinger.

in der alle das gleiche Ziel verfolgen – über ein Thema abzustimmen oder einen Beschluss zu fassen.

- manipulationssicher abgehalten und dokumentiert werden müssen
- manchmal anonym durchgeführt werden müssen
- virtuell durchführbar sein müssen, da nicht immer alle persönlich anwesend sein können.

StimUp jetzt schon einsetzen

Wenn Sie eine digitale Abstimmung durchführen wollen, benötigen Sie dafür eine Beschreibung des Abstimmungsinhalts und der Abstimmungsoptionen, den Zeitraum, in dem

abgestimmt werden kann sowie die E-Mail-Adresse aller berechtigten Wählerinnen und Wähler.

Mithilfe der StimUp-Applikation unter https://blueorion.cc/vote_de tragen Sie alle Daten in das dafür vorgesehene Formular im Web ein. Sie erhalten eine E-Mail mit dem Link für die Abstimmenden und einen Link zum Abrufen des Abstimmungsergebnisses. Diese Links verschicken Sie zusammen mit der Einladung zum virtuellen Meeting. Die Abstimmenden müssen sich mit diesem Link und ihrer E-Mail-Adresse authentifizieren und bekommen daraufhin ihren persönlichen Link zur Abstimmung per E-Mail zugeschickt. Jede Wählerin und jeder Wähler kann nun einmalig eine Stimme abgeben.

Manipulationssichere Signatur

Nach Beendigung der Abstimmung erhält der Wahlleiter ein signiertes PDF-Dokument mit dem Abstimmungsergebnis. Die Signatur ist in der Blockchain abgelegt und damit ebenfalls manipulationssicher.

Dank der Blockchain-Technologie ist für alle nachprüfbar, welche Stimmabgaben erfolgt sind. Die Abstimmenden können zudem auch bei einer anonymen Abstimmung über die persönliche Abstimm-ID prüfen, ob ihre Stimme korrekt in der Blockchain vermerkt wurde. Eine nachträgliche Manipulation der Abstimmung ist ausgeschlossen.

StimUp ist derzeit kostenfrei nutzbar. Der Betrieb wird von der Stadt München finanziert.

Wir freuen uns über Feedback und Erfahrungsberichte! Gerne helfen wir Ihnen bei einer Testwahl. Nehmen Sie gerne Kontakt mit uns auf – per E-Mail mit erich.holzinger@planetscrum.de.

Viel Erfolg beim Abstimmen und Beschlussfassen!

Bis zu 100 Gbit/s Kapazität pro Anschluss

LEW TelNet bindet neues Gewerbeareal TONI Park in Augsburg mit Glasfaserdirektanschlüssen für Unternehmen an

LEW TelNet, das Telekommunikationsunternehmen der LEW-Gruppe, baut die Breitband-Infrastruktur des neuen Gewerbeareals TONI Park auf, das derzeit in Augsburg zwischen Hofchfeld und Universitätsviertel entsteht: Der TONI Park wird mit einer leistungsstarken Glasfaserzuführung an den Hochgeschwindigkeits-Backbone von LEW TelNet angebunden.

LEW TelNet integriert die einzelnen Gebäude in das lokale Glasfasernetz. Damit können alle Unternehmen, die sich im TONI Park ansiedeln, einen Highspeed-Internetzugang mit symmetrischen Bandbreiten von bis zu 5 Gbit/s im Up- und Download sowie eine direkte Anbindung an das Rechenzentrum von LEW TelNet nutzen. „Auf Anfrage können wir sogar Anbindungen mit bis zu 100 Giga-bit pro Sekunde realisieren.“

Damit stehen den Unternehmen alle Optionen für Aufbau und Nutzung moderner IT-Systemlandschaften offen, insbesondere beispielsweise der Zugriff auf unsere Rechenzentrumskapazitäten und Cloud-Lösungen“, erklärt Gabriele Wagner-Hörterer, Key Account Managerin Geschäftskunden bei LEW TelNet.

IT-Rundum-Sorglos-Paket für Unternehmen

Aus dem umfangreichen Angebot von LEW TelNet können die Mieter im TONI Park genau die Leistungen wählen, die sie für Internet und Telefonie benötigen, beispielsweise Sprachdienst, Veeam Cloud Backup oder Managed Security Gateways.

Darüber hinausgehende IT-Dienstleistungen oder eine Standortbetreuung für Unternehmen ohne eigene IT-Abteilung leisten Systemhaus-Partnerunternehmen von LEW TelNet. Somit

erhalten die Unternehmen eine IT-Rundum-Versorgung entsprechend ihrer Anforderungen.

Schnelles Internet zieht IT-Unternehmen an

Mit der Entscheidung für eine leistungsstarke Glasfaseranbindung am Gewerbeareal TONI Park legte die TONI IMMOBILIEN Dr. Krafft KG den Grundstein für einen neuen IT-Standort in Augsburg. „Auf unserem Gelände wollen wir eine ganze Reihe von IT-Unternehmen ansiedeln. Die extrem hohen Übertragungskapazitäten, die LEW TelNet bereitstellen kann, sind ein entscheidender Standortvorteil – nicht nur für Unternehmen der IT-Branche“, betont Andreas Lesser, persönlich haftender Gesellschafter der TONI IMMOBILIEN Dr. Krafft KG.

Der erste von insgesamt sechs geplanten Bürokomplexen im TONI Park ist schon voll bezogen. Derzeit laufen die Bauarbeiten für ein Gebäude mit 15.000 Quadratmetern Bürofläche an. Fast ein Drittel davon hat bereits IGEL Technology angemietet. Für weitere Neubauten stellt die TONI KG die Bauanträge in diesem Jahr.

Hohe Ausfallsicherheit, sichere Datenübertragung LEW TelNet betreibt ein eigenes, rund 4.500 Kilometer langes Glasfasernetz in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns. Die im TONI Park ansässigen Unternehmen haben eine direkte und schnelle Anbindung an den Hochgeschwindigkeits-Backbone von LEW TelNet. Durch die am Standort vorhandene, sogenannte Knoten- und kantendisjunkte Glasfaseranbindung kann auf Anfrage jede Anbindung auch über getrennte Wege gehalten werden. Der redundante Aufbau bietet hohe Ausfallsicherheit: Fällt die Hauptverbindung aus, übernimmt, je nach Variante automatisch, der Zweitzugang die Versorgung.

IT-Infrastruktur auslagern

Ein weiterer Vorteil der Glasfaserversorgung im TONI Park besteht in der direkten Glasfaseranbindung an das Augsburger Rechenzentrum von LEW TelNet: Statt ihre erforderliche IT-Infrastruktur selbst aufzubauen, können Unternehmen im TONI Park Kapazitäten im Rechenzentrum von LEW TelNet nutzen.

Dabei bieten sich verschiedene Möglichkeiten: Unternehmen können einzelne Höheneinheiten, ganze Racks oder auch virtuelle Server mieten oder ihre Server-Landschaft komplett auslagern. Die Nutzung externer Rechenzentrumskapazität ist aufgrund der hohen Anforderungen und Auflagen an den Betrieb von IT-Infrastruktur gerade für kleinere und mittlere Unternehmen in der Regel kostengünstiger und sicherer. Das LEW TelNet-Rechenzentrum ist nach ISO 27001, ISO 14001 und vom TÜV SÜD zertifiziert.

Rund um die Gebäudekomplexe im TONI Park soll ein parkähnliches Areal mit Ruheoasen entstehen. Ideal für das Arbeiten im Freien: LEW TelNet stellt dafür ein flächendeckendes W-LAN im gesamten Außenbereich zur Verfügung. Im Innenbereich entwickelt die TONI KG rund 50.000 Quadratmeter Gesamtmielfläche für Büro und Arbeitswelt. Auch ein Fitnessstudio, Gastronomie und ein Kindergarten sollen zu den zukünftigen Mietern gehören. □

Kommunal-Navigator startet mit 93 Kommunen und 172 Projekten

Der Deutsche Landkreistag hat eine Online-Landkarte, den „Kommunal Navigator“ eingerichtet. Eine einfache und übersichtliche Datenbank, die aktuelle Projekte der digitalen Daseinsvorsorge beschreibt. Welche Ziele werden damit verfolgt? Vor allem haben Landkreise einen schnellen Zugriff auf aktuelle digitale Projekte in den Kommunen. Interkommunaler Austausch aber auch Nachnutzung sollen damit gezielt gefördert werden. Schließlich stehen alle Landkreise vor den gleichen Herausforderungen, welche gemeinsam am besten bewältigt werden können.

Der Kommunal Navigator ist im März 2021 in Betrieb gegangen. 93 Kommunen haben bereits zum Start 164 Projekte beschrieben und es steht zu erwarten, dass sich die Datenbank kontinuierlich weiter füllen wird. „Der Landkreis Donau-Ries ist unter den ersten dabei und beschreibt gleich sechs Projekte aus dem im Dezember vergangenen Jahres beschlossenen Digitalisierungskonzept“, erklärt Landrat Stefan Rößle.

Über verschiedene Filter lassen sich Projekte nach Bundes-

ländern, Landkreisen oder über eine Stichwortsuche auffinden. Für die anspruchsvollen Digitalisierungsprojekte des Landkreises erhofft sich Dr. Gabriele Theiler, Koordination Digitalisierung von der Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit am Landratsamt Donau-Ries, einen regen Austausch, um die Erfahrungen aus den bereits angestoßenen Projekten in die Fläche zu tragen.

Die Landkarte ist frei zugänglich und unter dem Link www.kommunalnavigator.de zu erreichen. □

Holetschek forciert Digitalisierung der Pflege

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek treibt die Digitalisierung der Pflege voran. Bei der Übergabe des Förderbescheids für das Projekt CARE REGIO an der Hochschule Kempten betonte Holetschek: „Es ist wichtig, dass wir die Chancen der Digitalisierung für die Pflege nutzen – zum Wohl der Pflegebedürftigen und um die Pflegekräfte bei den täglichen Herausforderungen zu entlasten. Ich freue mich deshalb, dass das Projekt CARE REGIO in Schwaben digitale Lösungen für die Herausforderungen der Pflege entwickelt und mit Partnern aus der Praxis auch gleich testet.“

CARE REGIO ist ein Leuchtturmprojekt, das die Digitalisierung in der Pflege bayernweit voranbringen soll. Im schwäbischen Hochschuldreieck erarbeiten die Hochschule Kempten, die Hochschule Neu-Ulm sowie die Hochschule Augsburg mit der Universität Augsburg und dem Universitätsklinikum Augsburg seit 2019 Strategien für den Einsatz digitaler Lösungen in der Pflege. Die einjährige Theoriephase hat das bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium bereits mit 450.000 Euro gefördert. Jetzt geht das Verbundprojekt unter der Leitung der Hochschule Kempten in die praktische Umsetzung: Hierfür fließen bis 2024 weitere Fördermittel in Höhe von 6,1 Millionen Euro.

Holetschek erläuterte: „Neue Technologien bieten viele Chan-

cen für Pflegekräfte, Pflegebedürftige und Angehörige. Digital gestützte Systeme lassen sich zum Beispiel für die Sturzprävention nutzen und können dazu beitragen, dass Pflegebedürftige länger selbstbestimmt zu Hause leben. Auch für die Pflegeeinrichtungen verspricht die Digitalisierung Vorteile: Sie kann die Dokumentation erleichtern.“

Im Mittelpunkt steht immer der Mensch

Der Minister fügte hinzu: „Bei all den Vorteilen neuer Technologien ist es mir aber wichtig zu betonen, dass im Mittelpunkt der Pflege immer der Mensch steht. High-Tech soll das Miteinander nicht ersetzen, sondern mehr Freiräume für menschliche Zuwendung schaffen.“ □

Bayerns digitale Ausrufezeichen

Mit dem Digital.Campus Bayern bringt Digitalministerin Judith Gerlach nun auch die Qualifizierungsplattform zur Fort- und Weiterbildung in der digitalen Verwaltung auf den Weg: „Ganz entscheidend ist, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung fit für die Herausforderungen der digitalen Welt machen. Denn sie sind die ersten Ansprechpartner vor Ort für unsere Bevölkerung. Wir wollen den Bürgerservice auch im Digitalen weiter verbessern. Mit dem Digital.Campus nehmen wir die Beschäftigten bei der Digitalisierung mit, vermitteln ihnen – individuell zugeschnitten – das passende Know-how und stärken ihr digitales Mindset.“

Der Digital.Campus Bayern ist eine Informations-, Buchungs- und Lernplattform, auf die alle Verwaltungsmitarbeiter Zugriff haben sollen. Die modularen Bildungsinhalte reichen von kurzen Lerneinheiten über Blended Learning Maßnahmen, Tagesseminaren, einer Ausbildung zum Digitallotsen (mehrere Wochen) oder zum Digitalwirt (einige Monate) bis hin zum berufsbegleitenden Bachelorstudiengang Digitale Verwaltung. Hierfür sind 760.000 Euro im Haushalt eingeplant. Der Digital.Campus Bayern wird schrittweise aufgebaut. Der Start erfolgt mit Pilotprojekten an der Bayerischen Verwaltungsschule und der Hochschule Hof.

Registermodernisierung

Ein Riesensprung bei der Verwaltungsmodernisierung hierzu wurde nunmehr mit der Zustimmung des Bundesrats zum Registermodernisierungsgesetz gemacht. Laut Judith Gerlach, die sich im Bundesrat für das Gesetz stark gemacht hatte, „fordern unsere Bürgerinnen und Bürger zu Recht serviceorientierte, digitale Behörden. Durch die Registermodernisierung ersparen wir ihnen beispielsweise den Aufwand, Nachweise wie etwa eine Geburtsurkunde, bei jedem Antrag erneut vorzulegen. Das ist dann möglich, wenn aktuelle Daten vorliegen und den Bürgerinnen

und Bürgern zweifelsfrei zugeordnet werden können. Es freut mich sehr, dass wir im Bundesrat den Weg dafür bereiten konnten.“

Derzeit verfügt die deutsche Registerlandschaft über mehr als 375 Registertypen. Diese sind zum Teil zentral, aber auch dezentral geführt. Qualität und Aktualität der Daten sind über die verschiedenen Register hinweg sehr unterschiedlich. Für die klare Identifizierung einer Person wird künftig als zentrales Merkmal die Steueridentifikationsnummer verwendet. Durch das Gesetz wird damit ein registerübergreifendes Identitätsmanagement ermöglicht, um so die Verwaltungsdigitalisierung datenschutz- und verfassungskonform voranzutreiben.

Datencockpit schafft Transparenz

Gerlach zufolge ist für sie ein hohes Datenschutzniveau entscheidend, das durch das Registermodernisierungsgesetz erfüllt wird. Bei Datenübermittlungen über verschiedene Verwaltungsbereiche hinweg prüfen unabhängige Stellen im Voraus, ob eine Abfrage und die dazugehörige Übermittlung gestattet sind. Die Bürger könnten zudem über ein sogenanntes Datencockpit nachträglich Auskunft erhalten, welche konkreten Daten zwischen Behörden übermittelt wurden. Dies schaffe Transparenz. „Wir neh-

men zur Umsetzung der Registermodernisierung die Einwilligung und damit Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger klar in den Fokus. Das neue Registermodernisierungsgesetz erleichtert damit auch ihnen den Umgang mit ihren eigenen Daten.“

Pilotprojekt „Digitaler Werkzeugkasten“

Wie die Ministerin weiter mitteilte, wird das erfolgreiche Pilotprojekt „Digitaler Werkzeugkasten“ deutlich ausgeweitet. Insgesamt werden 24 Landratsämter aus allen bayerischen Regierungsbezirken an dem neuen Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ teilnehmen. Dabei handelt es sich um Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Ebersberg, Mühldorf am Inn, Neuburg-Schrobenhausen, Rosenheim, Starnberg, Weilheim-Schongau, Freyung-Grafenau, Passau, Cham, Neustadt a.d. Waldnaab, Regensburg, Tirschenreuth, Bayreuth, Kulmbach, Fürth, Roth, Weißenburg-Gunzenhausen, Aschaffenburg, Bad Kissingen, Schweinfurt, Augsburg und Neu-Ulm.

Die Landratsämter erhalten jeweils 6.000 Euro zur technischen Umsetzung eines extra erstellten Leitfadens für die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen, zur Qualitätssicherung der Angebote und zur Schulung von Mitarbeitern. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf Services für Unternehmen, da diese mit rund 200 Behördenkontakten pro Jahr wesentlich häufiger mit der Verwaltung zu tun haben als der einzelne Bürger. Alle Verfahren, die im Werkzeugkasten 2.0 digitalisiert werden, sollen auch den jeweils anderen Landkreisen sowie interessierten Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. □

Drei-Punkte-Plan für Klimaanpassung in Kommunen

Bundesumweltministerin Svenja Schulze und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände haben einen schnell wirksamen Drei-Punkte-Plan zur Anpassung an den Klimawandel vereinbart. Dieser soll noch vor der Sommerpause umgesetzt werden.

Die wesentlichen Elemente sind erstens ein bundesweites Beratungszentrum für Städte, Landkreise und Gemeinden, das bis zum Sommer 2021 seine Arbeit aufnehmen wird. Kommunen aus ganz Deutschland sollen in diesem Zentrum Informationen und Anregungen für Strategien und Projekte zur Klimaanpassung erhalten. Zweitens fördert der Bund den Einsatz von lokalen Anpassungsmanagern. So wird sichergestellt, dass die Strategien auch in der Praxis ankommen. Drittens werden besonders innovative Lösungen von Kommunen über den Wettbewerb „Blauer Kompass“ prämiert.

Laut Bundesumweltministerin Svenja Schulze „profitieren Kommunen doppelt, denn klimaangepasste Städte und Landkreise sind lebenswert: Begrünte Dächer und Gebäudefassaden, Wasserflächen und verschattete Plätze lindern Hitze, bereichern die Vielfalt in der Stadt und steigern die Aufenthaltsqualität. Anpassung sichert die ökonomischen Grundlagen und ist ein Mehrwert für die Lebensqualität der gesamten Gesellschaft.“

Klimawandel konsequent mitdenken

„Wie wir heute bauen, bestimmt auf lange Sicht das Leben in unseren Städten. Denn Brücken, Wohngebiete, Rad- und Schienenwege ebenso wie Infrastrukturen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung haben lange Lebenszeiten“, betonte Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig. „Wir müssen heute konsequent den Wandel des Klimas mitdenken und für eine nachhaltige Entwicklung in den Städten vorsorgen... Der Drei-Punkte-Plan greift Forderungen aus den Städten auf und un-

terstützt ihren Einsatz für eine nachhaltige Klimafolgenanpassung. Das ist ein erster Schritt, dem in der nächsten Legislaturperiode weitere folgen müssen.“

Nach den Worten von Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags und Landrat des Kreises Ostholstein, „sind die Landkreise mit viel Engagement dabei, ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung zu leisten. Da sich die Auswirkungen und Herausforderungen des Klimawandels in den Landkreisen bundesweit betrachtet sehr unterschiedlich darstellen, ist dies auch eine Frage im Zusammenhang mit der Beförderung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dabei kann der vereinbarte Drei-Punkte-Plan einen Beitrag leisten. Wichtig ist es, dass die Kommunen zielgenau die notwendige Beratung und Unterstützung bei der Anpassung an die unterschiedlichen Folgen des Klimawandels erhalten.“

Ruf nach klarer Strategie

Wie Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, darlegte, „erfordern Hitze und Dürre, aber auch Starkregenereignisse und Hochwasser eine klare Strategie. Für Kommunen zählt sich daher eine klimagerechte Stadtentwicklung, die insbesondere mehr Freiflächen, eine energieeffiziente Bauweise, erneuerbare Energien und eine klimagerechte Mobilität umfasst, aus. Wir brauchen zudem mehr ‚Grün und Blau‘ in unseren Städten und Gemeinden. Um diese Herausforderungen zu meistern, bedarf es einer finanziellen Unterstützung von Maßnahmen sowie einem engen Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen.“



V.l.: Umweltminister Thorsten Glauber, Dr. Cecilia Scorza und Prof. Dr. Harald Lesch. Bild: stmuv.bayern

Gewinnerschulen der 200 Klimakoffer stehen fest:

Bonuspreis geht nach Oberbayern

Knapp 500 weiterführende Schulen in Bayern haben an der Verlosung der Klimakoffer teilgenommen. Nun stehen die 200 Gewinner fest. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Auslosung in München: „Der Klimawandel ist längst in Bayern spürbar. Der aktuelle Klima-Report zeigt, dass die mittlere Temperatur in Bayern bis 2100 um bis zu maximal 4,8 Grad Celsius gegenüber dem Zeitraum von 1971 bis 2000 ansteigen könnte, wenn wir keine Klimaschutzmaßnahmen ergreifen. Umso wichtiger ist es, dass sich bereits die junge Generation intensiv mit dem Thema auseinandersetzt. Wir müssen jetzt handeln.“

„Mit den Klimakoffern bringen wir den Klimaschutz an Bayerns Schulen. Die Schülerinnen und Schüler können ganz konkret erleben, wie der Klimawandel funktioniert. Vom Kopf direkt ins Herz: Die Schülerinnen und Schüler können konkret erleben, wie der Klimawandel funktioniert und Ideen mitnehmen, wie er sich meistern lässt“, erläuterte Glauber.

Sonderverlosung

Zusätzlich zu den 200 Klimakoffern gab es im Rahmen einer Sonderverlosung eine Diskussionsveranstaltung mit Minister Glauber und Prof. Dr. Harald Lesch an einer der teilnehmenden Schulen zu gewinnen. Die Gewinnerin dieses Bonuspreises ist die Maria-Ward-Realschule in Burghausen.

Die Verlosung der 200 Klimakoffer ist Teil des Projekts „Klimawandel: verstehen und handeln“ der Fakultät für Physik der LMU München um Dr. Cecilia Scorza, Koordinatorin für Öffentlichkeitsarbeit und Schulkontakte, und As-

Weißenhorn:

Müllheizkraftwerk wird noch sauberer und wirtschaftlicher

Rauchgasreinigung wird optimiert – Amortisation der Investition von 300.000 Euro in vier Jahren erwartet

Die Rauchgasreinigung des Müllheizkraftwerks (MHKW) in Weißenhorn, die bereits jetzt die Grenzwerte deutlich unterschreitet, wird weiter optimiert. Möglich wird dies durch Eindüsung von Natriumbicarbonat (das ist handelsübliches Backpulver) statt wie bisher von Kalkmilch. Der Werkausschuss des Landkreises Neu-Ulm beschloss jetzt einstimmig, eine entsprechende Umrüstung an der Verbrennungsanlage vorzunehmen.

Die Inbetriebnahme des neuen Systems soll im September 2022 sein. Gerechnet wird mit Investitionskosten in Höhe von rund 300.000 Euro (netto). Im laufenden Betrieb erwartet Werkleiter Thomas Moritz eine Kostenersparnis von circa 95.000 Euro (netto) pro Jahr, so dass sich die Investition nach spätestens vier Jahren amortisiert.

Dafür bekommt Weißenhorn neben noch saubererem Abluft auch eine größere Energieeffizienz des MHKW. So können bei gleichem Müllverbrennungsvolumen pro Jahr bis zu zwei Megawatt mehr für die Fernwärmeversorgung in der Fuggerstadt ausgekoppelt werden. Das MHKW kann damit noch wirtschaftlicher als bisher betrieben werden.

Hinzu kommt, dass das Sorptionsmittel SOLVAir zwar deut-

rophysiker Prof. Dr. Harald Lesch. „Mit dem Klimakoffer ist es gelungen, die wissenschaftlichen Hintergründe, Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels für den MINT-Unterricht experimentell zu elementarisieren“, betonte Scorza. Lesch ergänzte: „Ich bin ziemlich stolz auf unser Projekt. Der Klimakoffer ist große Klasse. Er funktioniert und macht klar, worum es geht.“

Anleitungen und Materialien

In den Klimakoffern sind Anleitungen und Materialien für zahlreiche Experimente enthalten, mit denen an den Schulen die Ursachen und Folgen des Klimawandels unmittelbar erforscht werden können. Die Klimakoffer werden aktuell noch von einer Caritaswerkstätte fertig gestellt, im Anschluss verpackt und an die Gewinnerschulen verschickt.

Alle Gewinnerschulen und weitere Informationen zum Klimakoffer gibt es unter: www.stmuv.bayern.de/klimakoffer.htm und www.klimawandel-schule.de

Neue Broschüre zur Biodiversität „Natur.Vielfalt.Oberpfalz“

Auf dem Gelände des ca. drei Kilometer östlich von Bodenwöhr gelegenen ehemaligen Truppenübungsplatzes konnte sich eine Wald- und Heidelandschaft entwickeln, die zu einem der schutzwürdigsten Sandlebensräume im Landkreis Schwandorf zählt. Dieses Naturschutzgebiet ist das jüngste im Regierungsbezirk der Oberpfalz. Genau dort präsentierten Regierungspräsident Axel Bartelt und der Schwandorfer Landrat Thomas Ebeling die neue Broschüre zur Biodiversität „Natur.Vielfalt.Oberpfalz“.

Die von der Regierung der Oberpfalz neu aufgelegte Infobroschüre bietet einen informativen, fundierten und bilderreichen Einblick in die Biodiversität des Regierungsbezirks. Rund 30.000 verschiedene Pflanzen, Tiere, Pilze und Flechten prägen die Naturlandschaft der Oberpfalz. Jede Art hat spezielle Ansprüche an ihren Lebensraum. Doch die Lebensbedingungen für zahlreiche Arten haben sich in den letzten Jahrzehnten zum Teil deutlich verschlechtert. Das Ergebnis: ein drastischer Rückgang.

Bedenkliche Entwicklung

Waren es vor zehn Jahren noch über 50 Pflanzenarten auf einer herkömmlichen Wirtschaftswiese, sind es heute kaum mehr als zehn. Eine bedenkliche Entwicklung, die die Bayerische Staatsregierung und die Mehrheit im Bayerischen Landtag veranlasste, das mit über 1,7 Millionen abgegebenen gültigen Stimmen erfolgreichste Volksbegehren des Freistaats, „Rettet die Bienen“, nicht nur anzunehmen, sondern auszubauen und mit einer Reihe von Änderungen im Bayerischen Naturschutzgesetz den Artenschutz deutlich zu verbessern.


„Naturschutz liegt in unserer Verantwortung, heute mehr denn je. Unsere wunderschöne

Natur in der Oberpfalz ist einzigartig und jeden Einsatz wert“, betonte Regierungspräsident Axel Bartelt: „Der Erhalt der biologischen Vielfalt zählt sich für jeden von uns aus. Es lohnt sich für jede und jeden Interessierten, sich mit dieser gelungenen Broschüre einen Überblick über die beeindruckende Flora und Fauna unseres Regierungsbezirks zu machen.“

„Unsere bayerische Kulturlandschaft, die über Jahrhunderte hinweg entstanden ist, hat eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt hervorgebracht“, freute sich Landrat Thomas Ebeling. „Diese Artenvielfalt gilt es zu erhalten“, gab er als Ziel aus. „Da viele Arten in ihrem Bestand stark zurückgegangen oder gar bedroht sind, gilt mein Dank allen, die für unsere Natur Sorge tragen und in den letzten Jahren auch zahlreiche bedeutsame Artenschutzprojekte umgesetzt haben.“

„Natur. Vielfalt. Oberpfalz“ zeigt nicht nur, wie vielfältig und faszinierend die Oberpfälzer Natur- und Kulturlandschaften sind, sondern gibt anhand von Beispielen einen Überblick über die Bandbreite der täglichen hauptamtlichen, aber auch ehrenamtlichen Naturschutzarbeit in der Oberpfalz.

Die Broschüre steht unter www.regierung-oberpfalz.bayern.de/regierungsbezirk/natur_land-schaft/index.html zur Verfügung.



NEU!

Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

KLÄRSCHLAMMENTSORGUNG

Wir schreiben im Rahmen von Einzel- oder Bündelausschreibungen Ihre thermische Klärschlammbehandlung aus:

Ziele der Ausschreibung

- Umsetzung der AbfKlärV 2017 und
- günstigere Verwertungspreise durch mehr Wettbewerb für die ausschreibenden öffentlichen Auftraggeber

Vorteile der Ausschreibung

- Entlastung der Verwaltung
- Gewährleistung eines rechtskonformen Ausschreibungsverfahrens
- digitalisierter Ausschreibungsprozess mit geringem Verfahrensaufwand

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH
Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-277 ✉ stolle@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Landkreis Wunsiedel ist Radon-Vorsorgegebiet

Radon ist ein im Boden natürlich vorkommendes radioaktives Edelgas, das im Niedrigdosisbereich therapeutisch von jeher Anwendung findet und dessen heilende Wirkung bereits seit Jahrhunderten bekannt ist. Allerdings kann ein zu intensiver und unkontrollierter Einfluss von Radon auch zu Erkrankungen führen. Um dem vorzubeugen, ist der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge als sogenanntes Radon-Vorsorgegebiet ausgewiesen worden.

Laut Bayerischem Umweltministerium wird das Thema Radon in Bayern durch das LfU behördlich betreut. Auf der Internetseite des LfU steht ein umfassendes Informationsangebot zum Thema Radon bereit. Darüber hinaus startet das LfU im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge begleitend zur Festlegung als Radon-Vorsorgegebiet ein neues Pilotprojekt zu Radonmessungen am Arbeitsplatz. Ziel ist es, die Datenlage zu verbessern und weitere Informationen zu sammeln. Hierzu können Arbeitgeber die Messergebnisse ihrer Radonmessungen und weitere Daten zu den jeweiligen Gebäuden und Arbeitsplätzen übermitteln. Mit Übermittlung der Daten kann eine Kostenerstattung für die Radonmessungen am Arbeitsplatz beantragt werden.

Von den aus diesen Daten möglichen Schlussfolgerungen sollen in der Folge viele andere Regionen, die vergleichsweise hohe Radonwerte aufweisen, lernen, profitieren und dann auch adäquate Maßnahmen für die dortige Bevölkerung entwickeln können. Hintergrund für die Ausweisung von Radonvorsorgegebieten ist das neue Strahlenschutzgesetz des Bundes, das vorsieht, dass die Länder solche Gebiete ausweisen.

„Ich begrüße das sehr“, betonte Landrat Peter Berek. „Denn durch diesen Schritt werden wir Vorreiter bei diesem viel diskutierten Thema und packen die Chance der Prävention beim Schopf. Denn dass es in vielen Landkreisen in Oberbayern, aber auch in Oberfranken hohe Radonbelastungen gibt, ist seit vielen Jahren bekannt. In den neu eingerichteten Vorsorgegebieten werden nun auch umfangreiche Untersuchungen und Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Davon können wir hier im Landkreis nur profitieren.“

DK

Zu viele Haushalte haben keine Biotonne

Bundesweite Erhebung des NABU zur Umsetzung der Biotonnenpflicht

Bioabfall getrennt zu sammeln leistet einen wichtigen Beitrag zu Natur- und Klimaschutz. Doch trotz gesetzlicher Pflicht hinken zahlreiche Städte und Gemeinden hinterher, wie eine bundesweite Erhebung des NABU ergab. Häufig gibt es die Biotonne nur auf freiwilliger Basis oder sie wird überhaupt nicht angeboten.

Seit 2015 sind Städte und Gemeinden in Deutschland verpflichtet, ihren Bürgern ein System zur Getrennsammlung von Bioabfällen, also von Küchen- und Gartenabfällen, bereitzustellen. Diese Pflicht ist notwendig, damit das wertvolle Biogut nicht in der Restmülltonne landet, sondern getrennt gesammelt und verwertet wird. Jährlich werden knapp fünf Millionen Tonnen Bioabfälle getrennt gesammelt. Aus NABU-Sicht ist hier noch viel Luft nach oben, das Potenzial wird auf über acht Millionen Tonnen geschätzt. Zu viel wertvolles Biogut landet in der Restmülltonne.

Niedriger Anschlussgrad

Laut Umweltbundesamt liegt der Anteil an Bioabfällen im Restmüll bei knapp 40 Prozent. Diese werden somit im Regelfall direkt verbrannt statt zunächst in eine energetische (Vergärung) und anschließend eine stoffliche Verwertung (Kompostierung) zu gehen. Die Biotonne ist die Grundvoraussetzung dafür, dass große Mengen Biogut getrennt gesammelt werden können. Schätzungen gehen jedoch von einem Anschlussgrad an die Biotonne von nur 55 bis 60 Prozent aus. Das bedeutet, dass knapp die Hälfte der Haushalte keine Biotonne hat, um Küchen- und Gartenabfälle zu entsorgen.

Sechs Jahre nach Einführung der gesetzlichen Pflicht lässt sich festhalten, dass die Getrennsammlung oftmals gar nicht oder nur unzureichend umgesetzt wird. In 56 von 402 Landkreisen und kreisfreien Städten, also in fast jedem siebten Kreis, wird im Jahr 2020 keine flächendeckende Biotonne angeboten.

Laut Untersuchung gibt es in 15 Kreisen nach wie vor keine Getrennsammlung der Bioabfälle aus den Haushalten. Weitere 28 Kreise und kreisfreie Städte kommen zwar der ge-

setzlichen Pflicht nach, bieten jedoch statt einer haushaltsnahen Biotonne nur ein weniger nutzerfreundliches Bringsystem an. Bei diesem müssen die Bürger ihre Bioabfälle zu einer zentralen Sammelstelle transportieren. Es ist naheliegend, dass dadurch deutlich weniger Biogut gesammelt wird als über eine bequeme Biotonne direkt vor dem Haus.

In sieben Kreisen wird zwar eine Biotonne angeboten, jedoch nicht für das gesamte Kreisgebiet, sondern nur in ausgewählten Gemeinden, Modellregionen oder Räumen mit höherer Bevölkerungsdichte. Weitere sechs Kreise haben zumindest zugesichert, eine Getrennsammlung zeitnah einzuführen. Jedoch ist teilweise noch nicht entschieden, ob diese über eine Biotonne oder nur über ein Bringsystem erfolgen wird.

Unbegründete Vorbehalte

Die Gründe dafür, dass Kommunen ihrer Pflicht zur Getrennsammlung nicht nachkommen, sind nach Angaben des NABU vielfältig. Die zahlreichen Vorbehalte gegenüber der Biotonne ließen sich allesamt entkräften. Vor diesem Hintergrund stellt die Naturschutzorganisation folgende Forderungen:

- Deutschlandweit flächendeckende Getrennsammlung von Bioabfall mittels Pflichttonne im „Holsystem“/„Bringsysteme“ für je nach Jahreszeit anfallenden Grünschnitt sind sinnvolle Ergänzungen, können aber die Biotonne nicht ersetzen.
- Quersubventionierung der Biotonne über die Gebühren der Restmülltonne und Anreizsysteme für getrennte Bioabfallsammlung durch niedrigere Gebühren für kleinere Restmülltonnen.
- Konsequenter Vollzug der Getrennsammelpflicht und ambitionierte Abfallwirtschaftsplanung durch die Bundesländer.

Über 1,2 Mio. Euro gegen den Verlust von Lebensmitteln

„Wertvolle Lebensmittel gehören auf den Tisch und nicht in die Tonne! Wissenschaft und Wirtschaft entwickeln im Forschungsverbund SHIELD Hand in Hand ein Prüfsystem, um Lebensmittel zu retten – ein Musterbeispiel für die Verbindung von Theorie und Praxis! Es freut mich, dass wir dieses wichtige Projekt mit über 1,2 Millionen Euro unterstützen können“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich des Beschlusses des Stifterrats der Bayerischen Forschungsförderung.

Mit den Ergebnissen des Forschungsverbunds „SHIELD – Sichere heimische (Bio)Lebensmittel durch sensorische Detektionsverfahren“ sollen künftig unnötige Lebensmittelverluste reduziert werden. Im Herstellungsprozess werden beschädigte oder für den Verzehr nicht mehr geeignete Rohstoffe aussortiert. Aktuell basiert die Qualitätskontrolle hierfür auf Stichproben, die zeit- und kostenintensiv im Labor analysiert werden. Kommt es dabei zu Auffälligkeiten, kann die gesamte Charge nicht mehr verwendet werden.

Bessere Vorhersagen über Qualität und Haltbarkeit

Durch eine schnelle und effiziente Untersuchung direkt entlang der Produktionskette soll zielgenauer eingegriffen werden.

Dank optischer Verfahren und Gassensoren können bessere Vorhersagen über Qualität und Haltbarkeit gemacht werden. Kürzere Lagerzeiten sorgen zudem für frischere Lebensmittel und nochmals weniger Verluste.

Bayernweites Netzwerk

Der Forschungsverbund unter der Führung des Fraunhofer-Instituts für Verfahrenstechnik und Verpackung IVV in Freising wird von einem bayernweiten Netzwerk getragen: mit dabei sind die TU München, die TH Nürnberg und die FAU Erlangen-Nürnberg. Dazu kommen Partner aus der Wirtschaft, unter anderem das Hipp-Werk in Pfaffenhofen/Ilm, die Firma Lebkuchen-Schmidt in Nürnberg, die Burgis GmbH aus Neumarkt i.d.Opf. und das Kloster Plankstetten aus Berching. □

- Steigerung der Sammelmenge (unter Berücksichtigung des Primats der Abfallvermeidung, also der Vermeidung von Lebensmittelabfällen).
- Verbesserung und Vereinfachung der Abfallberatung, so dass alle Küchenabfälle künftig in der Biotonne und nicht im Restmüll landen.
- Eigenkompostierung als einziger zulässiger Grund für keine oder nur eine sehr kleine Biotonne – ein gesundes Verhältnis von Kompostmenge und Gartenfläche vorausgesetzt. Ein gewisser Anteil an Haushalten mit Eigenkompostierung darf jedoch keine Ausrede für Kommunen sein, der Getrennsammelpflicht von Bioabfällen nicht nachzukommen.

Stellungnahme des VBS

Nach Auffassung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) zeigt die bundesweite Erhe-

Erfolgreiches Verpackungsrecycling

Kooperationsveranstaltung von DGAW und RECYCLING magazin!

In einem kompakten Format diskutierten über 160 Teilnehmer mit vier Experten, die das Thema Verpackungsrecycling entlang der Wertschöpfungskette abbildeten: Vom Verpackungshersteller über die Analyse der Verpackungen bis zur Sortierung und innovativen, digitalen Informationssystemen zur Optimierung der Sortierung.

Zunächst stellte Stefan Dierks, Director Sustainability Strategy, Melitta Group Management GmbH & Co. KG die Situation aus Sicht eines Verpackungsherstellers und Inverkehrbringers dar. Melitta hat sich zum Ziel gesetzt, das „New Plastic Economy Global Commitment“ der Ellen McArthur Foundation zu unterstützen und setzt bereits heute verschiedene Rezyklate in den Produkten ein. In der Diskussion erläuterte Dierks, dass auch chemisch recycelte Polymere für Food-Folien bereits in einem Projekt mit Sabic zum Einsatz kamen.

Sonja Bähr, Packaging Analyst bei der Tilisco GmbH, stellte zunächst die vielen „Einflussfaktoren“ auf eine Verpackung dar: Vom Produkt, über den Packstoff und das Packmittel, das Marketing, die gesetzlichen Vorgaben, die maschinellen Anforderungen im Verpackungsprozess, die leichte Transportierbarkeit und neuerdings auch noch die Recyclefähigkeit und die Nachhaltigkeits-Forderungen der Konsumenten. Bähr zeigte diverse gute und weniger gelungene Verpackungsbeispiele.

Was ist eine nachhaltige Verpackung?

Aber was ist eine nachhaltige Verpackung? Zwischen Convenience, Branding und Sustainability hat es der Konsument schwer, die richtige Entscheidung zu treffen, vor allem wenn die Werbung viel Nachhaltigkeit verspricht, die nicht immer haltbar ist.

Was wirklich zu recyceln ist und was vor allem vorher auch sortierbar ist, stellte Stefan Böhme, Geschäftsführer der Böhme GmbH Wertstoffeffassung, eindrücklich in seinem Vortrag dar. Er betreibt eine moderne Sortieranlage und kann dort sehr gut die gängigen Polymere PE, PP, PS, PET Flaschen sowie Weißblech, Alu und Getränkekartons sortieren. Schwieriger wird es bei den sog. „Biokunststoffen“, PET-Schalen, vollflächig

bestehende Defizite bei der Erfassung von Bioabfällen auf. Somit sei ein konsequenter Vollzug des Kreislaufwirtschaftsgesetzes notwendig. Der VBS kritisiert, dass die Verpflichtung, Bioabfälle getrennt zu erfassen, in manchen bayerischen Kommunen nicht konsequent umgesetzt bzw. gezielt umgangen wird. Häufig werde in diesen Landkreisen verlangt, dass die Bürger ihren Bioabfall zu zentralen Sammelpunkten bringen. Andere Städte und Kreise böten nur eine freiwillige Biotonne an, die von den Bürgern extra bestellt werden muss.

Die Staatsregierung sollte laut VBS einen einheitlichen Vollzug sicherstellen und Schlupflöcher verhindern, mit denen Kommunen geltendes Bundesrecht umgehen können, denn: „Bioabfälle getrennt zu sammeln ist echter Ressourcen- und Klimaschutz, denn aus einer Tonne Bioabfall lassen sich 350 bis 450 Kilogramm Kompost gewinnen, der Kunstdünger ersetzen kann. Zudem können durchschnittlich 110 Kubikmeter Biogas aus einer Tonne Bioabfall gewonnen werden, dies ersetzt 66 Liter Heizöl“, so VBS-Präsident Otto Heinz. **DK**

papierbeklebte Becher, Steingut, Netze, Multilayerfolien, technische Kunststoffe (meist Duroplaste) und natürlich die Fehlwürfe. Von denen gibt es leider immer mehr. Diese und die nicht sortierfähigen Verpackungen landen dann als Sortierreste in der thermischen Verwertung; häufig als Ersatzbrennstoffe in der Zementindustrie.

Die aussortierten Polymere fallen meist nicht alle in Monofraktionen, sondern auch in Mischfraktionen an, z.B. gemischte Polyolefine. Die daraus mechanisch recycelten Polymere können jedoch meist nur noch zur Herstellung von Rohren, etc. genutzt werden. Verpackungen werden nicht wieder daraus.

Projekt R-Cycle

Wäre also eine präzisere Sortierung die Lösung? Dr. Benedikt Brenken, Reifenhäuser GmbH & Co. KG Maschinenfabrik, hat dazu mit seinem Team das Projekt R-Cycle aufgelegt. Durch das digitale Speichern der Inhaltsstoffe der Verpackungen, können die Polymersorten noch besser unterschieden werden und so reinere Rezyklate entstehen. Das konnte in verschiedenen Pilotprojekten belegt werden. Die Datenübermittlung erfolgt über den EPCIS Standard der GS1. Doch eine Multilayerfolie wird man auch damit nicht trennen können.

Die richtige Trennung Zuhause ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine bessere Sortierbarkeit und dann auch Rezyklierbarkeit. Wenn der Verbraucher den Aludeckel nicht vom Joghurtbecher abreißt, kann das die Sortieranlage auch nicht leisten.

In der anschließenden Diskussion im Chat und mit den Referenten wurde immer wieder klar, wie wichtig Aufklärung und die Gespräche entlang der Wertschöpfungskette sind. Auch das Thema chemisches Recycling wurde mehrfach angesprochen. Wir bleiben dran und werden die Veranstaltung sicher wiederholen. □

LfU-Hausmüllbilanz für Bayern

Einen detaillierten Überblick über die im Jahr 2019 in Bayern durchgeführten Maßnahmen zur Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen aus Haushalten gibt die aktuelle Broschüre „Hausmüll in Bayern – Bilanzen 2019“, herausgegeben vom Bayerischen Landesamt für Umwelt.

Laut LfU-Präsident Claus Kumatat stieg das Gesamtabfallaufkommen gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,6 % auf 488,8 kg pro Einwohner an. Diese Menge beinhaltet auch Wertstoffe, die gezielt sortenrein – zum Beispiel getrennt vom Hausmüll – erfasst werden.

Die Erfassung von Wertstoffen liegt in Bayern qualitativ auf hohem Niveau und konnte 2019 um gut 1 % gesteigert werden. Das entspricht einer einwohnerspezifischen Menge von 330 kg.

Die Hauptwertstoff-Fraktionen sind Behälterglas, Altpapier (Papier, Pappe und Kartonagen), Metalle, Leichtverpackungen, Altholz und Bioabfall (Grüngut und Abfälle aus der Biotonne). Zusammen machen sie einen Anteil von 92,5 % aus. Zuletzt gab es einen Anstieg der an eine Biotonne angeschlossenen Einwohner um 5 Prozent auf 85 %. Trotzdem wurde bei der Pro-Kopf-Sammlung eine Abnahme von 57,1 auf 56,5 Kilogramm Bioabfall verzeichnet. Damit liegt Bayern unter dem Bundesdurchschnitt von 60 kg je Einwohner und Jahr.

Das verbleibende Restabfallaufkommen aus Haushalten ist um 0,5 % leicht gesunken und liegt aktuell bei 158,9 kg pro Einwohner. Als Restabfall fielen 2019 insgesamt 2.386.559 t oder 182,2 kg/EW an. Dies entspricht nach 180,9 kg/EW im Jahr 2018 einem Anstieg um 0,7 %. Das Hausmüllaufkommen lag bei 142,7 kg/EW (Vorjahr: 143,7 kg/EW) und 21,9 kg/EW (Vorjahr 17,5 kg/EW) und 19,7 kg/EW (Vorjahr 17,5 kg/EW) an.

Die schadstoffhaltigen Abfälle (Problemabfall), die den entsorgungspflichtigen Körperschaften überlassen wurden, nahmen von 6.685 t im Vorjahr auf 7.206 t im Jahr 2019 zu. Rund 52,2 % oder 3.761 t dieser Problemabfälle konnten verwertet werden.

In 95 von 96 Körperschaften standen den Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2019 insgesamt 1.578 Wertstoffhöfe zur Verfügung (2018: 1.583).

Im Bilanzjahr wurden 234 Kompostieranlagen (Vorjahr: 229) und

Gelber Sack:

Landkreis Regensburg gibt Gutachten in Auftrag

Ein Gutachten zum gelben Sack bzw. zur gelben Tonne gibt der Landkreis Regensburg in Auftrag. Neben einer Analyse der derzeitigen Entsorgungsstruktur bei Leichtverpackungen soll so auch eine Handlungsempfehlung dazu erarbeitet werden, welche Gründe für oder gegen eine Änderung des Sammelsystems bei dieser Abfallart sprechen.

Mit dem Gutachten wird den Landkreismitgliedern eine Entscheidungsgrundlage gegeben, ob die Einführung eines gelben Sacks bzw. einer gelben Tonne im Landkreis sinnvoll ist, oder welche Optimierungsmöglichkeiten sich im bestehenden System ergeben können.

Der Kreisausschuss unter dem Vorsitz von Landrätin Tanja Schweiger stimmte in seiner Sitzung der Gutachtensbeauftragung einstimmig zu. Das Ergebnis des Gutachtens, das für Herbst 2021 erwartet wird, soll dann im Umweltausschuss vorgestellt und beraten werden.

Die Sammlung und Verwertung sogenannter Leichtverpackungen ist nicht Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, sondern der Verreiber und Hersteller dieser Verpackungen. Diese Verpflichtung kann auf duale Systembetreiber übertragen

6 Vergärungsanlagen (Vorjahr: 7) in Bayern sowie 2 Anlagen außerhalb Bayerns zur Verarbeitung von insgesamt 955.100 t Grüngut (etwa 929.800 t im Vorjahr) genutzt.

Bei 50 bayerischen Bioabfall-Kompostieranlagen (48 im Vorjahr) und 22 Vergärungsanlagen (22 im Vorjahr) sowie 6 Anlagen außerhalb Bayerns wurden insgesamt rund 1.000.800 t Bioabfallgemische mit Abfällen aus der Biotonne angeliefert (1.015.300 t im Vorjahr).

Nach Angaben von 78 % der Körperschaften förderten 75 Städte und Landkreise die Eigenkompostierung. Um den kommunal erfassten Anteil an organischem Abfall zu verringern, wurden Zuschüsse zu Kompostern oder Häckslern, Kompostierkurse, reduzierte Abfallgebühren oder die Wahl eines kleineren Restabfallbehälters angeboten.

Die Verwertungsquote aus Haushaltsabfällen stieg von 66,9 % im Jahr 2018 auf 67,3 % im Bilanzjahr. Seit 2017 werden die Elektro- und Elektronik-Altgeräte in der Berechnung berücksichtigt. Von den 2,39 Mio. t Restabfall, die im Bilanzjahr im Freistaat angefallen sind, wurden 98,7 % thermisch behandelt. 33.600 t wurden einer mechanisch-biologischen Vorbehandlung unterzogen. Für die thermische Behandlung standen 2018 14 Anlagen zur Verfügung. Die Gesamtkapazität dieser Anlagen belief sich auf etwa 3,22 Mio. t.

Ende 2019 wurden im Freistaat 34 Deponien der Klasse I und II zur Ablagerung von Abfällen betrieben. An neun Standorten wurden im Bilanzjahr keine Abfälle abgelagert, dort stehen jedoch weiterhin Kapazitäten zur Verfügung. Insgesamt wurden im Bilanzjahr 367.804 t (Vorjahr: 433.193 t) abgelagert.

Der Anteil der abgelagerten Menge an Aschen und mechanisch-biologisch vorbehandelten Abfällen belief sich auf 104.683 t. Weitere 315.307 t Abfälle wurden im Rahmen von Verwertungsmaßnahmen auf Deponien in Bayern eingesetzt. Zum 31.12.2019 war ein ausgebautes Restvolumen der Deponieklassen I und II von 7,07 Mio. m³ verfügbar. **DK**

Wackersdorfer Westfeld:

Pflanzungen von rund 6.000 Laubbäumen und Sträuchern

Nadelwald-Monokulturen werden zu klimarobustem Mischwald.
Uniper investiert in drei Jahren 300.000 Euro in das Waldumbauprojekt.

Uniper hat mit dem für 2021 geplanten Teil 2 den auf drei Jahre angelegten Umbau der Nadelwald-Monokulturen südwestlich des Reaktivierungsgeländes Wackersdorf-Westfeld fortgesetzt. Wie im vergangenen Jahr begonnen, soll auf weiteren 10.000 Quadratmetern ein ökologisch wertvoller, dem Klimawandel trotztender Mischwald entstehen. Rechtzeitig zum Frühlingserwachen konnten die diesjährigen Pflanzungen von rund 6.000 Bäumen und Sträuchern erfolgreich abgeschlossen werden.

Die notwendigen Entnahmen der Kiefern erfolgten in der zweiten, frostigen, vegetationsarmen Januarwoche. Insgesamt wurden gut 110 Festmeter Holz ausgelichtet, gehäckselt und nur teilweise abtransportiert, denn das vor Ort belassene Häckselgut dient der Verbesserung der Nährstoffe im Boden. Aus dem dünnerem Astmaterial sind Totholzinseln aufgeschichtet worden. Mit einem Teil des bei der Auslichtung angefallenen Astmaterials werden die in den rekultivierten Bereichen

des Westfelds bereits vorhanden Totholzhaufen ergänzt, da diese im Laufe der Jahre verrotten. Auch wird ein Teil des Schnittguts noch für weitere Totholzhaufen im Rahmen der anstehenden Reaktivierung des Westfelddamms Verwendung finden. Geeignete Baumstämme gehen an die holzverarbeitende Industrie.

Ebenso wie Totholzhaufen und Wurzelstockinseln wurden auch bei der diesjährigen Umbauaktion sogenannte Torsobäume als geschützte Lebensräume für

diverse Insekten, Amphibien, Kleinsttiere und bestimmte Vogelarten eingerichtet. Zur Schaffung der „Neubauwohnungen“ wurden 22 Bäume auf vier bis sechs Meter gekappt.

Anders als im vergangenen Jahr wurden dieses Jahr nur Kiefern aus der Monokultur entnommen, um Platz für die Laubbaumpflanzungen zu schaffen. Die Pflanzungen mit Bäumen erster Ordnung (rd. 5.200 Rotbuchen, Stieleichen, Winterlinden und Hainbuchen) mit Wuchshöhen über 20 Meter fanden ab der zweiten Märzwoche statt. Sie wurden in den bestehenden Kiefernbestand als Unterpflanzungen integriert. Zusätzlich entstanden entlang des Waldrandes Gruppen aus insgesamt 100 Weißdornsträuchern, gewöhnlichem Schneeball, Heckenrosen und Pfaffenhütchen; daran schließen drei Reihen mit insgesamt 100 nicht sehr hoch wachsenden Bäumen (sogenannter zweiter Ordnung mit Wuchshöhen zwischen 10 und 20 Meter) der Sorten Vogelkirsche, Purpurweide, Wildapfel und Wildbirne.

Mischwaldlebensraum für Insekten, Vögel und Pflanzen

Gegen Wildverbiss werden die Neupflanzungen, bis zu einer Aufwuchshöhe von rund 1,30 Meter, mit einem rund 600 Meter langen Wildschutzzaun geschützt, der in der ersten Märzwoche gezogen wurde. Ab der zweiten Märzwoche die eigentlichen Pflanzarbeiten. Die Setzlinge wurden bodenschonend von einer Forst- und Landschaftspflegefirma aus der Region gepflanzt. Um das Wurzelwerk der jungen Bäume tiefer in die Erde einbringen zu können, kam bei den Pflanzungen auch ein Erdbohrgerät zum Einsatz. Die Arbeiten erfolgen wieder in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten der Forstwirtschaft. Ziel ist die Schaffung eines artenreichen, ökologisch wertvollen Mischwaldlebensraums für Insekten, vor allem Bienen und Schmetterlinge sowie Vögel und Pflanzen.

Trockenperioden sind enorme Herausforderungen

„Für Waldbesitzer und Landwirte in Franken, in Nordbayern und gerade auch im Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim / Fürth-Land durchzuführen, werden als Teilziele des Forschungsvorhabens definiert:

- Entwicklung, Anwendung und Analyse subsaisonalen und saisonaler hydrometeorologischer Dürre-Vorhersagen zum Niedrigwassermanagement in Franken.
- Entwicklung eines Bewirtschaftungsmodells für ein Dürremanagement zur Ertrags- und Bestandssicherung unter Berücksichtigung von Vorhersage, Wasserbedarf und Wasserverfügbarkeit als Anpassungsstrategie an den Klimawandel.

Klingt komplizierter als es ist: Der Fokus liegt auf dem grundsätzlichen Ansatz, kurzzeitigen Wasserüberschuss zu managen, um Land- und Forstwirtschaftserträge optimieren zu können. Zudem geht es darum, wie der Bodenwasservorrat in und unterhalb der Wurzelzone rechtzeitig gezielt aufgefüllt werden kann, ohne dass es infolge eines

Starkregenereignisses zu unerwünschten Hochwasserabflüssen kommt. Grundlage für die Erarbeitung eines solchen Systems ist die Sammlung entsprechender Messdaten und die Installation eines Bodenfeuchte- und Grundwassernetzes, welches in Herolds Stimmkreis erfolgen soll.

pmw



Der Stimmkreisabgeordnete Hans Herold im Gespräch mit Staatsministerin Michaela Kaniber, dem Landtagskollegen Walter Nussel (stehend) und MdL Martin Schöffel (rechts, agrarpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion).
Bild: Archivbild 2019, Büro Herold

Naturgartenzertifizierung 2020:

Drei Gärten ausgezeichnet

Im Landkreis Pfaffenhofen fanden die ersten Verleihungen der Naturgarten-Plaketten anlässlich der Zertifizierung Ausgezeichneter Naturgarten statt. Mit dabei waren neben stellvertretender Landrätin Kerstin Schnapp auch Wolfram Vaitl, Präsident des bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege e.V. sowie Andreas Kastner, Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege am Landratsamt Pfaffenhofen.

„Die Zertifizierung soll die Biodiversität und somit den Erhalt der heimischen Tierwelt in den bayerischen Gärten fördern. Ein Naturgarten erhöht die lebendige Vielfalt von Lebensräumen. Die ausgezeichneten Gärten zeigen eine bunte Mischung vom Bauerngarten bis zur Blumenwiese und vom Trockenbiotop bis zum Gartenteich“, so Kerstin Schnapp. Ein positiver Nebeneffekt sei die Durchgrünung der Ortschaften und Städte, denn dadurch werde die allgemeine Lebensqualität erhöht. Kreisfachberater Andreas Kastner: „Es werden die Aspekte des Gartenbaus sowie des Naturschutzes verbunden. Auch der/die „kleine“ Gartenbesitzer/in kann damit am Thema Natur- und Artenschutz unter dem großen Begriff Biodiversität teilhaben.“

Ilmünster, Puch und Pfaffenhofen

Im Landkreis Pfaffenhofen wurden jetzt drei Gärten zertifiziert. Beim „Obstgarten“ der Familie Karl aus Ilmünster handelt es sich um eine naturnahe Obstwiese mit etwa 80 Obstsorten, vielen Wildblumen, einem Gemüsegarten, sehr vielen Nützlingsunterkünften, einem kleinen Teich und mehreren wilden Ecken. Die Verwertung der erzeugten Lebensmittel und des Obstes spielt eine

zentrale Rolle. Andreas Kastner: „Die Delegation war begeistert von dem geschaffenen Garten und der Vielfalt.“

Der Garten von David Seifert in Puch entstand aus einer besonderen Philosophie: Es ist ein Drei-Zonen-Garten Hortus Statera nach Markus Gastl mit integrierten Per-

de organische Material in Form einer Kreislaufwirtschaft wiederverwertet.

Im Garten der Landwirtschaftsschule in Pfaffenhofen wird den angehenden Dorfhelferinnen Gartenwissen rund um das naturnahe Gärtnern vermittelt. Dieses Wissen wird in die Betriebe getragen. Damit können bestehende Gärten fachgerecht und ökologisch bewirtschaftet werden. Auch in diesem Garten sind neben einer Blumenwiese, Obstbäume und einem großen Gemüsegarten sehr viele Elemente vorhanden und bieten im Unterricht Möglichkeiten, sich mit der Natur auseinanderzusetzen. Heimische Materialien finden z.B. im neuen Hochbeet Verwendung. Hier wird gezeigt, dass auch kleine Flächen Ertrag



Verleihung Karl: v.l.: Wolfram Vaitl, Gartenbesitzer Franz und Waltraud Karl, stv. Landrätin Kerstin Schnapp, Gertraud und Josef Brand, Vorsitzender des Obst- und Gartenbauvereins Ilmünster (Beisitzer) sowie Andreas Kastner.
Bild: LRA Pfaffenhofen/Ilm

makulturelementen. Darunter ist ein gegliederter Garten zu verstehen, bei dem eine Pufferzone die schädlichen Einflüsse von außen weitgehend abhalten soll. Oft finden sich Heckenpflanzungen am Rand und in der Hot-Spot-Zone magere Böden als Lebensraum für heimische Blumen und Kräuter. Insekten und andere Tiere haben damit einen besonderen Lebensraum. In der Ertragszone wird Gemüse angebaut und das anfallen-

bringen können und keine exotischen Materialien notwendig sind. Es wurde heimische Lärche für das Hochbeet verwendet. Der Garten wird von Fachlehrerin Stefanie Rieblinger betreut und stetig weiterentwickelt.

Die Zertifizierung ist eine Aktion der Landesvereinigung Bayern e.V. unter der Dachmarke Bayern Blüht und wird vom Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege e.V. durchgeführt. □



BayWa

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Fischer EcoCut-System

Mit der Kombination aus Mähgerät mit Luftblassensystem erreicht das EcoCut-System eine Insektenschutzrate von 92% im Bienenwabenstest. Dabei ergeben sich keinerlei Einschränkungen in der Handhabbarkeit.

- Aufscheuchen und schonendes seitliches Abblasen von Insekten
- Mähhöhe bis 14 cm einstellbar zur Schonung bodennaher Insekten und Kleinstlebewesen
- Serienmäßig mit Bio-Hydrauliköl

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern

BayWa AG Technik
Arabellastraße 4
81925 München

Fragen Sie nach Ihrem persönlichen Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.

baywa.de/kommunaltechnik

53. Veitshöchheimer Landespflege-Tagung virtuell:

Klimaanpassung und Pflanzenverwendung

Unter dem Motto „Von der Bühne auf den Bildschirm – Landespflege-Tagung einmal anders!“ fanden die 53. Landespflege-Tagung in Veitshöchheim als Online-Tagung statt. Fachleute standen live vor Kamera und Mikrofon und beantworteten die Fragen der gut 650 Gäste aus dem Chat. Themenschwerpunkt am ersten Tag waren hochaktuelle Anpassungen in Planung und Baubetrieb aufgrund des Klimawandels. Tags darauf drehte sich alles um die Pflanzenverwendung in Stadt und Land. Die Organisation der Tagung hatte das Institut für Stadtgrün und Landschaftsbau der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) übernommen.

Nach Hitze- und Trockenjahren, bedingt durch den Klimawandel, richtet sich der Fokus auf die Ressource Wasser. Die Versorgung der Bevölkerung hat höchste Priorität vor Industrie, Landwirtschaft und Gartenbau. Über erste Ergebnisse der Befragung bayerischer Städte und Gemeinden zur Bewässerung öffentlicher Grünflächen berichtete Nikolai Kendzia, LWG Veitshöchheim.

Straßenbäume wachsen an lebensfeindlichen Standorten. Thermische Stamschäden, Hitzerekord sowie Krankheiten und Schädlinge werden zur Herausforderung. Nur wenige Baumarten tolerieren diesen Stresscocktail. Dr. Susanne Böll, LWG Veitshöchheim, stellte klar, wie hoch die Hitzebelastung in Krone, Stamm und Baumscheibe tatsächlich ist und inwieweit es den hitzebeständigeren kontinentalen Arten gelingt, Temperatureinflüsse stärker zu regulieren als heimische Baumarten.

Die Strahlungsintensität und auch die Betroffenheit mit weißem Hautkrebs nimmt zu. Erhöhte Sonnen-, UV- und Hitzebelastung erfordern unterschiedliche Maßnahmen, sowohl im Betrieb als auch auf der Baustelle. Gerhard Zäh (VGL Bayern), Carola Amling (SVLFG) und Mathias Nix (Grünflächenamt Stadt Frankfurt am Main) diskutierten, wie durch gute Zusammenarbeit der Schutz der Mitarbeiter gelingen kann.

Veitshöchheimer Leitbild

Alle wollen das Gleiche, doch welcher Weg führt zum Ziel? Grünflächen sollen ökologisch

Vom 26. bis 28. September in Eisenach:

demopark setzt 2021 auf Herbsttermin

Europas größte Freilandausstellung der Grünen Branche geht in diesem Jahr erstmals im Frühjahr an den Start: „Die demopark 2021 wird vom 26. bis 28. September auf dem Flugplatzgelände Eisenach-Kindel stattfinden“, sagt VDMA-Geschäftsführer und Mesседirektor Dr. Bernd Scherer. Damit werde „eine Ausstellung ohne nennenswerte pandemiebedingte Einschränkungen“ sehr viel wahrscheinlicher als zum ursprünglich vorgesehenen Veranstaltungstermin im Juni.

„Wir alle lieben die demopark, weil sie innovative Technik zu einem echten Praxiserlebnis macht. Ich bin fest davon überzeugt, dass uns das auch in diesem besonderen Jahr gelingen wird. Schließlich hat die Industrie eine Vielzahl spannender analoger und digitaler Neuheiten in der Pipeline, die nur darauf warten, in Eisenach präsentiert zu werden“, erläutert Scherer.

Open Air – Safe Fair

Ein ausgefeiltes, mit den örtlichen Behörden erarbeitetes Hygiene- und Sicherheitskonzept erlaube einen sorgenfreien Messebesuch für jedermann. „Als Freiluftevent haben wir in Zeiten wie diesen ohnehin einen Systemvorteil gegenüber konventionellen Hallenausstellungen. Wir wollen aber mehr als nur Sicherheit bieten,

wie auch wirtschaftlich bei Anlage und Unterhalt sowie dauerhaft nutzbar, ggf. ertragreich und optisch ansprechend sein. Das Veitshöchheimer Leitbild zur Pflanzenverwendung in Siedlungen und auf landwirtschaftlich bzw. gärtnerisch genutzten Flächen setzt auf Integration statt Konfrontation. Die Anforderungen des Naturschutzes an die Pflanzenauswahl hinterfragte Theresa Edelmann, LWG Veitshöchheim.

Viele der bislang gern verwendeten Pflanzen wie Hortensien oder Rhododendren leiden unter extremer wochenlangender Hitze und Trockenheit. Angelika Eppel-Hotz und Andreas Adelsberger, beide LWG Veitshöchheim, tauschten sich aus über die Überlebenskünster unter den Gehölzen und Stauden, die die Sonne lieben und die Hitze tolerieren. Arten von Trockenstandorten verschiedener Regionen liefern ein umfangreiches Sortiment für öffentliches und privates Grün.

Neue Herausforderungen

Funktionieren schön anzusehende Staudenpflanzungen auf großen Flächen? Pflegepersonal und Wetterwechsel sorgen regelmäßig für neue Herausforderungen, selbst wenn der Unterhalt gesichert ist. DI Stefan Schmidt, Landschaftsarchitekt in Wien und Dr. Philipp Schönfeld, LWG Veitshöchheim, nahmen die virtuellen Gäste schließlich mit auf Erkundungstour zur Planung, Pflanzung und Pflege von 110.000 Stauden und sieben Jahren Pflegeerfahrungen seit den Pflanzarbeiten 2013. DK



Bürgermeister Hans Laumer (m.), Bauhofchef Heinrich Baumgartner (r.) und Stephan Attenberger (l.) vor der neuen Kehrrmaschine.

Bild: 10545/Stelz

Neue Kehrrmaschine für Zandter Bauhof

Die Gemeinde Zandt hat bereits im Herbst eine neue Kehrrmaschine angeschafft, da die seit vielen Jahren im Einsatz stehende, mittlerweile 35 Jahre alte Maschine nun wieder einen neuen Besen gebraucht hätte und dies als nicht mehr wirtschaftlich erschien.

Nachdem mehrere Angebote eingeholt wurden und auch verschiedene Fabrikate besichtigt wurden, entschied sich der Gemeinderat bereits im Herbst für eine Kehrrmaschine der Marke Dücker – auch vor dem Hintergrund, dass im Zandter Bauhof zum größten Teil Maschinen dieses Herstellers im Einsatz sind und man sehr gute Erfahrungen damit gemacht hat. „Außerdem“, so Bauhofleiter Heinrich Baumgartner „besteht sehr guter Kontakt zur zuständigen Werksvertretung und speziell auch zur Fa. Beuthauser, die das Gerät geliefert hat.“

Am Zandter Bauhof haben sich neben Bauhofleiter Heinrich Baumgartner und Bürgermeister Hans Laumer auch der Verkaufsberater der Fa. Beuthauser Komunal und Fördertechnik aus Hagelstadt eingefunden um das Gerät offiziell in Dienst zu stellen.

Das Gerät ist an einen Unimog an der Front angebaut, die Arbeitsbreite beträgt 2,65 m, die Schrägstellung erfolgt hydraulisch. Es hat eine Schmutz-

auffangwanne die ebenfalls hydraulisch entleert werden kann. Um sicher im Verkehr unterwegs sein zu können, ist die Maschine mit einer Beleuchtungseinrichtung ausgestattet.

Bürgermeister Hans Laumer zeigte sich erfreut über das neue Anbaugerät und ist überzeugt, dass diese Maschine dem Bauhof und damit der gesamten Gemeinde wertvolle Dienste leisten wird.

Bewährungsprobe bestanden

Dem Bauhofleiter nach bestand die neue Kehrrmaschine bereits ihre Bewährungsprobe, da sie bei einem mehrere Kilometer langen Ölsperreinsatz der Zandter Feuerwehr und des Zandter Bauhofs zum Einsatz kam und dort viel Handarbeit ersparte. Der Verkaufsberater der Fa. Beuthauser, Stephan Attenberger, bedankte sich für den Auftrag und wünschte der Gemeinde viele Jahre problemlose Einsätze der Maschine. rs

Waldbesitzer und Forstverwaltung:

Gemeinsam den Wald von morgen bauen

Rund 80 Millionen Euro wird die Staatsregierung auch 2021 für den Aufbau klimafester Zukunftswälder zur Verfügung stellen. Die Mittel kommen Bayerns privaten und kommunalen Waldbesitzern zugute, die derzeit wieder Millionen junger, klimatoleranter Bäumchen in die Erde setzen.

Bei einer gemeinsamen Pflanzaktion in der Nähe von Ammerland bei Münsing haben sich Forstministerin Michaela Kaniber und der Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbands, Josef Ziegler, ein Bild vom laufenden Waldaufbau gemacht. „Unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer arbeiten mit Hochdruck daran, die grüne Lunge Bayerns fit für die Zukunft zu machen. Das ist praktizierter Klimaschutz. Ich freue mich sehr, dass wir ihnen dabei auch künftig mit Fördermitteln auf Rekordniveau unter die Arme greifen können“, sagte die Ministerin anlässlich des Internationalen Tag des Waldes am 21. März. Kaniber und Ziegler waren sich einig, dass die Mammutaufgabe Waldbau nur im Schulterschluss aller Beteiligten zu meistern ist.

Förderangebote kommen an

Die riesige Nachfrage nach staatlichen Zuschüssen für die Waldpflege im vergangenen Jahr zeigt, dass die attraktiven waldbaulichen Förderangebote ankommen: Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Anzahl der geförderten Maßnahmen in etwa verdreifacht werden. Der posi-

ve Trend wird sich der Ministerin zufolge in diesem Jahr fortsetzen. Auch deshalb, weil die Bayerische Forstverwaltung die Förderung rund um den Wald Anfang des Jahres nochmals verbessert hat: Es gibt höhere Zuschüsse für den Bau von Waldwegen und erstmals sind auch Holzlagerplätze förderfähig, um große Schadholzmengen künftig für den Markt besser zwischenlagern zu können. Zudem gibt es höhere Fördersätze und noch praxisnähere Fördermaßnahmen im Vertragsnaturschutzprogramm Wald, das in Zusammenarbeit mit der Umweltverwaltung freiwillige Naturschutzmaßnahmen im Wald bezuschusst.

Weitere Informationen

Für eine kostenlose und gemeinwohlorientierte Beratung der Waldbesitzer sind die Kontaktdaten der Försterinnen und Förster der Bayerischen Forstverwaltung unter www.försterfinder.de zu finden.

Nützliche Infos für Waldinteressierte und Waldbesitzer sowie die Angebote der Bayerischen Forstverwaltung gibt es unter: www.waldbesitzer-portal.bayern.de

Stadt Burglengenfeld:

Kampf gegen den Eichenprozessionsspinner

Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners mit einem natürlichen Fressfeind: Kohlmeisen sollen die Raupen mit ihren giftigen Brennhaaren fressen. Ähnlich wie die Nachbarstadt Maxhütte-Haidhof will auch die Stadt Burglengenfeld untersuchen, ob sich positive Erfahrungen aus den Niederlanden auf die Oberpfalz übertragen lassen.

Gerhard Greiner und Josef Beer vom Bauhof haben in einem ersten Schritt 13 Nistkästen aus Holz gebaut, die Kohlmeisen und anderen Meisen-Arten zur neuen Heimat werden sollen. Tipps dazu, in welcher Umgebung sich Kohlmeisen wohlfühlen, holte sich das Bauhof-Team vom Baumsachverständigen Diplom-Ingenieur (FH) Markus Auburger.

Franz Süß, Leiter einer Gärtnerkolonne am Bauhof und zertifizierter Baumkontrolleur, hat die Nistkästen bereits an Eichen an öffentlichen Plätzen befestigt, an denen in den vergangenen Jahren der Eichenprozessionsspinner aufgetreten war. Dazu zählen unter anderem der Galgenberg, der Kiebitzweg, die

Spielplätze am Volksfestplatz und am Bubacher Weg sowie das Flussbad. An einer Eiche auf dem Gelände des Bauhofs können die Mitarbeiter direkt verfolgen, ob sich Kohlmeisen nach Burglengenfeld locken lassen und Appetit auf die Raupen des Eichenprozessionsspinners haben.

In der niederländischen Kleinstadt Groesbeek hat man Medienberichten zufolge gute Erfahrungen gemacht. „Es funktioniert“, berichtet die Neue Rhein/Neue Ruhr Zeitung. „Wenn wir in Burglengenfeld auch so gute Erfahrungen machen, kann der Bauhof weitere Nistkästen anfertigen“, sagte Stadtbaumeister Franz Haneder. Angeregt hatte den Testlauf Stadträtin Betty Mulzer. □



13 Nistkästen für Kohlmeisen haben Gerhard Greiner und Josef Beer vom Bauhof angefertigt. Laut Bauhof-Leiter Jürgen Stegerer (re.) wurden sie bereits an Eichen an öffentlichen Plätzen angebracht.

Bild: Michael Hitzek

Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm:

Neues Wechselladerfahrzeug

Der Landkreis Pfaffenhofen hat für den Transport des landkreiseigenen, bei der Werkfeuerwehr Airbus Manching stationierten, Hytrans-Fire-Systems (HFS) ein neues Wechselladerfahrzeug beschafft.

„Beim Hytrans-Fire-System handelt es sich um ein leistungsfähiges Wasserfördersystem. Dieses wird insbesondere bei Industriebränden eingesetzt, so z.B. auch bei der Explosion mit anschließendem Großbrand auf dem Gelände der Firma Bayernoil im Jahr 2018“, so Matthias Krenauer, zuständig für den Katastrophenschutz am Landratsamt.

Auch bei Hochwasser

Auch bei Hochwasserlagen leistete das System mit der Erweiterung um das Flood-Modul und einer maximalen Förderleistung von 50.000 Litern pro Minute wertvolle Dienste. Das neue Wechselladerfahrzeug mit einem Gewicht von 18.835 kg und einer Leistung von 375 kW auf einem MAN-TGS-Fahrgestell verfügt über einen Aufbau der Firma HI-AB mit Hakengerät und Hydraulikladerkran (X-232E-6 HiPro).

Matthias Krenauer: „Der Laderkran vereinfacht das Einbringen und Ausheben der schweren Schwimmkörper des Hytrans-Fire-Systems erheblich. Bisher musste dies von den Feuerwehrdienstleistenden per Hand ver-

richtet werden.“ Für die Anschaffung des neuen Fahrzeuges wurde ein Gesamtpreis von rund 400.000 Euro fällig, davon werden vom Freistaat 86.900 Euro getragen. Da die Beschaffungsmaßnahme einen wichtigen Beitrag zum abwehrenden Brandschutz im Bereich der Großindustrie leistet, beteiligten sich auch drei örtliche Betriebe an den Kosten: Die Firmen Bayernoil (Vohburg), Basell (Münchsmünster) und GSB (Ebenhausen-Werk) übernehmen insgesamt einen Betrag in Höhe von 45.000 Euro. Von den ursprünglich rund 400.000 Euro muss der Landkreis somit nur noch rund 268.000 Euro aus eigener Tasche bezahlen.

Landrat Albert Gürtner dankt den drei zuschussgebenden Firmen sehr herzlich für ihre Unterstützung. „Daneben geht ein großer Dank an die Firma Airbus in Manching und insbesondere deren Werkfeuerwehr. In gewohnt zuverlässiger Weise werden dort die Gerätschaften für den Landkreis betrieben. Das Hytrans-Fire-System wurde auch bereits mehrfach erfolgreich zum Einsatz gebracht.“ □



Bild: Beckenbauer, WF Airbus

Neue forsa-Studie:

Urbanes Grün ist Sehnsuchtsort und Chance

Eine repräsentative forsa-Studie der BGL-Initiative „Grün in die Stadt“ zur Zufriedenheit der Bevölkerung mit städtischen Grünflächen ergab: Die überwiegende Mehrheit wünschte sich Ende Februar 2021 mehr Freianlagen, mehr Parks und Aufenthaltsflächen in den Innenstädten. Die Bedeutung von öffentlichen Grünanlagen hat seit dem ersten Lockdown zugenommen – bei Menschen mit und ohne eigenen Garten. Begrünte und attraktive Freianlagen helfen auch gegen sterbende Innenstädte und bieten handfeste Vorteile für den Einzelhandel in der City. So würde sich eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung häufiger und länger in den Innenstädten aufhalten, wenn es dort mehr Grün gäbe.

Durch die Corona-Krise hat sich der negative Trend zum Innenstadterben deutlich verstärkt. Eintönige Shopping-Meilen und Betonwüsten, Rückzug ins Private, florierender Online-Handel und kurze Click-and-Collect-Aufenthalte: Alles das verschlechtert die Zukunftsaussichten vieler Innenstädte. Zunehmende Leerstände und freie Gewerbeflächen mindern die Anziehungskraft der Städte weiter. Dagegen können innovative Grünkonzepte mit Wasserspielen, Fassadenbegrünung oder mit fachkundig bepflanzten und gepflegten Grünflächen diese Entwicklung umkehren.



Jan Paul, Vizepräsident des BGL und Vorsitzender des Ausschusses Stadtentwicklung Bild: BGL

Vorteile für Kultur und Wirtschaft

So sagen 92 Prozent der Befragten in der forsa-Studie, dass mehr Grün die Aufenthaltsqualität im urbanen Raum verbessern würde. Hieraus ergeben sich konkrete Vorteile für Kultur und Wirtschaft. Denn 70 Prozent der Befragten würden länger in Städten verweilen und 73 Prozent denken sogar, dass mehr Grün das Shopping-Erlebnis bereichern würde. Weitere Werte belegen, dass gerade Jüngere

durch Stadtgrün stärker in die Innenstädte strömen würden.

Attraktiv und pflegeaufwändig

Gleichzeitig ist die Anziehungskraft bestehender Grünflächen weiterhin groß: Rund 38 Prozent der Bevölkerung nutzen Parks mehrmals in der Woche – egal, ob sie einen eigenen Garten haben oder nicht.

Dabei stechen zwei Gruppen besonders heraus: Fast die Hälfte der 30- bis 39-Jährigen (48 Prozent) nutzt Parks mehrmals die Woche. Bei den Familien mit Kindern unter zehn Jahren sind es sogar 63 Prozent. Als logische Folge der intensiveren Nutzung fällt den Befragten auf, dass sich der Pflegezustand ihrer Parks verschlechtert hat. Hier meint fast jeder Fünfte, dass es bei der Pflege von Grünanlagen Verbesserungsbedarf gibt.

„Zu wenig, zu klein“

Hier besteht also dringender Verbesserungsbedarf. Wenn der Trend zur intensiveren Nutzung und Bedeutung urbaner Grünflächen weiterhin so stark bleibt, dann könnte sich der Pflegezustand der Grünanlagen künftig sogar noch verschlechtern. In dem Zusammenhang zeigt

Umweltminister Glauber:

Kommunale Flächen werden zu Schatzkästchen der Natur

Neues Handbuch „Kommunale Grünflächen: vielfältig - artenreich - insektenfreundlich“ vorgestellt

Bayerns Kommunen sollen noch insektenfreundlicher werden. Um die Gemeinden, Städte und Landkreise dabei zu unterstützen, steht Bayerns Bauhöfen und deren Mitarbeitern ab sofort das Handbuch „Kommunale Grünflächen: vielfältig – artenreich – insektenfreundlich“ zur Verfügung.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Vorstellung des Projekts in München: „Der Artenschwund kennt keinen Lockdown. Jeder Tag zählt. Wir wollen kommunale Flächen in Bayern zu Schatzkästchen der Natur machen. So sollen Artenschutz und biologische Vielfalt gestärkt werden. Jede einzelne Blühfläche ist ein neuer Trittstein im ökologischen Netz Bayerns. Die Mitarbeiter der Gartenämter, Stadtgärtnereien und Bauhöfe sind entscheidend für die insektenfreundliche Gestaltung und ökologische Pflege kommunaler Flächen. Wer unseren heimischen Insekten helfen will, braucht Wissen und praktische Erfahrung. Und genau das liefern wir mit un-

serem neuen Handbuch.“ Begleitend dazu werden bayernweite Schulungen angeboten sowie Schulungsunterlagen und Kurzfilme für Multiplikatoren bereitgestellt. „Wir geben unseren Kommunen damit ein Komplettpaket für die Wiederansiedelung heimischer Insekten und die naturnahe Gestaltung von Flächen an die Hand. Blühwiesen sind für Kommunen in doppelter Hinsicht ein Gewinn: Sie verbessern die Ökologie und steigern die Lebensqualität für die Menschen“, betonte Glauber.

Hohe Praxisrelevanz

Zusammen mit Kooperationspartnern – Landesbund für Vogelschutz e.V., Bayerischer Land-

kreis-, Städte- und Gemeindetag und Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V. – hat die Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) im Auftrag des Umweltministeriums die Arbeitshilfen für Bauhof-Mitarbeiter erarbeitet. Um eine hohe Praxisrelevanz sicherzustellen, wurde eine projektbegleitende Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitern von Bauhöfen, Naturschutzbehörden, Landschaftspflegeverbänden und Kreisfachberatern eingesetzt. Jede der über 2000 Kommunen und 25 kreisfreien Städte in Bayern bekommt ein Exemplar des Bauhof-Ordners. Die Schulungen starten als Online-Veranstaltungen und werden, sobald die Corona-Pandemie es erlaubt, in Präsenz angeboten. Das Projekt „Kommunale Grünflächen: vielfältig – artenreich – insektenfreundlich“ ist ein zentrales Handlungsfeld des Blühpakts Bayern. www.bluehpakt.bayern.de □

Unimog 1948 erstmals auf einer Messe vorgestellt

1948 hieß der Unimog noch nicht Mercedes-Benz Unimog, sondern er gehörte zur Göppinger Maschinenfabrik Boehring. Auf der Messe der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft (DLG) 1948 in Frankfurt am Main war er damals eine kleine Sensation.

Erstmals hatte ein Ackererschlepper zwei Sitzplätze, Ladefläche, Allradantrieb, gefederte Achsen und 50 km/h Höchstgeschwindigkeit. Der als Antrieb vorgesehene Vierzylinder-Dieselmotor von Daimler-Benz mit 25 PS weckte bei allen Neuerungen Vertrauen.

Erstpräsentation mit 150 Bestellungen

Erstmals einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert, fand er hohe Akzeptanz: Die Boehring-Mannschaft fuhr mit 150 Bestellungen im Gepäck nach Hause. Über 600 Unimog wur-

den dann ab Februar 1949 bei Boehring in Göppingen gebaut,



1948 war der Unimog eine sensationelle Neuheit auf der Landwirtschaftsmesse der DLG in Frankfurt/Main Bild: Daimler.com



In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Mähtechnik

Eine Kernaufgabe öffentlicher Dienstleister ist die Grünpflege. Dazu gehört die Pflege von Böschungen, das Schneiden von Hecken sowie das Mähen der Randstreifen. Je nach Aufgabengebiet kommen dabei unterschiedliche Techniken, Geräte und Trägerfahrzeuge zum Einsatz.

Funktionsweise

Zum Mähen des Straßenbegleitgrüns werden im kommunalen Bereich vorwiegend Rotationsmäher in Form von Schlegelmähern eingesetzt. Bei diesem Mähprinzip wird eine Welle im Mähkopf, die meist spiralförmig mit Schlegeln besetzt ist, in Drehung versetzt und waagrecht über die Mähfläche bewegt. Der Aufwuchs wird somit durch Abschlagen abgetrennt. Der Vorteil dieses Prinzips: es ist unempfindlich gegenüber Fremdkörpern, die im Bereich des Fahrbahnrandstreifens häufig vorkommen. Über einen Ausleger wird der Mähkopf an Front oder Heck eines Trägerfahrzeuges installiert. Mit

dem Ausleger wird der Bewegungsradius des Mähkopfes erweitert und eine Anpassung an die Umgebung ermöglicht. Optimal geeignet für den Einsatz als Geräteträger für Mähtechnik sind Fahrzeuge mit Torsionsrahmen um die Seitenneigung abzufangen. Über einen zusätzlichen [hydrostatischen Fahrantrieb](#) lässt sich die Arbeitsgeschwindigkeit genau einstellen und das Schnittbild verbessern.

Einsatzbereiche

Zur Grünpflege gehört das Mulchen von Böschungen, das Ausmähen von Leitpfosten und die Pflege von Buschwerk. Für jede Aufgabe im Nah- und Fernbereich gibt es das passende Anbaugerät. Besonders effizient sind kombinierte Systeme für den Ein- oder Zweimannbetrieb. Um die Umwelt und Insekten zu schonen, entwickeln Hersteller von Mähtechnik laufend innovative Lösungen zur Schaffung magerer Grünflächen als Grundlage für eine blütenreiche Vegetation. □

die forsa-Studie weitere „Unzufriedenheitsfaktoren“ auf: Fast ein Drittel (29 Prozent) der Befragten sieht bei der Anzahl der Grünflächen Verbesserungsbedarf. Ergänzend finden 19 Prozent urbane Grünanlagen zu klein. Hiermit wird deutlich, dass Größe und Anzahl von Parks und Grünflächen für den derzeitigen coronabedingten Nutzungstrend nicht ausreichen und erweitert werden sollten.

„Ohne Grün sehen wir schwarz“

„Unsere forsa-Studie belegt, dass urbane Parks und Grünanlagen für die Menschen ungeborenen attraktiv sind. Und es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass das auch nach der Corona-Krise so bleiben wird. Somit erfährt Stadtgrün einen erhöhten Nutzungsdruck, der intensivere Pflege nötig macht“, so Jan Paul, Vi-

zepräsident des Bundesverbandes Garten, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL). „Aber auch ein topaktuelles Thema wie der Strukturwandel in den Innenstädten hat bei den Menschen hohe Priorität. Denken wir die gegenwärtigen Innenstädte ohne Grün weiter, so sehen wir als BGL schwarz für die lebendige, attraktive Stadt der Zukunft.“

Weitere Informationen: www.gruen-in-die-stadt.de/ □



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Erster Bürgermeister der Stadt Haßfurt, einer Stadt mit ca. 14.000 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 01. Mai 2014.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Bereits als Jugendlicher war ich politisch interessiert und engagiert. Das erste Mal kandidierte ich 1984 für ein politisches Amt. 1995 rückte ich in den Stadtrat nach und von 1996 bis 2002 war ich stellvertretender Bürgermeister. Der Reiz der Kommunalpolitik liegt darin, dass anders als in der großen Politik, man vor Ort direkt mitgestalten kann und die Auswirkungen sofort registriert.



Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Neues ISEK; Umbau des Bahnhofsumfeldes (die DB baut derzeit unseren Bahnhof barrierefrei um); Energiewende und Klimaschutz in Verbindung mit unserem Energiekonzept; Mobilität, Ergänzung des Radwegenetzes in Verbindung mit einem Gesamtverkehrskonzept; Neubau einer weiteren Kindertagesstätte; Die Frage nach Photovoltaik auf den Dächern der Altstadt; Klärschlammverwertung.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Tritt nicht in die Fußstapfen des Vorgängers / der Vorgängerin, sondern gehe Deinen eigenen Weg; sei immer offen, ehrlich und bürgernah.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ständig, in allen möglichen Varianten. Das sind unter anderem Präsenzbesprechungen, Telefongespräche, Videokonferenzen, 4-Augen-Gespräche.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Der Einfluss der Digitalisierung wird ständig zunehmen. Denken Sie an das OZG, Hybridsitzungen oder welche Ideen während der Pandemie realisiert wurden, an die im Jahr 2018 noch niemand gedacht hätte. Die Digitalisierung wird viele Erleichterungen schaffen aber auch eine Herausforderung bedeuten.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
„Geht nicht – gibt's nicht. Es gibt immer eine Lösung.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Darüber fragen Sie mich bitte am Ende meiner Zeit als Bürgermeister.

Günther Werner

Erster Bürgermeister der Stadt Haßfurt
Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen
Verbandsmitglieder in Unterfranken,
Bayerischer Städtetag

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Die Erfahrungen aus der früheren Stadtratstätigkeit und die Zeit als stellvertretender Bürgermeister haben mir geholfen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Breitband; zweite Zufahrt zu einem 10 ha großen Gewerbegebiet; die Frage nach dem Bau einer neuen Sporthalle.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Corona; die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete; Innenverdichtung; Digitalisierung; Strategieentwicklung im Modellprojekt Smart Cities; Bau einer neuen Sporthalle.

Landkreis Cham nimmt an Modellprojekt „WICOVIR“ teil

Der Landkreis Cham, das Staatliche Schulamt und 20 Grund- und Mittelschulen des Landkreises sind Projektpartner der Studie „WICOVIR“ (Wo ist das Corona Virus?), welche durch den Regensburger Professor Dr. Michael Kabesch, Chefarzt und Klinikleiter der Klinik St. Hedwig wissenschaftlich begleitet wird.

„Gerade die Situation der Schülerinnen und Schüler der Grundschulen im Landkreis Cham beschäftigt mich seit vielen Wochen. Hohe Infektionswerte lassen es aber schon rein rechtlich nicht zu, die Schulen beliebig zu öffnen. Deshalb ist es mir wichtig, dass eine tragbare Konzeption entwickelt wird, die eine wirkliche und nachhaltige Öffnungsperspektive zum Ziel hat. Das Modellprojekt WICOVIR bietet diese Möglichkeit.“, so Landrat Franz Löffler.

Ab Mitte März werden im Rahmen einer Studie mehr als 600 Kinder, die sich ohnehin aktuell in der Notbetreuung befinden, auf freiwilliger Basis zwei-

mal getestet, um einen Überblick über das Infektionsgeschehen zu bekommen.

Auswertung im Pooling-Verfahren

Kern des Projektes sind Gurgeltests, die mittels eines sogenannten Pooling-Verfahrens ausgewertet werden können. „Bereits im Herbst letzten Jahres haben wir grundsätzliche Erfahrungen mit diesem System in Regensburg gemacht. Nun ist es an der Zeit, die Skalierbarkeit dieses Ansatzes auch auf Flächenlandkreise zu adaptieren. Von daher hat es mich außerordentlich gefreut, dass mich Herr Landrat Löffler vor wenigen Wochen kontaktiert und eine Zusammenarbeit angeboten hat. Zusammen mit dem Schulamt und den Grundschulen werden wir die Gurgeltests durchführen.“, so Professor Dr. Kabesch.

Gurgeltests basieren auf dem PCR-Testverfahren, welche im Gegensatz zu den Anti-

gen-Schnelltests bereits bei einer niedrigeren Viruslast reagieren. Damit ist es möglich, Infektionsketten früher zu unterbrechen und das Infektionsgeschehen einzudämmen. Beim Pooling werden max. 30 Einzeltests zu einem Gesamttest zusammengeführt und ausgewertet. Erst wenn in einem Pool ein positives Ergebnis vorhanden ist, werden individuelle Rückstellproben gezielt untersucht, um den infizierten Patienten zu identifizieren. Die Testergebnisse sollen noch am gleichen Tag vorliegen.

„Es kam mir besonders darauf an, dieses Projekt noch vor den Osterferien zu starten, um keine Zeit zu verlieren. Die Erkenntnisse daraus sollen Aufschluss darüber geben, ob und unter welchen Voraussetzungen nach Ostern ein Grundschulbetrieb für alle Kinder möglich ist. Ich danke der gesamten Schulfamilie, vor allen Dingen den Schülern und Eltern, die jetzt an diesem Projekt teilnehmen. Sie leisten einen wichtigen und vor allem konstruktiven Beitrag, der am Ende des Tages allen Schülern einen sicheren Schulbesuch ermöglichen kann.“, so Löffler abschließend.



Die Leiterinnen der Grundschulen in Arrach, Hohenwarth-Grafenwiesen und Mitterdorf mit Professor Dr. Michael Kabesch, Schulamtsdirektor Rudolf Hofmann und Landrat Franz Löffler.

Bild: Schuhbauer

Umweltminister Thorsten Glauber:

Paket zur bayernweiten Besucherlenkung in Arbeit

Modellprojekt im Oberallgäu startet

Das Umweltministerium bringt ein Konzept zur Stärkung von nachhaltigen Naturerlebnissen und Besucherlenkung auf den Weg. Ziel ist es, ökologisch sensible Gebiete dabei noch besser als bisher zu schützen. Dazu betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber: „Unser Ziel ist ein Konzept für die Besucherlenkung in den Naturerlebnis-Hot Spots in ganz Bayern. Dazu entwickeln wir einen Naturerlebnis-Baukasten. Das Freizeitverhalten ändert sich. Unsere Natur wird zu einem wahren Tourismusmagnet. Gerade in Zeiten von Corona brauchen wir Lösungen für ein harmonisches Miteinander von Mensch und Natur. Ein Ausgleich der Interessen soll durch eine bestmögliche Lenkung der Besucher gelingen. Nicht jedes Eck Bayerns darf touristisch erschlossen werden. Besonders sensible Gebiete müssen geschützt bleiben.“

Zur Stärkung von Naturerlebnissen soll ein neuer Naturerlebnis-Baukasten entwickelt werden. Der Baukasten soll insbesondere die Kommunen unterstützen und baut dabei vor allem auf den Erfahrungen aus den Nationalparks und den Besucher-Hotspots im Alpenraum auf. Glauber: „Eine Naturerlebnis-Matrix soll bereits erprobte Instrumente der Besucherlenkung sammeln und bewerten sowie Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen. So können bewährte Instrumente einer Region auf andere Regionen übertragen werden. Zudem sollen die örtlichen Besucherlenkungsinitiativen besser vernetzt und eine neue Struktur der Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren modellhaft erprobt werden. Die Nationalparke können mit guten Ideen Pate der Regionen sein.“

Inhalt des Naturerlebnis-Baukastens sind verschiedene Elemente

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Neben dem bayernweit laufenden Wettbewerb „Ausgewildert“ des Umweltministeriums sollen regionale Kampagnen den Menschen die schätzenswerte Natur näherbringen. Eine zentrale Dachmarke mit eigenem Internetauf-

tritt wird Angebote für Kommunen und Informationen für Bürger zusammenführen.

Technik: Der Einsatz technischer Geräte und die Vernetzung mit digitalen Angeboten sollen erprobt werden. Besucherzählgeräte sollen Daten für digitale Angebote liefern, über die Ausflugsziele bereits von Zuhause aus erkundet werden können. Auch der Einsatz von „Digital-Rangern“, die Besucherinformation und Besucherlenkung über Online-Plattformen und Soziale Medien betreiben, soll ausgebaut werden. Experimentell soll der Einsatz von Drohnen für die Arbeit der Ranger getestet werden, insbesondere in schwer zugänglichem Gelände.

Beschilderung und Besucherinfrastruktur vor Ort: Durch eine verbesserte Beschilderung von Wanderwegen und besonderen Naturräumen oder Anlage von Beobachtungsstationen soll direkt im Gelände für die Naturschätze der jeweiligen Region sensibilisiert werden.

Persönliche Ansprechpartner: Ranger, Gebietsbetreuer und Naturschutzwächter sind als Berater vor Ort und in den Besucherzentren tätig. Diese Tätigkeiten sollen in verschiedenen Regionen noch weiter ausgebaut werden. Die Gebietsbetreuung wird durch den Bayerischen Naturschutzfonds gefördert, und in der neuen För-

derperiode stehen dafür ab 1. April 2021 für weitere drei Jahre über 7,7 Millionen Euro zur Verfügung. Damit kann die Betreuung von 55 ökologisch sensiblen und hochwertigen Gebieten fortgesetzt werden. Gefördert durch das Bayerische Umweltministerium wurden seit Ende 2018 in den bayerischen Naturparks rund 40 neue Rangerstellen geschaffen. In den kommenden Monaten sollen weitere 20 Rangerstellen hinzukommen.

Förderung: Zusätzlich wird ein neuer „Förderbereich“ zum Thema Naturerlebnis und Besucherlenkung geschaffen. In diesem Zusammenhang werden die bestehenden Fördermöglichkeiten neu strukturiert und erweitert. Ziel ist insbesondere die Schaffung neuer, naturverträglicher Fördertatbestände im Rahmen der Erfahrung von Naturerlebnissen mit entsprechender Besucherlenkung.

Eine erste Musterregion für Besucherlenkung entsteht aktuell im Oberallgäu für den bayerischen Alpenraum. 500.000 Euro stehen dafür zur Verfügung, die gemeinsam mit den Beteiligten in der Region für innovative Maßnahmen eingesetzt werden.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Hefel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse)
€ 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Erster Bürgermeister Kurt Krömer (Vierter von links) zusammen mit Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen.

Bild: Stadt Stein

Steiner Kinderhaus freut sich über Baumspende

Vor dem Steiner Kinderhaus im Pfarrweg wurde ein Baum gepflanzt. Gependet hatte der Feldahorn der Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen. Die Initialzündung gab allerdings der zehnjährige Eric. Der Bub spendete von seinem eigenen Taschengeld der Stadt Stein im Oktober des vergangenen Jahres einen Baum. Eine tolle Idee, die nun der Ortsverband der Grünen übernahm.

Anwesend bei der symbolischen Pflanzung war neben den Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen auch Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer: „Mich freut es, dass die Baumspenden weiterhin so aktiv betrieben werden und sich in unserer Stadt immer wieder Baum-Spender finden. Dafür ein herzliches Dankeschön.“

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Mit dem Feldahorn wurde ein Baum gewählt, der klimaresistent und so für die nächsten Jahrzehnte widerstandsfähig ist. Dietmar Oeder, Orts-

sprecher vom Bündnis 90/Die Grünen: „Für uns Grüne gibt es keine schönere Kombination aus Klimaschutz und Nachhaltigkeit als einen Klimabaum vor dem Kinderhaus zu pflanzen. Es ist schön zu wissen, dass dieser Baum auch in 100 oder 200 Jahren noch stehen wird.“

Animation zum Mitmachen

Mit ihrer Baumspende wollen die Steiner Grünen einerseits einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und andererseits auch andere Vereine und Institutionen dazu animieren sich für Bäume auf öffentlichem Grund zu engagieren.

Digitalstrategie für „Modellregion Smart Cities“ im Fichtelgebirge steht:

Landkreis Wunsiedel startet in die digitale Zukunft

Telekom begleitet den Landkreis als Partner für die Digitalisierung
Fördermittel machen die Region zukunftsfest

Für den Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge steht die digitale Zukunft vor der Tür. Gemeinsam mit dem Projektpartner Deutsche Telekom wurde die neue Digitalstrategie entwickelt und jetzt vom Landkreis verabschiedet. Sie ist Teil des Kreisentwicklungskonzeptes 2030 für das Projekt „Smartes Fichtelgebirge“. Digitalisierung bedeutet hier mehr als den reinen Ausbau der Infrastruktur. Sie betrifft zukünftig fast alle Lebensbereiche. Ob Digitale Bildung und Verwaltung, Mobilität oder Telemedizin: der Landkreis geht als „Smart Region“ voran. Mit attraktiven Anreizen für die Wirtschaft, aber auch als lebenswertes Wohngebiet mit Zukunft.

Landrat Peter Berek: „Hier im Fichtelgebirge schätzen wir unsere hohe Lebensqualität, denn in unserer ländlichen Region gelingt es, Raum für die Familie und berufliche Perspektiven hervorzuheben in Einklang zu bringen. Dank digitaler Möglichkeiten werden wir hier noch einen großen Schritt nach vorne machen. Unsere Bürger*innen haben den Prozess „Smartes Fichtelgebirge“ engagiert und kreativ begleitet. Dank ihrer Ideen können wir hier im ländlichen Raum das vorhandene Umweltbewusstsein, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere gesellschaftliche Solidarität

künftig noch besser gleichwertig befördern“.

Digitalisierung = Zukunftsfähigkeit

Der Landkreis setzt auf den konsequenten Breitband- und Mobilfunkausbau, wozu auch die 5G-Technologie gehört. Die Telekom ist dabei Partner für Digitalisierung. Sie bringt das nötige Know-how für die Planung digitaler Services mit ein. Gewünscht sind unter anderem Maßnahmen zur digitalen Bildung, Mobilität und digitalen Verwaltung sowie für Landwirtschaft und Tourismus. Geplant

ist auch ein neuer Begleiter für den Alltag: die „Fichtel-App“.

Grundlage für die digitale Transformation ist eine Smart City-Datenplattform. Hier laufen alle Informationen der digitalen Anwendungen in einer Stadt oder Region zusammen: aus der Verwaltung, zum Verkehr, aus Fahrplänen und Verlauf der ÖPNV-Verbindungen, Besucherströmen oder auch Wetterdaten. Alle Daten können miteinander verknüpft und ausgewertet werden. Beispiel Mobilität: Der Abgleich von Wetter- und Verkehrsdaten ermöglicht eine intelligentere Verkehrsführung. Droht Schlechtwetter, sind Busse gefragter als Leihfahrräder und ihre Anzahl kann rechtzeitig angepasst werden. Steigen die Emissionswerte an den Messpunkten in der Stadt, empfiehlt sich eine Umleitung des Verkehrs. Auch die Auslastung der Parkplätze oder die Ampelschaltung ließe sich über Datenanalyse aktiv steuern, vor allem zu Großevents wie den Luisenburger-Festspielen. Echtzeitdaten können zudem der Kreisstadt Selbst helfen, eine aktive Verkehrssteuerung im Zuge der Deutsch-Tschechischen Freundschaftswochen 2023 zu etablieren.

Zentrum für Innovation und Akademie für Verwaltung

„Freiraum für Macher“: Das Markenzeichen der Region trägt die Botschaft im Namen. Und Macher von heute setzen auf Digitalisierung. Gründer*innen und Unternehmen aus der Region sollen schon bald von einem Zentrum für Innovation profitieren. Für eine erfolgreiche Verbindung von Arbeiten und Leben im ländlichen Raum. Das „Rural Lab“ soll dabei die überregionale Zusammenarbeit unterstützen. Ein besonderer Handlungsdruck liegt auf den Verwaltungs-Einrichtungen: Das Onlinezugangsgesetz kommt. Dafür wird die Belegschaft mit einer neuen Akademie fit für das digitale Rathaus gemacht.

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Die Region Fichtelgebirge ist einer der Sieger des Wettbewerbs „Modellprojekte Smart Cities“ 2019. Überzeugen konnte die Bewerbung des Fichtelgebirges vor allem durch die enge Einbindung der Bürger*innen. Sie ist auch Kern des „Co-Creation“ Konzepts der Telekom. Bei der Planung für eine ganze Region steht das erfolgreiche Zusammenspiel aller Interessensgruppen im Vordergrund. „Wir freuen uns, dass der Zukunftsplan für den Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge jetzt steht“, sagt Michael Frank, Leiter Smart City Telekom. „Und zwar ganz nach den Wünschen aller Beteiligten. Denn nur mit der breiten Akzeptanz gelingt der ambitionierte Wandel, für eine zukunftsfähige Region, auch über Generationen hinweg.“

Die Macher

Wie die Fördergelder investiert werden, bestimmen die Menschen vor Ort aktiv mit. Zentrale Anlaufstelle für die intensive Zusammenarbeit ist die Online-Mitmachplattform. Bei einer Bürgerwerkstatt stimmte die Öffentlichkeit über die wichtigsten Aufgaben ab. Erste Projekte gehen nun in die Ausschreibung. Die Telekom begleitet Städte und Kommunen auf



V.l.: Werben gemeinsam für Nisthilfen für Schwalben: Walter Wintersberger (LBV-Kreisgruppe Bad Tölz-Wolfratshausen), Hanna Heither (untere Naturschutzbehörde im Landratsamt) und Kaspar Fischer (Landwirt aus Gaißbach)

Bild: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen

Schutzmaßnahmen für Schwalben

Landesbund für Vogelschutz und Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen starten gemeinsame Aktion

Rauch- und Mehlschwalben gehören seit Menschengedenken im Sommer zum dörflichen Umfeld dazu. Früher waren sie Symbole für das häusliche Glück und zugleich ein natürlicher Schutz vor schädlichen Insekten. Heutzutage stehen ihnen bei uns immer weniger Nistmöglichkeiten zur Verfügung. Daher werden sie im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen in Sachen Wohnungsbau von der Kreisgruppe des Landesbunds für Vogelschutz (LBV) und der unteren Naturschutzbehörde unterstützt.

Rauch- und Mehlschwalben überwintern in Afrika und sind Kulturfolger. Zur Brutzeit kommen sie zu uns nach Bayern und bauen ihre Nester an Gebäuden. Die Nützlinge verfüttern während der Aufzucht der Jungvögel pro Gelege ungefähr 1 Kilogramm Fliegen und andere Insekten. Inzwischen fehlen ihnen häufig Nistmöglichkeiten, insbesondere im Bereich moderner Laufställe und renovierter Fassaden. Rauchschnalben brüten in der Vergangenheit bevorzugt an Balken oder Ecken in dunklen, niedrigen Ställen.

Als neue Nistmöglichkeit an Lauf- und Offenstellen kann der neu entwickelte „Schwalbenwinkel“ Abhilfe schaffen. Mehlschwalben bauen als Koloniebrüter gemeinsam kugelige Lehmnester unter Dachvorsprüngen an Stein- oder Holzfasaden. Durch die Versiegelung der Landschaft stehen ihnen immer weniger offene Bodenstellen für die Materialbeschaffung zur Verfügung. Mehlschwalben können durch Kunstnester unterstützt werden. Besonders erfolgreich funktioniert die An-

nahme der Nisthilfen durch die gesellig brütenden Vögel dort, wo bereits andere Mehlschwalben brüten.

Einige Landwirte, wie Kaspar Fischer aus Gaißbach, haben sich bereits beim LBV gemeldet und beteiligen sich an der Aktion.

Interessierten Landwirtinnen und Landwirten werden die Nisthilfen von der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt kostenfrei zur Verfügung gestellt. Der LBV übernimmt die Verteilung und steht bei der Anbringung gerne beratend und unterstützend zur Seite.

Ausstellung und Infos

Eine Ausstellung zu Gebäudebrütern kann bis zum 15. April im Schaufensterbereich der Sparkasse in Bad Tölz besichtigt werden. Weitere Informationen zu Natur- und Vogelschutz im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen gibt es online unter: <https://www.lra-toelz.de/fachbereich-natur> <https://bad-toelz.lbv.de/unsere-arbeit/vogelschutz/geb%3%A4udebr%C3%Bcter/>

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Eigentlich brauche ich keinen neuen Anzug.“ Mein Chef, der Bürgermeister, reagierte etwas verwundert auf meine Erinnerung an seinen jährlichen Besuch des besten Herrenausstatters in der Stadt.

In normalen Zeiten bündelt er den Klamottenkauf auf ein, maximal zwei Termine im Jahr, weil er einkaufen hasst. Aber andererseits ist er eitel genug, um immer auch ein Auge auf Modetrends zu haben. Zudem sind Anzüge, weiße oder blaue Hemden sowie passende Krawatten, Socken und Schuhe ja quasi die Berufskleidung eines Kommunalpolitikers in seiner Stellung. OK, gut, waren mal die Berufskleidung.

Angefangen hat alles damit, dass mehr und mehr Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Kultur darauf verzichtet haben, sich eine Kra-

Stil ist unvergänglich

watte umzubinden. Was früher einmal zum unhinterfragten Morgenritual gehörte, nämlich sich den Schlips zu binden oder – extravagant – eine Fliege anzulegen, wurde zunächst ins Büro verlagert, weil man die Krawatte nur noch umband, wenn Besuch kam oder ein wichtiger Termin bevorstand. Nach und nach aber wurden selbst bei den wichtigsten Terminen immer mehr Männer ohne Krawatte gesehen: Vorstandsvorsitzende von Automobilunternehmen präsentierten ohne Schlips und in Sneakers neue Modelle oder Geschäftszahlen, Spitzenpolitiker traten nach Wahlen oben ohne vor die Kameras – und das nicht nur bei Wahldebatten. Mittlerweile sind Krawatten jenseits englischer Privatschulen eine aussterbende Spezies.

Der nächste Schlag traf den Schuh. Früher war es nicht unüblich, bei einer ersten Begegnung mit einem Menschen auf die Schuhe zu schauen. Sie gaben Auskunft über die wirtschaftlichen Verhältnisse (handgenäht oder industriell, neu oder abgetragen), vor allem aber über Sekundärtugenden wie Umsicht, Fleiß, Sauberkeit oder Akrabie. Denn auch ein alter, nicht teurer Schuh konnte was hermachen, wenn er gut gepflegt, gewienert und blitzblank war. Alles vorbei. Heute ist an Fußkleidung wirklich alles üblich geworden.

„stadt.land.smart“-Bewerbung:

Es geht um 17,5 Millionen

Im Interkommunalen Ausschuss von Stadt und Landkreis Würzburg ging es beim Zukunftsthema Digitalisierung um eine wichtige Weichenstellung. Fortan kämpft man nach Empfehlung des Ausschusses gemeinsam um eine Förderung in Millionen-Höhe. „stadt.land.smart“ ist die Überschrift zu einem Konzept, das fünf Jahre den Prozess der smarten Vernetzung begleiten soll.

Das Bundesinnenministerium wählte für die diesjährige Ausschreibung den Fokus „#Gemeinsam aus der Krise: Raum für die Zukunft“. Projektleiter Klaus Walther, vom Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing bei der Stadt Würzburg: „Wir haben bereits zwei Bewerbungsrunden absolviert und erörtern schon seit 2017 mit allen maßgeblichen Partnern welche Schritte auf dem Weg zur Smart City die wichtigsten sind. Unsere Bewerbung konnte reifen und aller gu-

ten Dinge sind bekanntlich drei. Nun bewerben wir uns erstmals zusammen mit dem Landkreis und können so noch größere Synergieeffekte vorweisen.“

Menschlich aus der Krise

Auch bei den Themenschwerpunkten geht man neue Wege. „Menschlich aus der Krise“ heißt der Untertitel der Bewerbung. Man möchte Digitalisierung bewusst aus der Perspektive aller BürgerInnen denken, die nicht mit Smartphone aufgewachsen ist, oder die aus unterschiedlichen Gründen, die üblichen Angebote nicht nutzen. Es gilt eine „soziale Resilienz“ zu entwickeln, das heißt: sich ergänzende digitale und analoge Angebote anzubieten, die insbesondere in Krisenzeiten die Menschen nicht einsam zurücklassen. Von der Nachbarschaftshilfe bis zu Leihgeräten gibt es viele Bausteine, die nun zum Konzept ausgearbeitet werden müssen. „Die Region um die Single-Hauptstadt Würzburg möchte in fünf Jahren ein Spezialist in der Prävention von Vereinsamung werden, von dem andere Kommunen dann viel lernen können. Corona war und ist nicht nur eine medizinische Herausforderung. Die Kri-

Mehr Informationen zu Smart City bei der Telekom unter <https://public.telekom.de/unsere-loesungen/smart-city> und <https://smartcity.telekom.com/de/>.

Nicht nur die klassischen Budapest- oder Derby, nein auch Monks, Boots, Norweger-Style (grauenvoll) und die unvermeidlichen Sneakers gibt es jetzt an Politiker- und Geschäftsmännerfüßen. Auch andere eherne Regeln wie cognacfarbene Schuhe nur dann, wenn auch der Gürtel cognacfarben ist, sind auf dem Rückzug. Schade.

Und jetzt auch noch Corona und der Trend zum Arbeiten zuhause. Wer macht sich denn da schon die Mühe, sich wenigstens einigermaßen businessstyle anzuziehen? Bei Videokonferenzen sieht man Pullis, T-Shirts, Polos und nur ab und zu macht sich der Partner die Mühe, ein Hemd überzuwerfen. Aber Vorsicht: Gestreifte Hemden gehen bei etwas schlechterer Bildqualität gar nicht! Wirkt absolut unruhig.

Welche Langzeitfolgen das haben wird, darüber wird aktuell gerätselt. Sicherlich wird die im Kollegenkreis mittlerweile sprichwörtliche Aussage eines 15jährigen, der auf die Mahnung des Vaters, sich mal aus dem Schlafanzug herauszuschälen, mit den Worten „Den Schlaf zieh ich nach dem Unterricht aus“ konterte, Geschichte sein, wenn mal wieder Präsenz- statt Distanzunterricht von zuhause aus angeboten wird.

Aber sonst? Frühere Weisheiten wie die von Karl Lagerfeld, wonach jemand, der im Jogginganzug auf die Straße geht, die Kontrolle über sein Leben verloren habe, sind ja obsolet, wenn das Leben eben nicht mehr auf der Straße, sondern vor dem Laptop stattfindet. Werden wir alle im Büro künftig rumlaufen wie Studienräte in Jeans, Holzfällerhemd und Sandalen? Wollen wir das wirklich?

Mein Chef, der Bürgermeister, wird dennoch seinen Termin beim Herrenausstatter wahrnehmen, auch wenn er seine Anzüge nicht abgenutzt hat. Schon allein, um dieses mittelständische Geschäft in den schweren Zeiten zu unterstützen. Und wer weiß, vielleicht wird es nach einer Phase des modischen Laissez-faire einen Pendelschlag in die andere Richtung geben, hin zum gut gekleideten Mann. Dazu passt eine Sentenz von Coco Chanel: „Mode ist vergänglich. Stil niemals.“

the Sabrius

se hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, dass wir auch mit wichtigen Informationen und Angeboten heute nicht alle so erreichen, wie wir uns das idealerweise vorstellen.

Krisen hängen manche Menschen ab. Wir wollen das nicht akzeptieren und viele Facetten der Bürgerbeteiligung dagegen setzen“, betont Oberbürgermeister Christian Schuchardt.

Wichtiger Entwicklungsimpuls

Die Bewerbung setzt zudem noch weitere Schwerpunkte: beispielsweise kommunale Anpassungen im Sinne des Klimaschutzes, die Vernetzung der Verwaltung nach innen oder ein Ausbau von Open-Data-Plattformen. BürgerInnen sollen öffentliche Daten besser für sich nutzen können als bisher. Landrat Thomas Eberth sieht das Konzept als wichtigen Impuls für die Landkreisentwicklung: „Es geht um viel – auch finanziell. Wir wollen zusammen mit der Stadt den gesamten Förderrahmen von 17,5 Millionen Euro in fünf Jahren ausschöpfen. Diese Mittel wird es auch brauchen, weil wir vor Aufgaben stehen, die nicht on top zu erledigen sind, sondern für die es neue Expertise braucht, die wir in unsere Verwaltungen einbinden müssen.“ Zwei Drittel dieses Finanzrahmens (rund 11,7 Mio. Euro) werden der Stadt zugeordnet sein, ein Drittel dem Landkreis (rund 5,8 Mio. Euro). Die Eigenmittelquote liegt bei 35 %. Die Stadt müsste demnach – verteilt auf fünf Haushalte – rund 4,1 Mio. Euro finanzieren, der Landkreis rund 2 Mio. Euro. □



V.l.: Der EDV-Beauftragte für die Grund- und die Mittelschule Abensberg, Andreas Reichinger, Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Rektorin Andrea Brandl, Rektor Wolfgang Brey, Rektorin Liane Köppl, Oberstudienrat Martin Schweiger und Bürgermeisterin Bettina Danner. Bild: Knott

Schulverband Abensberg-Biburg übergibt Lehrerlaptops

In Abensberg wurden Lehrer-Laptops an die Rektoren der Abensberger Schulen übergeben. Die Finanzmittel dafür stammen aus dem „Sonderbudget Lehrerdienstgeräte“, die Kommunen haben für den Freistaat die Beschaffung organisiert.

Der Vorsitzende des Schulverbands Abensberg-Biburg, Abensbergs 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, und die 1. Bürgermeisterin von Biburg, gleichzeitig zweite Vorsitzende des Schulverbands, Bettina Danner, überreichten insgesamt 59 Dienst-Laptops an die Schulleiter. In Abensberg sind dies Liane Köppl von der Grundschule Offenstetten; sie hat

13 MacBooks erhalten, da die Grundschule Offenstetten seit Jahren auf Apple setzt. Die Rektorin der Aveninus Grundschule Abensberg, Andrea Brandl, hat 17 Windows-Laptops erhalten, Wolfgang Brey, Rektor der Aveninus Mittelschule, erhielt 26. Oberstudienrat Martin Schweiger hat für die Staatliche Wirtschaftsschule Abensberg drei Laptops erhalten.

Der Schulverbandsvorsitzende Dr. Brandl sagte, das reiche natürlich nicht aus, um alle Lehrkräfte auszustatten. Der zuständige Dienstherr, der Freistaat, sei gefordert, die bestehende Lücke umgehend zu schließen. „Es ist bedauerlich, dass das Kultusministerium von komplett falschen Berechnungen zur Anzahl der benötigten Dienstgeräte ausgegangen ist.“ So seien die Lehrkräfte der privaten und kirchlichen Träger bei den Verhandlungen schlichtweg vergessen worden.

Angesichts der andauernden Pandemiesituation stellte Dr. Brandl fest, dass „alle Schulen in Abensberg digital auf einem guten Stand sind, weil Schulverband, Stadt und Personal während der vergangenen vier Jahre erheblich Geld und Zeit in die Digitalisierung der Bildungsinfrastruktur investiert haben.“

Weichen für digitale Zukunft gestellt

Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm wird digitale Bildungsregion

Der Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm ist fit für die digitale Zukunft. Als Zeichen für die Innovationskraft, aber auch für den Zusammenhalt in der Region überreichte Kultusminister Michael Piaolo Landrat Albert Gürtner das Qualitätssiegel Digitale Bildungsregion.

Der Kultusminister betonte: „Die Digitalen Bildungsregionen sind Glanzpunkte der bayerischen Bildungslandschaft. Im Landkreis Pfaffenhofen hat man frühzeitig erkannt, dass die Digitalisierung nicht nur eine Herausforderung, sondern vor allem eine unglaubliche Chance ist. In Bayern sind wir nicht nur Teil des digitalen Wandels, wir sind Vorreiter. Bei unseren digitalen Bildungsregionen sehen wir, was alles möglich ist, wenn verschiedene Akteure miteinander zum Wohle der Kinder und Erwachsenen denken, planen und handeln.“

Online-Konferenzsystem

Die Bildungsregion Pfaffenhofen legt dabei unter anderem individuelle Schwerpunkte auf die Handlungsfelder „Digitalisierung gemeinsam gestalten“ und auf die „Vermittlung von Kompetenzen für eine digitalisierte Welt“. So bot das Bildungsbüro des Landkreises in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt Pfaffenhofen bereits online Vorträge für alle Eltern aus dem Landkreis zum Thema Medienkompetenz an. „Der Impuls für dieses Projekt ging von einem Elternvertreter aus. Er machte für die Bewerbung den Vorschlag, sich die Vorteile der Digitalisierung zu Nutzen zu machen und diese Vorträge nicht wie üblich vor Ort in einer Schule, sondern über ein „Online-Konferenzsystem“ anzubieten“, erklärt Christina Berger vom Bildungsbüro des Landkreises, die die Bewerbung

für das Qualitätssiegel zusammengestellt hat.

Der Kultusminister dankte allen Akteuren, die mit großem Einsatz und innovativen Impulsen die Digitale Bildungsregion im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm auf einen erfolgreichen Weg gebracht haben.

Landrat Albert Gürtner nahm diesen Dank gerne an und betonte: „Der Landkreis ist in Sachen Digitaler Bildung schon auf einem sehr guten Weg. Unser Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis langfristig den Zugang zu digitalen Angeboten zu ermöglichen und sie diesbezüglich zu schulen. Durch das Bewerbungsverfahren zeigte sich, dass die Bildungsakteure im Landkreis schon ein sehr umfangreiches Angebot zur Vermittlung digitaler Bildung machen können. In einigen Bereichen entstanden durch den zu-

stande gekommenen Austausch neue Projektideen. Diese werden wir nun weiterverfolgen.“

In den „Digitalen Bildungsregionen“ können die bayerischen Bildungsregionen ihre bereits bestehenden regionalen Netzwerke und Strukturen nutzen, um zukunftsorientiert die digitale Bildung noch stärker in den Blickpunkt zu rücken. Mittlerweile haben sich 37 von insgesamt 76 Bildungsregionen im Freistaat zusätzlich auf den Weg zu einer „Digitalen Bildungsregion“ gemacht. Kern der Initiative stellt die Vernetzung der Akteure in der Region dar, um Angebote weiterzuentwickeln und zu erweitern.

Weitere Informationen in der Handreichung und im Download: „Bildungsregionen in Bayern – Weiterentwicklung zu Digitalen Bildungsregionen“ des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. <https://www.km.bayern.de/ministerium/schule-und-ausbildung/bildungsregionen.html>



v.l.: Kultusminister Michael Piaolo, Landrat Albert Gürtner und Christina Berger vom Bildungsbüro des Landkreises. Bild: A. Gebert / © StMUK

Vorschau auf GZ 8/2021

In unserer Ausgabe Nr. 8/2021, die am 15. April 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunaler Bau
- Kommunale Museen und Bibliotheken

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
www.erlus.com

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de
www.etsbs.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
 Tel. 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
 www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
 BayDSG
 ext. DSB
 ext. ISB
 ISIS12
 Schulungen
 eLearning

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

Messenger-Dienste
 Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
 Wir gestalten Räume.
 Walter Krenzer GmbH & Co KG
 Sitz- und Polstermöbelfabrik
 Industriestraße 26
 D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
 Telefon: 02771/3208-0
 Telefax: 02771/3208-13
 E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
 Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
 Wolfstratshäuser Straße 9a
 82049 Pullach im Isartal
 Telefon: (089) 74 44 24 98
 Fax: (089) 74 44 24 99
 eMail: info@l-r-service.de
 Internet: www.l-r-service.de

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
 Wartung und Reinigung von:
 • Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
 • Prozesslufttechnische Anlagen
 • Kontrollierte Wohnraumlüftung